

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Volla-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Liste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgepaltene Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 16. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Bauarbeiterschutz in Preußen.

Dem preussischen Landtag ist seitens der Vorstände der baugewerblichen Arbeiterorganisationen in Berlin eine umfangreiche Petition zugegangen, in welcher „für den weiteren Ausbau des baugewerblichen Arbeiterschutzes“ ein auf einheitlicher Grundlage geschaffenes baugewerbliches Arbeiterschutzes-Gesetz für das gesamte Königreich Preußen verlangt wird. In dieser Petition wird nachgewiesen, daß weder die für einzelne Orte erlassenen Polizeiverordnungen, noch das Strafgesetzbuch, noch die Gewerbe-Ordnung, noch die auf die Unfall-Verhütung bezüglichen Bestimmungen der Unfallversicherungs-Gesetze den Bauarbeitern einen genügenden Schutz gewähren.

Die Folge hiervon ist die geradezu erschrecklich große Zahl solcher Bauarbeiter, die bei ihrer Arbeit verunglückt sind und Leben oder Gesundheit dabei eingebüßt haben. Weist doch die Nordöstliche Baugewerks-Verusgenossenschaft mit 122 000 bis 172 000 versicherten Personen vom Beginn des Jahres 1888 bis zum Schluß des Jahres 1898 nicht weniger als 1417 Betriebsunfälle auf, welche den Tod der Verunglückten herbeiführten. 1228 Familien mit 2136 Kindern und 80 andern Unterstützungs-berechtigten wurde auf diese Weise der Erzieher und Ernährer entzissen.

Daß hierfür in der That die Gewissenlosigkeit der Bauunternehmer zu einem guten Teil verantwortlich gemacht werden muß, hat die Baukontrolle in Berlin während des Jahres 1898 ergeben. In den damals eingegangenen Berichten wurde namentlich auch über die Mangelhaftigkeit der Gerüststützen geklagt. Die Unternehmer hatten zu wenig oder für diesen Zweck untaugliches Material. Die Petition schlägt daher ganz genaue und ausführliche Vorschriften für den „Gerüstbau und andre Schutzmaßnahmen“ vor.

Die Unfälle bilden jedoch nicht die einzige Gefahr, welche die Bauarbeiter bei der Ausübung ihres Berufs bedrohen. Vielleicht von noch verderblicherer Wirkung sind die Berufs-Krankheiten der baugewerblichen Arbeiter. Zeugnis hieron legen auch die verhältnismäßig hohe Ziffer der Erkrankungen der Atmungsorgane, die vielen Fälle von Rheumatismus, Magen- und Darmleiden, Bruchschäden, ferner die in den nördlichen Provinzen bei den Maurern seit kurzem sich bemerkbar machende neue Krankheitserscheinung, die „Cementkrähe“, sowie bei den Malern die Blei- und die überaus häufigen Bleivergiftungen. Die gegen diese schweren Mißstände zum Teil gerichtete preussische Ministerialverordnung vom 7. Juli 1897, „betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten“ hat sich, wie die Petition überzeugend nachweist, als ungenügend herausgestellt, weil sie nicht weit genug geht und überdies meistens gar nicht beachtet wird. Es war mithin sehr angebracht, daß die Petition auch diejenigen Vorschriften prüft, welche im Interesse der Bauarbeiter für das Arbeiten in den offenen Herbst-, Winter- und Frühjahrsbauten, für das Verbot der offenen Coaksfeuer in den Bauten, für die sogenannte Paubude und Baustube, endlich für die Abortanlagen in den Baubetrieben, sowie auf den Holz- und Zimmerplätzen unerlässlich erscheinen.

Ganz besonders weist noch die Petition darauf hin, daß viel ärger als die erwachsenen männlichen Arbeiter die auf den Bauten beschäftigten Frauen und Kinder unter den Gefahren der Bauarbeit zu leiden haben. Aus diesem Grunde verlangt die Petition, daß auf Hochbauten die Beschäftigung von Frauen gänzlich verboten werde, und daß Kinder unter 16 Jahren mindestens von gefährlichen Arbeiten fernzuhalten seien.

Freilich haben selbst die schönsten Vorschriften auf dem Papier keinen Wert, wenn sie nicht auch wirklich durchgeführt werden. Um eine genaue Beachtung des zu erlassenden Bauarbeiter-Schutzgesetzes zu erreichen, empfiehlt die Petition, daß die Bauten durch eine „Gewerbe-Inspektion“ kontrolliert werden, deren Mitglieder zu je einem Drittel seitens der baugewerblichen Arbeiterorganisationen, der Baugewerks-Verusgenossenschaften und des Staats ernannt werden.

Die notwendige Ergänzung hierzu wäre dann, wie die Petition ebenfalls mit Recht hervorhebt, daß der Staat und die Gemeinden als „Baupatrone“ mit gutem Beispiele bezüglich der zum Schutze von Leben und Gesundheit zu treffenden Maßnahmen vorangehen. Dies könnte am besten geschehen, wenn die öffentlichen Bauten stets unter eigener Leitung von Staat bezw. Gemeinden ausgeführt würden. So lange aber diese Forderung nicht erfüllt ist, die öffentlichen Bauten vielmehr durch Submissionen vergeben werden, sind in den Verträgen den Unternehmern ausdrücklich alle zum Schutze der Arbeiter notwendigen Maßnahmen vorzuschreiben.

Die Petition gründet sich auf gediegene Kenntnis der in Betracht kommenden Umstände und beschränkt sich auf solche Vorschläge, deren Notwendigkeit aufs klarste bewiesen und deren Durchführbarkeit ungewiss ist. Wenn der preussische Landtag auch nur die mindeste Lust und Fähigkeit besäße, den dringendsten Arbeiterforderungen gerecht zu werden, dann würde der Zweck der Petition sehr schnell erreicht und der schmachliche Zustand beseitigt sein, daß bezüglich des Bauarbeiterschutzes Preußen sogar hinter Sachsen zurückgeblieben ist. Wir fürchten aber, daß das Dreiklassenhaus sich mit einer

solchen Angelegenheit, bei der ja eine Liebesgabe für die Edelsten und Besten der Nation nicht abfällt, nicht zu sehr beeilen wird. Nur durch den Druck einer unaufhörlichen Agitation werden die Bauarbeiter die notwendigen Schutz-gesetze erreichen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar.

Der Reichstag

Am Freitag nicht so rasch dazu, wie die Mehrheit wollte, sein Ja unter die erste Rechnung für die chinesische Expedition zu setzen, die ihm die Regierung in Höhe von 152 Millionen vorgelegt hat. In wenigen Wochen wird man sich übrigens bereiten, die erste Viertel-Milliarde voll zu machen. Bebel hielt es aus guten Gründen für angezeigt, die dritte Lesung des Nachtrags-Etats nicht vorübergehen zu lassen, ohne nach den bisherigen Ergebnissen des Kriegszugs zu fragen und eine Abrechnung mit der deutschen Chinapolitik zu halten. Es waren keine angenehmen Dinge, die er feststellen konnte: das Mal, das die Hunnenbriefe der deutschen Kultur ausdrücken; die Millionenlasten, die dem Reich aus dem ostasiatischen Abenteuer erwachsen, ohne daß der angeblühte Zweck, die Aufschlüsselung des chinesischen Marktes für den deutschen Handel erreicht wird; die schweren westpolitischen Wirren, die aus der jetzt schon vorhandenen Uneinigkeit der Mächte unversehens entstehen können. Das enttäuschte Wort, mit dem unser Redner diesen Krieg bezeichnete, trug ihn den Tadel des Präsidenten ein, der in Wahrheit nicht den Getadelten, sondern die Beschönigungssucht des Herrn v. Ballestrem bloßstellte.

Herr von Götler, in dessen ungeschickten Händen die Verteidigung der Regierungspolitik lag, nannte nach berühmtem Muster die berechtigten Kritik unsers Redners „unpatriotisch“ und verstieg sich dazu, Bebel die Mitschuld an den hunnischen Greuelthaten aufzubürden, weil er die Briefschreiber und prahlenden Verbredner nicht der Regierung zur Bestrafung überliesere. Die Vinselachte, und selbst die patentierten Hurrafschreier der Rechten ließen hier den Minister in Stich. Sehr viel that sich Herr v. Götler darauf zu gute, einen der Hunnenbriefe zu zergliedern und auf Uebertreibungen und Unrichtigkeiten darin aufmerksam zu machen. Das mag in diesem und jenem Brief der Fall sein, aber das mindert den Wert dieser Briefe als Zeugnisse für den Geist und die Stimmung nicht im geringsten, die Teile des Expeditionscorps beseeleten. Und bestehen bleiben auch genug harte Thatfachen, von unbedingten Beobachtern festgestellte Akte schlimmer Gewaltthat. Es war charakteristisch, daß der Kriegsminister beispielsweise mit keinem Wort auf die vielseitig gemeldete grausame Massenmordanschlagung von 76 an ihren Höpfen zusammengehörigen wehrlosen Chinesen eingegangen ist.

Niemand mischte sich in die erregte Debatte als Herr Stöcker, der moralisch und politisch nicht zählt. Der Chinazug ist aller Welt eine sehr unangenehme Sache geworden. Man zählt schließlich, weil man zahlen muß, aber man zahlt ohne Begeisterung und mit dem stillen Hoffen, wenn die Geschichte nur endlich vorüber wäre.

Der Post-Etat wird das Haus, nach den Verhandlungen in der Budget-Kommission zu schließen, ziemlich lange Zeit beschäftigen. — Heute kam man über den Anfang nicht hinaus. Singer nahm sich mit Entschiedenheit der politischen Unabhängigkeit der unteren Postbeamten an, die von Herrn v. Podbielski ebenso wenig respektiert wird wie von seinem Vorgänger. Der joviale Soldat, bei dessen Auftreten man sich unwillkürlich fragt: In welchem Stücke habe ich denn diese Figur schon gesehen? — führt ein sehr patriarchalisches Regiment.

Der freisinnige Abgeordnete Müller-Sagan brachte Mängel in der Bestellung besonders in Berlin und seinen Vororten zur Sprache und wünschte eine starke Vermehrung des Personals.

Der konservative und der nationalliberale Redner kamen auf die polnischen Briefadressen zurück und führten eine kleine Polen-debatte zwischen dem Staatssekretär und Herrn von Jagdzewski herbei.

Sonnabend geht die Beratung weiter.

Das Abgeordnetenhaus

Lehte am Freitag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Die Debatte, die in den letzten Tagen von hohen Gesichtspunkten ausgegangen war und sich wesentlich auf die Fragen der Theaterzensur und des Verfassungsbrechens zugespielt hatte, verlor sich in Einzelheiten. Jeder Redner sprach über ein anderes Thema. So jammerte der bekannte Hausagrarier Wegersbusch (natl.) über die zu hohe Belastung des Grundbesitzes in den Städten. Aus der Antwort des Regierungskommissars ist erwahnenwert, daß die Regierung den Gemeinden die Einführung einer Steuer nach dem gemeinen Werte empfiehlt. Des weitern sagte Abgeordneter Szmulka (G.), wie alljährlich, über den länderlichen Arbeitermangel; Abg. Koeren (G.) gab seine bekannten Anschauungen über die Theaterzensur zum besten und zog sich dadurch ein Lob des Ministers zu. Abg. Dr. Sattler (natl.) erging sich in tiefsinnigen Betrachtungen über die Frage, ob seine Freunde oder die Konservativen der einzige Ball gegen die Socialdemokratie seien; der Däne, Hansen beschwerte sich über die Köllersche Dänenpolitik

in Nordschleswig. Auch an einer Polen-debatte fehlte es nicht. Es wurden die üblichen Reden auf allen Seiten gehalten. Einen neuen Gedanken hatte nur der Abg. Westerman (natl.), dessen Satz gegen die Polen sich so gesteigert hat, daß er eine Gesetzesänderung in dem Sinne verlangt, daß in öffentlichen Vollversammlungen in rein deutschen Gegenden nur deutsch gesprochen werden darf. Die Polizei soll nämlich nicht genug polnisch sprechende Ueberwachungsbeamte zur Verfügung haben. Ist wahr, ein durchschlagender Grund. Sonnabend: Fortsetzung der Debatte.

Fürst und Volk.

Die vielfachen Sympathiebeweise des Kaisers für die leitenden Männer Englands haben in deutschen „bis auf die Knochen“ Königsstreuen Kreisen einen wahrhaft radikalen Antimonarchismus erweckt. Die Königsstreue wandelt sich in heisende Kritik, sobald der Fürst Anschauungen bekundet, die den Vätern des Loyalismus nicht gefällig. Welche Stimmung durch die Roberts-Erhörung in den Patriotenkreisen erzeugt ist, das kann selbst der Berliner Korrespondent der Londoner „Times“ seinem Blatte nicht verhehlen; er schreibt:

„Man darf vor der Thatfache gewiß nicht die Augen verschließen, daß der lange Aufenthalt des Kaisers in England und einige der komplimentierenden Handlungen, die er dort vorgenommen hat, mit den Gefühlen der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volks nicht im Einklang stehen. . . .“

Inselondere laufen das Telegramm des Kaisers an Lord Roberts und seine liebenswürdigen Aufmerksamkeiten für den Gelben von Kandahar und Pretoria den vorherrschenden Empfindungen der deutschen Nation zuwider, und dies gilt von dem äußersten rechten Flügel der Konservativen im Reichstage wie im Lande bis zur äußersten radikalen Linken und selbst bis in die Reihen der Socialdemokraten. Dies ist die lautere Wahrheit und es geziemt sich wohl, sie freimütig zu äußern.“

In der deutschen Presse erscheint die Kritik der kaiserlichen England-Freundschaft aus leicht begreiflichen Gründen nur in dünnsten Verbannungen. Immerhin sagen z. B. die „Dresdener Nachr.“, das Verhältnis zwischen dem deutschen Volk und dem Kaiser sei seit dem März 1890 (Sturz Bismarcks) niemals mehr getrübt gewesen als jetzt.

Die Offiziösen sind nun eifrig an der Feder, um die höchst peinliche Situation zu mildern. Unter der bezeichneten Marke „Stimmungen und Verstimmungen“ sagt die „Köln. Zeitung“:

„. . . denn die Verfassung, die der Kaiser beschworen, fordert nicht von ihm, daß er den Menschen verlezne und menschlichen Empfindungen folge leiste. Aus hat aber dieser von rein menschlichen Gefühlen eingegebene Schritt des Kaisers die Nebenwirkung gehabt, daß er ihn, den früher so Berzehrten und Verantw., zum Liebling des englischen Volks gemacht, und daß viele Unebenheiten in den Beziehungen beider Völker geglättet wurden. Das paßt wiederum vielen Leuten nicht in ihre Stimmung; wer sich aber in der Politik nicht von Stimmungen, sondern von erprobten, durch die Erfahrung gereiften Grundsätzen leiten läßt, wird dankbar anerkennen müssen, daß es dem Kaiser durch persönliche Einbrüche gelungen ist, ein unfruchtbares Mißtrauen hinwegzuräumen und die Keime von Zwistigkeiten zu entfernen. Daß es sich dabei um nicht mehr und nicht etwa um Verschiebungen der Weltlage und der anstehenden Politik Deutschlands handelt, haben wir bereits mehrfach ausgeführt. Vor so greifbaren Erfolgen der Kaiserreise muß der Anstoß, den dieser oder jener an den höchsten Formen nahm, unter denen sie sich vollzog, notwendigerweise in den Hintergrund treten. Auch wir würden es lieber sehen, wenn sich die Nachricht nicht verbreitete, daß Lord Roberts, der Oberkommandierende des britischen Heers, so bald nach seiner Rückkehr aus dem Boerentriege mit dem höchsten preussischen Oeden geschmückt worden wäre; indessen, man belehrt uns, die Eitelkeit habe eine solche Auszeichnung verlangt, und wir nehmen diese Erklärung um so lieber an, weil sie die natürlichste ist. Die „Verstimmten“ aber wollen nun einmal, daß der Kaiser die Neutralität gebrochen habe, als er dem englischen Marschall einen Orden gab, daß er sich also in Gegenwart zu seiner Regierung stelle, die sowohl England bei der Beschlagnahme der deutschen Postdampfer als auch kürzlich dem Präsidenten Krüger deutlich genug zu verstehen gegeben hat, daß sie willens ist, ihre Rechte und Pflichten als Neutraler zu wahren. Seltamerweise erheben nicht nur die Herren in Ansehofen und Wadenstrümpfen diese Ordensfrage, sondern auch die Männer in Wasserstiefeln und Schlapphut stellen sich, als ob an dieser Geschichte das Vaterland zu Grunde gehen würde, dieselben Leute, die sich so gern stolz an die schmucklose Männerdrust schlagen und Ordensauszeichnungen nur dazu geeignet halten, pour courrir les nuautés diplomatiques. Wenn sie recht haben mit der Behauptung, daß nicht immer dem Verdienste seine Krone zu teil wird, daß bei den Ordensverleihungen sehr oft höfliche Konvention und höfische Mißlichkeiten maßgebend sind, dann müssen sie auch zugeben, daß Lord Roberts ebenso wenig wie der Kaiser von China den Schwarzen Adler wegen seiner Verdienste um Preußen oder den Reichsland erhalten hat. Man kann trotzdem wünschen, daß die Auszeichnung unterbleiben wäre, aber jeder Unfällige wird sich mit uns gegen den Versuch auflehnen, dieses Ordensdiplom zu dem Blutz zu fempeln, das nach dem Muster einer traurigen Verhühmtung jent zwischen den preussischen König und sein Volk geschlossen werden soll.“

Der Offiziöse der „Köln. Ztg.“ versucht die Verabigung der empörten Gemüter durch die Erklärung, daß den Freundschaftsbeziehungen des Kaisers für England keine politische Bedeutung zukomme, daß aber dem Kaiser die Hinterräumung unfruchtbarer Mißtrauens im englischen Volk gelungen sei.

Daß leider sind sich die offiziösen Organe in der Würdigung der Erfolge des „Ordensdiplom“ nicht ganz einig. In der

„Münchener Allg. Ztg.“, die aus der Reichsanzeige entlehnt wird, finden sich gleich zwei Lesarten, die aber beide diejenige der „Münch. Ztg.“ widerlegen. Ein „alter Freund“ des Blattes, der „Gelegenheit gehabt hat, die Eigenart der englischen Politik und des englischen Volkscharakters von Grund aus kennen und bewerten zu lernen“, schätzt die englischen Errungenschaften des Kaisers also:

„Der Deutsche, der gewohnt war, — wir gebrauchten absichtlich das Präteritum — in aller Stille viel zu thun und wenig zu reden, steht der verhältnismäßig pompösen Art der letzten Jahre ohne rechtes Verständnis gegenüber. Um so verständlicher ist sie dem Engländer! Das alles entspricht seinem Wesen weit mehr, als dem unsrigen; alle diese Freuden am Pomp, an farbenreichen Aufzügen aller Art, alle diese Sorge um Auszeichnungen, alle diese glanzvollen Empfänge, Abschiede, Reden, Verleihungen, diese Feste, neuen Uniformen, Bänder, Schallenen, Ehrenzeichen — kurz alles, was uns stillen, die That über alles schätzenden Deutschen so auffällt, ist, um es kurz zu sagen, „englisch“. Es ist in dieser Hinsicht auch bei uns seit mehr als einem Jahrzehnt vieles anders geworden und der Unterschied springt in die Augen. Es kommt nun in diesem Zusammenhange nicht darauf an, ob uns das gefällt oder nicht, sondern nur darauf, ob wir diesen Dingen ihrem Wesen nach diejenige Bedeutung beimessen sollen, wie wir es in unsrer angestammten gründlichen Art zu thun pflegen.

Es ist ein großer Irrtum, zu meinen, die pompösen Dinge, die wir in England haben vor sich gehen sehen, hätten dort dieselbe nachhaltige und weitrtragende Bedeutung, die wir ihnen beilegen.

Die Bedeutung, die wir den Kaiserreisen nach England, namentlich der letzten, beilegen, kommt ihr daher in England selbst gar nicht zu. Der Londoner Festlärm verhallt dort außerordentlich schnell in dem raschlosen Getriebe des Alltags, und wenn gewisse deutsche Kreise verstimmt sind über die lärmenden Huldigungen, die man unsrem Kaiser in England dargebracht hat, sowie über die Großartigkeit der Auszeichnungen, die einzelnen Engländern von kaiserlicher Seite zu teil wurden, so sollten wir uns bei dem Bewußtsein beruhigen, daß die englischen Huldigungen und die kaiserlichen Huldigungen in der Schätzung des englischen Volks nicht annähernd die Bedeutung und Dauer haben, die sie nach deutschem Maßstabe und Begriffen haben sollten und haben müßten.

Dieser „Biel Säem um nichts“ Beschwichtigung ihres „alten Freundes“ tritt aber wiederum die „Bilow-Redaktion der „Münch. Allg. Ztg.“ selbst entgegen. Sie kündigt an, daß Graf Bilow nicht nur die volle Verantwortlichkeit wie für die Abweisung Strögers so für die Roberts-Politik des Kaisers übernehmen wird, sondern auch dem Vorgehen des Kaisers eine ganz außerordentliche politische Bedeutung beimißt. Die „Allgemeine Zeitung“ erinnert an den Segensatz, in dem sich in den 60er Jahren Bismarck zu den Stimmungen des Bismarckismus befunden habe, und sie deutet an, daß die Größe der Bilow'schen Welt-politik von der Welt nicht nur noch nicht verstanden werde.

Den in der Königsverehrung wankend Gewordenen wird eine reiche Auswahl monarchischer Stützungspulver dargeboten. Sie werden zur Loyalität zurückgerufen, da die Englandliebe des Kaisers überhaupt in England keinen nachhaltigen Eindruck hervorruft, oder da sie nur eine persönliche Angelegenheit des Kaisers sei, oder endlich da sie eine hohe politische Bedeutung habe, die weit über die Einsicht der jetzt ertörenden Lärmenden hinausgehe. Mehr ist wahrlich vom aufgeschloßen Hausen der Offiziere nicht zu verlangen.

Zur wirtschaftlichen Lage.

Während sich die Junken zu ihrem Raubzug auf die Taschen der Arbeiterklasse rüsten, verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage derart, daß die schlimmsten Befürchtungen in den Handelsberichten der kapitalistischen Presse geäußert werden. In der Eisenindustrie kann man von einem vollständigen Daniederliegen der Geschäfte reden, und es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, daß auch alle übrigen Zweige der deutschen Produktion von der sich immer mehr vertiefenden Krise ergriffen werden. Bei den Eisenwerken haben sich große Vorräte angehäuft, für die keine Abnehmer vorhanden sind. Die schwierige Materialbeschaffung in der ersten Hälfte des vorigen Jahres hat die Firmen zu bedeutenden Bestellungen und zum Halten großer Vorräte veranlaßt. Nun fehlen die Aufträge und die Massen des bestellten Rohmaterials häufen sich, da die Werke auf die Jancehaltung der Abnahmeterminen auf Grund abgeschlossener Lieferungsverträge bestehen. An der Börse ist infolge dessen die Stimmung so gedrückt wie möglich; man rechnet mit dem Zusammenbruch bedeutender Handelsfirmen der Eisenindustrie. Beträchtliche Betriebseinsparungen haben bereits Platz gegriffen und die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter in den Centren der Eisenindustrie zählt nach Tausenden. In Oberschlesien hat neuerdings u. a. das Stahlwerk der Hübnerhütte den Betrieb auf 4—6 Wochen völlig eingestellt. Neben vielen anderen Walzwerken hat auch die „Bismarckhütte“ den Betrieb auf einer Anzahl Strecken beschränkt, weil die Läger überfüllt sind. Zwei bis drei Feierschichten sind wöchentlich eingestellt worden und die Löhne haben, wie anderwärts, beträchtliche Reduktionen erfahren. Auch in Rheinland-Westfalen steht es gleich schlimm. Der Förder Bergwerks- und Hüttenverein, der neben seinem Förder Werk auch das große ehemals v. Borusche Hohenwerk bei Dortmund betreibt, hat letzteres vollständig stillgelegt, unter der Angabe, es müßten Reparaturen vorgenommen werden! Auch die „Eisenindustrie zu Müden und Schwerte“ hat einen Hohenwerk ihrer bei Siegen gelegenen „Johannis-Hütte“ ausgeduldet. Fast jeder Tag bringt jetzt derartige unangenehme Nachrichten von Betriebs-einsparungen, die man, um die Börsenpanik zu beschwichtigen, mit Reparaturen zu rechtfertigen sucht. Nach einem vom Vorstände des Westfälischen Coalshyndikats in Bochum erstatteten Bericht, stellen viele große Abnehmer und Verbände bereits an das Syndikat das Ansuchen, einen erheblichen Teil der bestehenden Abschlüsse einfach zu annullieren oder aber hohe Preisnachlässe einzutreten zu lassen. Weides lehnt das Syndikat vorläufig ab, weil es „die Unsicherheit in der Industrie nicht noch vermehren“ will! Gleichzeitig wird bekannt, daß das Syndikat im März die Coalproduktion um 10 Proz. einschränken will wegen mangelnden Absatzes. Die Kohlenzweige resp. das Syndikat haben nur noch besriedigenden Abzug in Schiffschleife, weil infolge des südafrikanischen und des chinesischen Kriegs ein Teil der Schiffschleife stark beschäftigt ist; die Industrieschleife läuft sich bei den Besen, so daß auch hier Fördervereinsparungen Platz greifen.

Der bejubelte wirtschaftliche Aufschwung ist in wenigen Monaten in sein schlimmes Gegenteil umgeschlagen!

Deutsches Reich.

Die chinesische Frage.

Witten im wütendsten Schotirausch der bürgerlichen Presse haben die Organe der Socialdemokratie seit Beginn des chinesischen Abenteuer sich bemüht, Aufklärung über das chinesische Volk und seine Kultur zu verbreiten. Jetzt, wo dem Rauch ein schlimmer Regenjammer gefolgt ist, wagen auch die Blätter, die uns bisher wegen unsrer

„freiwilligen Chinesentums“ verspotten zu können glauben, die Urteile von Sachkennern wiederzugeben, deren Meinung in jedem Punkt der socialdemokratischen Kritik entspricht.

Während eben erst ein Führer der Konservativen und Herr Stöcker im Reichstag Ansichten über China zum besten gegeben haben, wie sie ungefähr die ehrenwerten Mitbürger in Kronig auch haben mögen, drückt heute das Hauptorgan der Konservativen, die „Kreuz-Zeitung“, eine „bedeutende Kundgebung“ eines Chinesen ab, indem sie ausdrücklich bemerkt, daß sie mit vielen Ausführungen dieses Kenners der chinesischen Verhältnisse sympathisiert.

Wir entnehmen der „Kreuz-Zeitung“ das folgende:
„Ueber die Chinesen sind Bücher geschrieben, Reden gehalten und Meinungen verbreitet worden, die den Chinesen in vielfach als „quantitäts nehgigeable“ (ein Nichts), als halb lächerlichen, halb verächtlichen Menschenhag hinstellen, der kaum Gleichberechtigung verlangen, auf Rücksticht keinen Anspruch zu machen habe. Schon gab es Stimmen von Kennern chinesischer Art, die unsrer europäischen Mächte warnen, die Kultur der ostasiatischen Völker etwa wegen zu wollen, da diese uns wirtschaftlich eine Konkurrenz machen könnte, die erstönd auf die europäische Industrie wirken dürfte!

Nun tritt ein neuer Zeuge in die Arena, der die Sachen von einem andren, mehr politischen Standpunkt aus betrachtet! Ein Zeuge, der eine um so wichtigere Stimme hat, als er 24 Jahre in Ostasien lebte und das Studium der Bevölkerung zu seinem Ziele machte. Es ist dies der Professor Baerz, der an der kaiserlichen Universität in Tokio angestellt ist.

Baerz behauptet, daß Europa sich „mit so leichtem Herzen und nicht ohne beklagenswerte Ruhmredigkeit in ein Unternehmen fürzte, das dem Kenner der Verhältnisse von Anfang an als eine Hortuluararbeit erscheinen mußte.“

Er meint: Man möge sich über die Wünsche Chinas nicht durch den Ausgang des Kriegs mit Japan täuschen lassen. Dieser sei nur zwischen Peking (Peking) und Japan geführt worden, das ganze übrige China hat nicht einmal Sympathie für den Konflikt gehabt: „er ging spurlos an dem Lande vorüber!“

Die Chinesen seien trotz ihres Jozes, den Europa auch erst seit 100 Jahren abgelegt habe, ein recht ernst zu nehmendes Volk.

Nur die Unkenntnis dieser Kultur und dilettantische Schreiber seien schuld an der europäischen Losung: „Nur feste drauf!“

Vor allen Dingen wäre daran zu erinnern, daß die ostasiatische Kultur über 1000 Jahre alt, und daher nicht ausgezogen werden könne wie ein einfacher Rod.

Wahrwürdig sind die Beziehungen Chinas zum Christentum. Im Laufe der Geschichte ist in China schon dreimal das Christentum zu großer Blüte gelangt. Im 7. Jahrhundert nahm Kaiser Takong das Christentum an. Eine zweite gewaltige Christianisierung fand unter Kaiser Anloai im 12.00 herum statt. Im 17. Jahrhundert begann die dritte Blüte des Christentums unter der aufkommenden Dynastie des heute noch herrschenden Mandschu-Geschlechts. Schwere haben es die heutigen Verfolger des Evangeliums gehabt. ... Auch mancherlei Fehler wurden gemacht, nicht nur in der gegenwertigen oft bitteren Verlämpfung der Konfessionen und Sekten, sondern auch in der Eugherrigkeit, die es oft nicht verstand, die Lehre dem umerischen Wesen und den 1000jährigen Ueberlieferungen von Ostasien anzupassen. Daß das heutige Vorgehen der Mächte, mit dem Anspruch, die Missionare und Christen ausgesetzt waren, mit dem Schwert in der Hand zu rächen, nicht völlig mit den vornehmlichen Lehren des Christentums übereinstimmen, und nicht gerade dazu angehan ist, die Lehrlänge: Liebet eure Feinde, segnet, die Euch fluchen, thut wohl denen, die Euch verfolgen usw. praktisch zu erläutern, wird wohl jeder einsehen.

Auch das Benehmen eines höheren diplomatischen Beamten, der später fast zudringlicher Agent für große Handelsfirmen wurde, kommt den in dieser Hinsicht seinflüchtigen Ostasien kaum imponieren. Diese Sachen, so wie das Vorgehen der Deutschen beim chinesisch-japanischen Krieg haben gerade Deutschland verhaßt, und die Vorhand in dem jetzigen Nachzuge es natürlich nicht beliebt gemacht.

Verfasser fragt schließlich: „Was wollen wir denn eigentlich von den Chinesen? Soll die jetzige Expedition ein Raub- und Jerschöpfung sein, der solche Schrecken zudrückt, daß die Chinesen uns noch nach Jahrhunderten fürchten und hassen? Oder wollen wir mit ihnen im Frieden leben und Handel treiben? Doch wohl das letztere! Dann aber liegt es im Interesse der Europäer selbst, die Härte nicht zu weit zu treiben und nicht gar zu scharfe Bedingungen zu stellen. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Chinesen von uns nichts, gar nichts wollen, wir aber recht viel von ihnen, möglichst viel Geld für unsre Waren, unsre Kanonen und unsre Kriegsschiffe! Dasjenige Land, das jetzt am schroffsten auftritt, wird später das Odium zu tragen haben. Und wenn jetzt die Deutschen aufstehen und keinen Kardon geben, so werden sie von den Chinesen als ihre wahren Feinde angesehen und nicht etwa die Russen, Engländer, Franzosen oder Amerikaner, die sich doch wahrlich nicht besser benehmen als die Deutschen, aber flug genug waren sich nicht ex officio als unerbittlich hinzustellen.“

„Je länger die Straf- und Streifzüge und Occupationen dauern, um so mehr besteht die Gefahr, daß sich bei den Chinesen ein nationaler, politischer Patriotismus ausgebildet, während bisher nur ein kultureller bestand.“

„Wenn China sich entlicke, Japans Beispiel zu folgen und sich — unter Japans Leitung militärisch zu organisieren, dann, ja, dann gebe es eine gelbe Gefahr für die weiße Rasse.“

Wir müssen zugeben, daß es nicht in unsrer Gewalt liegt, den Chinesen nach Gutdünken Bedingungen zu diktiert, sondern, daß es sich darum handelt, wie man sich mit guter Art aus dieser Affaire stellt, die man mit so viel Zurecht und Lärm begangen hat.“

So zu lesen in der „Kreuz-Zeitung“. Unsrer Leser werden bemerken, daß diese Ausführungen zum Teil geradezu so aussehen, als ob sie dem „Vorwärts“ entnommen seien. Was hier der von der „Kreuz-Zeitung“ gerühmte Kenner vorträgt, ist genau in derselben Weise von uns wiederholt geltend gemacht worden, z. B. der Hinweis auf die handelspolitischen Schädigungen, die grade Deutschland aus seinem blinden Draufgängerthum erwachsen müssen.

Die „Konservative Korrespondenz“, die gerade heute wieder über das „freiwillige Chinesentum“ Wehels ihre plumpen Späße reißt, wird nun wohl ihre vornehmliche Partei-Organ begünstigen müssen, daß seine Chineserei noch über die socialdemokratische hinausgeht. Vielleicht schilt aber die „Kreuz-Zeitung“ nun auch den lebenswerten Artikel an familiäre Fraktionsmitglieder ihrer Partei, insonderheit an den Grafen zu Stolberg-Wernigerode.

Die Reichs-Finanznot. Eine Abschätzung des Rechnungsjahrs 1900, welches am 1. April endigt, hat das Schatzamt der Budget-Kommission des Reichstags überreicht. Danach wird der Ueberschuss an dem Haushalt des Reichs, also abgesehen von den Ueberweisungen an die Einzelstaaten, in diesem Jahre nur die winzige Summe von 200.000 Mark betragen, statt 32 1/2 Millionen Mark im Vorjahre. Das Ordinarium der Marine weist Ueberschreitungen von 6 1/2 Millionen Mark auf. Die Zundersteuer bringt allerdings mehr 21 Millionen Mark, aber der Ueberschuss der Postverwaltung beläuft sich auf 19 Millionen Mark.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ suchen zwar die Ungunst der Finanzlage aus vorübergehenden Ursachen, erheblichen Ausgaben für Ablösung der Privat-Briefbeförderungsanstalten usw. zu erklären, können aber nicht umhin ausdrücklich hinzuzufügen:

„Man würde aber fehlgreifen, wenn man daraus den sicheren Schluß ziehen wollte, daß es sich überhaupt nur um eine vorübergehende Erscheinung handle.“

Zahlreiche neue Steuern sind eingeführt worden. Aber die Finanzen werden democh stets schlechter und schlechter. Kein Wunder in der Area der Marineprogramme und China-Expeditionen.

Gudgältig Abstand genommen hat die preussische Regierung von der Aenderung des Landtagwahl-Gesetzes, die durch die Steigerung des Klassencharakters dieses Wahlsystems infolge der neuen Steuererhebung in Aussicht genommen war.

Es handelte sich bei jenen Plänen der Regierung nur um einen lächerlich winzigen Ausgleich zu Gunsten der zweiten Wählerklasse. Aber auch die winzigste Besserung verwirft die Regierung Bülow-Niquel-Rheinbaben.

Wo bleibt die deutsche „Intelligenz“? Eine Anzahl französischer Gelehrter veröffentlichten, wie aus Paris gemeldet wird, heute einen Aufruf, in welchem dieselben die Aufmerksamkeit aller Freunde der Humanität auf die Nachrichten über Grausamkeiten, welche die europäischen Truppen in China verübt hätten, lenkt. Sie bezeichnen diese Handlungsweise als ein Verbrechen und verlangen, daß die betreffenden Regierungen gegen die Schuldigen ohne Rücksicht auf ihren Rang vorgehen.

Die deutschen Gelehrten sind höchstens zur Stelle, wenn es sich um Flottenvorlagen handelt, oder wenn es gilt, das Hummentum zu beschönigen.

Voreilig schreiben am Freitagnachmittag die „Berliner Neuen Nachrichten“, daß sich „Herr Bebel wohlweislich gebietet hat, mit diesem armeneligen Nachwort“ — gemeint ist der vom „Vorwärts“ veröffentlichte Hummenbrief, der über die Vergewaltigung von Frauen berichtete — „vor den Reichstag zu treten.“ Das Blatt bemerkt dazu:

„Es ist hochbedauerlich, daß die Angelegenheit nicht zur Erörterung und Klarstellung gelangt ist, denn im Ausland, zumal in England, hat man diese Briefe mit Begehren abgedruckt, um daraus den Nachweis zu führen, mit welcher Grausamkeit die deutschen Truppen in China hanfen. Also die Lügen und Verleumdungen haben nach dieser Richtung hin ihre Schuldigkeit getan und mit dem konsequenten Bestreben, das eigne Vaterland und seine Einrichtungen in den Staub zu ziehen, hat unsre Socialdemokratie wieder einmal einen Erfolg errungen.“

Nun, inzwischen wird das edle Blatt gesehen haben, daß „Herr Bebel“ den Wortführern und Beschönigern des Hummentums nichts schuldig geblieben ist.

Hummenopfer.

Es wird gegenwärtig, um den Eindruck der Hummenhaken und Hummenbriefe zu verwischen, mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Deutschen Soldaten, die sich Ausschreitungen in China zu Schulden haben kommen lassen, schwer bestraft worden sind. Allerdings hat uns der Kriegsminister soeben mitgeteilt, daß erst drei Soldaten bestraft worden sind. Man darf wohl fragen, wie es um die zahlreicheren Nachrichten steht, die z. B. in den Chinabriefen der Kreisblätter und anderer gutgesinnten Zeitungen der schauernden Welt offenbart wurden. Waren die darin mitgeteilten Einzelheiten keine Ausschreitungen?

Eine andre Methode versuchen Blätter, wie die „Tägliche Rundschau“. Sie veröffentlichen „Dementierbriefe“ aus China, die ganz nach der Art unsrer offiziellen Vertretungen gestaltet sind und, sofern sie überhaupt echt sind, sicherlich von Hummen-Offizieren diktiert oder beeinflusst sind. So heißt es in einem dieser Briefe:

„Was die Zeitungen dort schreiben von den Mißhandlungen unschuldigen gegenüber, ist ja alles Schwindel. Von deutscher Seite aus ist jedenfalls nichts Unrechtes geschehen, und was die Truppen anderer Mächte thun, dafür sind wir doch nicht verantwortlich. Hier wenigstens ist uns Deutschen immer nur Lob ausgesprochen worden für strenge Disziplin und Disziplin, und wenn dort ein radschuliger Reporter schreibt, daß wir uns an unschuldigen Weibern und Kindern vergreifen haben, so verdient der Saust dafür an den Galgen gehängt zu werden. Bis jetzt haben wir Deutschen uns immer noch von den Ausschreitungen anderer Truppen fern gehalten, und wenn auch hin und wieder ein raudiges Schaf darunter war, so haben sie auch nach unsrer strengen Kriegsgesetze ihren bitteren Lohn dafür erhalten.“

Und in einem andren „Dementierbrief“, der ein Vorgeficht vom 23. November schildert, wird gesagt:

„Die beigelegten Zeitungsanschnitte haben mich sehr interessiert, und der noch Deutschland gefandte Brief von dem betr. Soldaten konnte mich aufs höchste empören, da doch die Wahrheit vollständig ausgeschlossen ist. Von einem Hinerschlagen der Weiber und Kinder ist meines Beachtens nach noch keine Rede gewesen.“

Und dieser Braue erzählt sogar, wie er vom Pferde gestiegen sei und die kleinen Kinder durch Streicheln beruhigt habe.

Abgesehen davon, daß dieser Brief Vorgehen aus einer Zeit schildert, wo die inzwischen in Deutschland entstandene Erregung über die bekannt gewordenen Hummenhaken auf die Heeresleitung in China nicht ohne Einfluß geblieben sein dürfte, merkt man in den vereinzelten Dementierbriefen allzu deutlich die Absicht. Solche Zeugnisse wiegen jederteicht gegenüber den Hunderten von Dokumenten, welche die Hummenhaken bekräftigen.

Weil er uns gerade zur Hand ist, wollen wir aus einem China-brief, den neuerdings die bürgerliche „Straßburger Post“ veröffentlicht, die folgenden Sätze wiedergeben:

„Wenn wir auf der Straße gegangen sind, und ist einer von den Chinesen zu nah gekommen, so hat er eingekriecht, daß die andre Seite von der Straße auch noch eine gegeben hat. Vom bezahlten haben wir nichts wissen wollen. ... Es hat sich schon maniger sein Unglück geholt in China. ... Jetzt hat einer 15 Jahre Zucht aus und einer 1 Jahr. Wenn einer nicht bestraft ist, wenn er aus China kommt, so hat er ein großes Glück gehabt, den wie es hier zu geht, ist gar nicht zulässig. Die Franzosen sind die besten Kameraden von uns, wir haben 15 Minuten bis in ihre Lager. ... Mit den Engländern haben wir uns noch nicht vertragen können. Wir haben öfters Schlägereien. Die Franzosen haben in kurzer Zeit 3 Tod gelockt. ... Die sagen auch, daß wenn es los geht, daß sie nicht auf die Chinesen schießen, sondern auf die Engländer. Die Engländer sind ein sehr reiches Volk. Bei einem Gefechte bei Tadu waren sie zurück geblieben, da hat der Graf Waldersee gesagt, wenn sie nicht vor gehen erschießt er sie mit seinen Leuten, sonst wären sie nicht vorgegangen. Ich könnte dir noch vieles schreiben, aber es ist besser wenn ich schweige.“

Ein toter Zeuge. In der Sitzung des Brandenburgischen konservativen Parteitag, die am Donnerstag stattfand, hat der Führer der Konservativen, Herr v. Levetzow, die Mitteilung gemacht und sich für sie verbürgt, daß der Reichsanwalt v. Caprivi geküht habe, die Landwirtschaft müsse die Kosten für die Handelsverträge zahlen — allerdings, wie er dann hinzufügte, zum Wohle des Vaterlands.

Abgesehen davon, daß es nicht gerade geschmackvoll ist, Privatäußerungen toter Zeugen zu citieren, so muß der alte Herr v. Levetzow den Grafen Caprivi gründlich mißverstanden haben. Der Reichsanwalt wird hier gerade das Gegenteil gesagt haben; denn wie wir — gleichfalls verbürgt mitteilen können — hat Graf

Capitäl seine Meinung über die Handelsverträge wörtlich wie folgt ausgesprochen:

„Es handelt sich nicht darum, daß in dieser Beziehung die Landwirtschaft Opfer bringt, sondern darum, daß für die Landwirtschaft Opfer gebracht werden.“

Diese Aeußerung ist nicht nur verächtlich, sondern sie hat auch den Vorzug vor dem Levekovschen Spruch, daß sie eine Wahrheit darstellt. —

Als „der weisungene Jüngling“ produziert sich gegenwärtig die katholische „Germania“. Sie vertritt heute ihre „geistigen Bemerkungen“ zu unsem Flugblatt zu ergänzen. Diese Ankündigung hat uns verleitet, die nachfolgenden drei Spalten durchzulesen.

Wir klagen die „Germania“ an, daß sie unter falschen Vorspiegelungen in gemeingefährlicher Weise vernünftigen und hart beschäligten Leuten ihre Zeit entwendet; denn in dem ganzen Lust beschäftigt sich keine Silbe mit dem Inhalt des Flugblatts. Dagegen werden uns so hübsche Scherzfragen gestellt, wie beispielsweise, warum wir nicht 800 000 Flugblätter gegen einen angeblichen Brotwucherer Berliner Bäckerei-Gesellschaft verbreiten, die uns überdies gar nichts angeht. Oder sie erklärt, warum die Socialdemokraten mit allen Mitteln in der Stadtverwaltung eine Linderung der Wohnungsnot durchzuführen suchen, den Wohnungswucher dulden:

„Die Parteileitung der Socialdemokratie kennt ihre Leute; sie weiß zu gut, wessen Stammes und Standes die Grundständler sind, zu welchem Stamm und Stande auch ein erheblicher Teil der „Haus-Agrarier“ gehört, der mit dem Wohnungswucher die Arbeiterbevölkerung in Berlin mehr bedrängt und bedrückt, als es je durch einen Brotwucher, selbst durch den abgefeimtesten Brotwucher der socialdemokratischen Genossenschaftsbäckerei, geschehen kann.“

Die verehrte „Germania“ möge sich schleunigst entweder an ihren Hausarzt wenden — denn es scheint Gefahr im Verzug zu sein — oder sie erkundige sich wenigstens bei ihrem Parteigenossen, dem Kaplan Jillessen, wie Centromsents freche und tölpelhafteste Verleumdungen reumütig zurücknehmen. —

Oben wird ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen, denn ein Reich in den Himmel eingehet. Die Chemiker Christen wissen das; deshalb machten sie in ihre Kirche ein Nischenportal für die Reichen, größer als das Himmelsthor, in dessen für die Armen ein kleines Nebenbüchlein genügt. Man meint wohl, sind die Reichen erst einmal durch die Kirchenstür, dann kommen sie wohl doch auch noch durch die Himmelstür. Man liest in einer dortigen Zeitung:

„Der einmal Gelegenheit gehabt hat, einer Trauung in der St. Jakobskirche beizuwohnen, den wird es gewiß peinlich berührt haben, daß diejenigen, welche nicht in der glücklichen Lage sind, sich 1. oder 2. Klasse traumen lassen zu können, die Kirche durch die kleine Thür gegenüber dem Pfarrgebäude betreten müssen, während für die oberen Tausend das Hauptportal da ist. Es wäre mirlich interessant, einmal vom Kirchenportal zu hören, wie er eine derartige Einrichtung mit der Religion vereinbart, die uns täglich predigt, daß wir Menschen, ob arm, ob reich, vor Gott alle gleich sind. Der Glaube an diese Verheißung, das Vertrauen zu denen, die Gottes Wort zu dienen, und denen, die über die kirchlichen Einrichtungen zu wachen haben, kann durch solche Maßnahmen schwerlich gefährdet werden. Es ist kein Wunder, wenn sich dann manche überhaupt nicht kirchlich traumen lassen, und es braucht der Kirchenverwaltung durchaus nicht aufzufallen, wenn sie der Dissidentenzüchterei beschuldigt wird.“

Es wird wohl so sein müssen in der Kirche der Armen, die ihren Anhängern empfiehlt, nicht Schätze zu sammeln, die der Noth und die Motten verzehren. —

Wo bleibt die Neutralität? fragt ein wenig naiv die Tägl. Rundschau“ gelegentlich einer Mitteilung, wonach die Firma Aug. Loh Söhne große Militärlieferungen an England geliefert hat und gegenwärtig wegen Lieferung von 30 000 Sätteln mit England in Unterhandlung steht. Die Neutralität ist doch eine Mode von gestern. —

Zu einem kleinen Marinegefecht ist es in Kiel zwischen deutschen und russischen Marinematrosen vom Kreuzer „Asold“ gekommen. Drei deutsche Matrosen wurden dabei durch Messerhiebe nicht unerheblich verletzt. Sonderbarerweise wurde die zuerst in England bekannt gewordene Schlagerei von Berliner Blättern abgelehnt. Unser Meier-Bruderorgan ist indes in der Lage, die Namen der drei verletzten deutschen Matrosen festzustellen. —

Gegen die Papieragrarien wendet sich der einmütige Jorz der Liberalen und der reaktionären Presse. Die „Post“, die so warm für den Protokucher kämpft, äußert ihre Genugthuung darüber, daß den Papieragrarien durch den Vorkott der Presse unmöglich gemacht wird, durch Zeitungen für ihre Zollerhöhungsbemühungen Propaganda zu machen, ja sie entkräftet sich sogar darüber, daß einige Blätter den Papierfabrikanten gegen entsprechende Bezahlung auch nur ihren Inseratenteil zur Verfügung stellen.

Ansahnungsweise führt allerdings die „Post“ einen berechtigten Kampf. Denn nach dem Ausweis der Statistik hat die deutsche Papierfabrikation weit mehr Papier ausgeführt, als in Deutschland eingeführt worden ist. Nach dem „Hamburger Korrespondent“ stieg im vorigen Jahre die Einfuhr sämtlicher Papiere und Pappen (mit Ausnahme der veredelten Papiere, wie Buntpapier etc.) von 4.2 auf 4.8 Millionen Mark, die Ausfuhr aber von 26.5 auf 32.4 Millionen Mark. Während also die Einfuhr noch nicht um 1/2 Million Mark gestiegen ist, hat sich die Ausfuhr um rund 6 Millionen Mark vermehrt, und an sich beträgt die Ausfuhr das Achtfache der Einfuhr. Die Agitation zur Erhöhung der Papierzölle von 1 auf 4, resp. von 6 auf 10 M. bezweckt nicht den Schutz der Papierindustrie, sondern die Möglichkeit einer schrankenlosen Steigerung der Papierpreise. —

Die Verfassungsreform in Württemberg. Man schreibt uns vom 12. Februar aus Stuttgart: Die Frage der Verfassungsreform, die durch den Verat des Centrums im letzten Landtag nicht gelöst werden konnte, ist durch die Verhandlungen des neuen Landtags wieder aufgerollt worden, und es hat den Anschein, als ob sie diesmal an einem geeigneteren Zypfel angepaßt, das heißt, mit den Privilegierten der Zweiten Kammer gegen das Centrum gemacht werden sollte. Die Privilegierten haben das letzte Mal mit dem Centrum die ablehnende Drittelminderheit gebildet. Wenn sie auch nur zu einem kleinen Teil für eine Reform gewonnen werden können, dann wäre eine die Revision garantierende Zweidrittelmehrheit mit den gewählten Abgeordneten ausschließlich des Centrums möglich. Am 29. Januar d. J. hat von den ritterschaftlichen Vertretern nur Herr v. Gemmingen sich für eine Reform ausgesprochen, indem er seine Standesgenossen aufforderte, für die Entfernung der Privilegierten aus der Zweiten Kammer zu stimmen, um ein Zusammengehen der Linken mit dem Centrum, und dadurch Konzeptionen an dieses, zu verhindern. Als Bedingung stellte er die Verstärkung der Ersten Kammer durch Privilegierte aus der Zweiten und die Uebertragung des Budgetrechts, das jetzt die Zweite Kammer allein hat, an die Erste Kammer. Die übrigen Ritter erklärten, daß sie für eine Revision so lange nicht zu haben seien, als der Erlass der Privilegierten durch das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht gewonnen werden sollte. In dieser Beziehung scheint nun aber auch in den Kreisen der Ritter eine Revision der Stellung vorgenommen worden zu sein. Im heutigen „Schwab. Merkur“ veröffentlicht nämlich ein Mitglied des württembergischen Adels einen bemerkenswerten Artikel, der andeutet mit dem ebenen wahren als aus solchen Runden erkreulichen Sage: „Zu betonen ist insbesondere die Erfahrungswahrheit, daß politische Rechte überhaupt stiegender Natur sind und daß im Laufe der Zeit ein Augenblick kommen kann, ja, wie die Geschichte lehrt, jederzeit einmal eintritt, in dem das historische, beifundigte derartige Recht, als dem gemeinen Interesse und dem Entwicklungswege hinderlich, für die Berechtigten hinfallig

wird, und wenn es dem ungeachtet von denselben festgehalten wird, sich für dieselben zum Unrecht wandeln muß.“ Aus dieser Erkenntnis heraus erklärt der Schreiber, daß er sich ganz auf den Standpunkt des Herrn v. Gemmingen stelle und um den Preis der Vermehrung der Zahl der Ersten Kammermitglieder und der Uebertragung des Budgetrechts an dieselbe für die reine Volkssammer eintreten werde. Es wird sich zeigen, wie weit die Gesinnungsänderung bei den Privilegierten Anflug findet. Die Stellung der Socialdemokratie ergibt sich daraus ganz von selbst. Sie wird für Verstärkung der längst zum Unrecht gewordenen „Rechte“ der Standesherren nicht zu haben sein, aber sich freuen, wenn es gelingt, die württembergische Politik nicht auf das tote Geleise bringen zu lassen, auf welches sie das Centrum unter Gröbers Führung gerne schieben möchte, um als konfessionelle Minderheit mit der katholischen Mehrheit in der Ersten Kammer jeglichen kulturellen Fortschritt zu verhindern. —

Die Aktion gegen den bairischen Eisenbahner-Verband.

Nach den Aeußerungen der liberalen Presse erscheint es nunmehr ganz zweifellos, daß die Aktion gegen den Eisenbahner-Verband einen seit langem vorbereiteten Schlag vorstellt. Die vom Verband versandeten Bittelbriefe lieferten nur den allerdings sehr erlöschenden äußeren Vorwand dazu. Die offiziöse „Ausg. Abzg.“ schreibt nämlich:

„Wenn es dieses oder jenes Centrumsblatt nicht verstehen will, daß die Generaldirektion auf einmal so energisch gegen die Centrumschlinglinge vorgeht, so leuchtet dies andern Leuten um so besser ein, sie geben dabei höchstens ihrer Verwunderung Ausdruck, daß die Generaldirektion die Sache so weit hat kommen lassen. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, wer einige Erfahrung in solchen Dingen besitzt, der mußte sich schon bei Gründung des Verbands fragen — und es ist ja in der Presse auch vielfach darauf hingewiesen worden — daß sich der Verband über kurz oder lang zu einem eskalantem, wenn nicht zu etwas Schlimmerem auszuwaschen werde. So wie in diesem Verband die Sache betrieben wurde und noch betrieben wird, kann die Generaldirektion nicht mehr ruhig zusehen, wenn sie nicht jede Autorität gegenüber den Bediensteten einbüßen will. Ein Staat im Staate“ wurde schon der Eisenbahner-Verband genannt, und nicht mit Unrecht; was das heißen will, kann jeder selbst ermessen, der die Verhältnisse einigermaßen kennt.“

Die liberale Presse ist natürlich hoch entzückt ob des Geniestreichs der Generaldirektion; man erlöschte dort in dem Eisenbahner-Verband nichts weiter als eine organisierte Wohltat für das Centrum. Und weil der bairische Liberalismus zu sanft und völlig unfähig ist, Organisationen zu schaffen, glaubt man, wenigstens im Trüben Stimmen hören zu können, wenn die vermeintliche Kerntruppe des Gegners geprengt ist.

Der Generaldirektion freilich ist der Verband aus andren Gründen unbenquem. Die ultramontane „Reue Soyr. Itz.“ plaudert in ihrem Jorz darüber einiges aus der Säule:

„Man hätte ihn (den Verband) gerne unterdrückt und lehrte das Oberaufsichtrecht mit scharfer Accentuierung herans. Es fehlte nicht viel, so wäre der Verein thatsächlich verboten worden. Jedes, es gelang dem nichtamtlichen Einfluß (wie nett ausgedrückt!), die Schwierigkeiten zu begleiden und der socialpolitischen Einigkeit zum Siege zu verhelfen, daß, wer sich in unserm Zeitalter der Koalitionsfreiheit entgegenstellt, nicht nur seinen Willen nicht durchsetzt, sondern die Staatsordnung schädigt und der Socialdemokratie das Boll zuführt.“

Der letzteren Ansicht ist die bairische Regierung nun allerdings nicht weder im allgemeinen, noch in diesem speziellen Falle. In der Generaldirektion ist man vielmehr der Meinung, der in der Vorigen Arbeitsschmerz-Konferenz der Industriellen im Jahre 1898 Herr Vögel Andron gab, daß nämlich ein Unterschied zwischen organisierten Arbeitern nicht zu machen sei. Moderne Gewerkschaften, katholische und protestantische Arbeitervereine und Christ-Dundersche Gewerkschaften seien eigentlich doch nur die Rekrutierungsstätten der Socialdemokratie. In diesem Sinne soll sich auch ein hervorragendes Mitglied der Generaldirektion schon vor längerer Zeit gegenüber einem Abgeordneten geäußert haben!

Dazu kommt nun freilich noch die gestörte Verhältnisse. Alle Augenblicke verlangen die Vertreter des Verbands Audienzen bei dem Generalverwalter der Staatsbahnen, man stelle förmliche Forderungen, kurz, man wurde unbenquem. Und wenn „Ebermeyer-Bascha“ seinen weiteren Untergebenen günstig ein Audienz bewilligt hatte, dann veränderte am nächsten Tage das Verbandsorgan stolz und respektlos: „Die Vertreter unsem Verbands hatten gestern eine Unterredung mit dem Herrn Generaldirektor.“

Nun werden wir ja sehen, ob es diesmal dem „nichtamtlichen Einfluß“ wiederum gelingen wird, die Schwierigkeiten für den Verband zu beseitigen. Jedenfalls aber wird das Centrum im kommenden Landtag eine Haupt- und Staatsaktion gegen den Eisenbahner-Minister unternehmen. Denn schon in der vorigen Session mußte der Generaldirektor förmlich Spichruten laufen, weil er — man höre — einem ihm besuchenden Centrums-Abgeordneten keinen Stuhl angeboten hatte. Wie wird man nun erst loslegen nach dem Angriff auf die ultramontane Ministerorganisation! In Worten natürlich, denn auch auf das bairische Centrum trifft das Diktatorwort zu, daß die Neubairische heute der Generaldirektion widmet:

Und wollen sie und können nicht,
Da möchten sie vergehen! —

Ausland.

Das neue italienische Kabinett

hat die Bestätigung des Königs gefunden. Seine Zusammenlegung ist die folgende: Zanardelli, Corsigi; Giolitti, Zinnered; Prinetti, Auleres; Cocco-Ortu, Justiz; Wolkenberg, Finanzen; Di Stoglio, Schatz; Bongioianni San Martino, Krieg; Morin, Marine; Ruzio Rasi, Unterrichts; Giuffrè, öffentliche Arbeiten; Picardi, Arbeit; Galimetti, Post.

Zanardelli ist also diesmal glücklicher mit seiner Kabinettsbildung gewesen, als im November 1898, wo er nach dem Sturze Giolitti ebenfalls mit der Bildung des Kabinetts beauftragt war, mit deren Bemühungen jedoch an der liberalen Gegenagitation scheiterte.

Im neuen Ministerium ist die äußerste Linke nicht vertreten, obgleich es im föhriigen mit dem Kabinett Waldeck-Rousseau einige Ähnlichkeit hat. Zanardelli und Giolitti sind die Führer der sogenannten demokratischen Linken, die in der Kammer die stärkste Fraktion bildet und durch 98 Abgeordnete vertreten ist. Prinetti ist der Führer einer Sonder-Fraktion der Rechten, die 19 Mitglieder zählt. Gelingt es dem Kabinett, sich durch seine Haltung die Unterstützung der äußersten Linken, die aus 27 Radikalen, 24 Republikanern, 29 Socialisten und einer Anzahl Wilder besteht, zu sichern, so könnte es auf einen längeren Bestand rechnen, auch wenn das Centrum unter Somino mit 56 Abgeordneten, die Rechte unter Rudini mit 38 und die Rechte unter Crispi mit 45 Abgeordneten das Ministerium noch so lebhaft bekämpfen würden. Andererseits ist freilich auch kaum anzunehmen, daß das neue Kabinett eine energisch fortschrittliche Politik treiben werde. Dazu bilden die Parteien, auf die es sich stützen muß, eine viel zu gemischte Gesellschaft. Die Forderungen der äußersten Linken, den Militär-Etat herabzusetzen und militärische Reformen einzuführen, wird das Kabinett mit Rücksicht auf den Willen des Königs schwerlich erfüllen. Ferner bleibt abzuwarten, ob Giolitti die seit Jahren so lebhaft von ihm geforderten Steuerreformen, namentlich die Einführung einer progressiven Einkommensteuer, die Vereinfachung der Gemeinde-Abgaben auf Wehl usw. durchsetzen wird.

Auch auf dem Gebiete des Schulwesens hatten eines liberalen Ministeriums gewaltige Aufgaben. Gibt es doch in Italien dank des reaktionär-liberalen Einflusses, trotz des bestehenden Schulzwangs 400 000 Kinder, die niemals eine Schule besuchen, ja nicht einmal in die betreffenden Listen eingetragen sind. Der Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ ist der Ansicht, daß das neue Ministerium der deutschen Schulpolitik politisch scharfer als das frühere gegenüber treten werde. Der Unterrichtsminister Giuffrè und vier andere Minister, darunter Giolitti, seien Grundbesitzer, welche die Ausfuhr der italienischen Bodenprodukte nach Deutschland nicht erschweren möchten. Andererseits wäre auch der Minister der Steuern, Prinetti, als Vertreter der lombardischen Großindustrie, Repressalien gegenüber der deutschen Wareneinfuhr nicht abgeneigt. —

Schweiz.

St. Gallen, 14. Februar. (Eig. Ber.) Proporz oder Obstruktion — dieses entweder — oder bestimmt nunmehr die Politik der demokratisch-socialistischen und ultramontanen Oppositionsparteien unsem Kantons. Während am 20. Januar die Liberalen mit 2400 Stimmen den Proporz verwarfen, wurde am letzten Sonntag von der Opposition eine Gesetzesvorlage betreffend die Organisation einer kantonalen Lehrerschule (offizielle Lehrervereinigung) mit 2684 Nein gegen 1529 Ja verworfen. Untere Lehrerschaft steht zum größten Teile im Lager der liberalen Partei, von wo aus sie die andren Parteien mit bekämpft und sie konnte daher auch nicht erwarten, daß ihre Gegner aus Liebe zu ihren schönen Augen für die Vorlage stimmen würden. Die wuchtige Verwerfung dieser Vorlage beweist, daß die Liberalen in der That die Mehrheit im Kanton nicht haben, daß sie allein außer Stande sind, eine Vorlage in der Volksabstimmung durchzuführen, daß es viel leichter ist, negative als positive Politik zu treiben, zum Beispiel die Proporzinitiative zu verwerfen und daß sie, wollen sie nicht an der Unfruchtbarkeit und am Stillstand dieser Gesetzgebung zu Grunde gehen, schließlich zur Annahme des Proporzgesetzes gezwungen sehen werden, wenn die Oppositionsparteien konsequente Obstruktionspolitik treiben. —

England.

Die Transvaaldebatte im Parlament spiegelt den Unmut eines großen Teils des englischen Volks nicht so deutlich wieder, wie die Presse, die über den Ausgang des unglückseligen Boerenkriegs keineswegs so denkt, wie Lord Salisbury, der es gar nicht für so unerhört zu halten scheint, wenn sich der Krieg noch ein Jahr oder noch länger hingezien sollte. Verglich Salisbury den südafrikanischen Krieg doch mit dem amerikanischen Sezessionskrieg, der sich vier Jahre lang hingezien habe. England diehe sich im Interesse seines Besten nicht mit einem solchen Frieden zufrieden geben, sondern müsse die Boeren derartig unterwerfen, daß ihnen jede Möglichkeit einer späteren Erhebung genommen sei. Im Gegensatz hierzu erklärte im Unterhaus Campbell Bannerman, die Regierung zwar in ihren Kriegsbemühungen unterstützen zu wollen, jedoch verlange er, daß den Boeren bestimmte Friedensvorschlüge gemacht würden. — Bemerkenswert ist auch, daß der konservative Sir Edward Clarke in einer Rede auf der Jahresversammlung der konservativen Halbort-Vereinigung zwar erklärte, daß Englands Selbstachtung und die Erhaltung eines Prestiges danach schreie, den Krieg bis zum unerhülllichen Ende durchzuführen, daß aber dennoch der Gegner annehmbare Friedensbedingungen unterbreitet werden müßten. Kein Zweifel, daß das englische Parlament die Mittel zur Fortführung des Kriegs bewilligen wird. Und selbst wenn in sechs Monaten der Krieg sich noch auf dem alten Fied befinden sollte, wird der Liberalismus schließlich dazu übergehen, die Archive zu verweigern. Die Frage ist nur, ob England schließlich die nötigen Soldaten aufstellen wird. Schon nimmt man an, daß Australien sich weigern wird, von ihm zu stellen weitere Truppen zu senden. —

Frankreich.

Arbeitsräte bei den französischen Staatsbahnen. Der Minister für öffentliche Arbeiten Pierre Baudin hat soeben ein Dekret erlassen, nach welchem innerhalb der Betriebe der Staatsbahnen Arbeitsräte nach dem Muster der in der Industrie bestehenden gebildet werden sollen. Die Aufgabe der Arbeitsräte besteht in der Ueberwachung der Gezehe, Verordnungen etc., welche die Reglementation der Arbeitszeit, der Pausen usw. für die Lokomotivführer, Heizer, das Zugpersonal, die Stationsbeamten und Arbeiter sowie die Streckenarbeiter betreffen; auch die Betriebsverhältnisse unterstehen dem Aufsichtsbereich des Arbeitsrats. Alle die vorbezeichneten Arbeiter- und Beamtenkategorien haben das Wahlrecht und sind wählbar, sofern sie sechs Monate vor der Wahlzeit im Dienst der Staats-Eisenbahn gestanden; den Vorkitz führt der Chef-Ingenieur. Mindestens einmal pro Semester muß eine Sitzung des Arbeitsrats stattfinden.

Spanien.

Die Unruhen in Spanien.

Madrid, 15. Februar. Mehrere öffentliche Gebäude, welche von Demonstranten mit Steinen bombardiert wurden, sind stark demoliert. Aus den verschiedenen Provinzen laufen noch immer Meldungen über ernste Unruhen ein. Für heute werden wiederum blutige Zusammenstöße befürchtet. Unter der Bevölkerung herrscht große Aufregung. Man glaubt, daß General Weyler sich zu Repressalien hinreichend lassen wird, die das Zeichen zu einem allgemeinen Aufbruch geben würden. Eine Ministerkrise scheint unvermeidlich zu sein.

Im Ministerium des Innern sind unbefriedigende Nachrichten aus Barcelona, Valencia, Alicante und Granada eingelaufen. In allen diesen Städten finden blutige Ausschreitungen statt. In Alicante waren die Demonstranten die Scheiben des Katharales und verschiedener andrer öffentlicher Gebäude ein. General Weyler sandte an die Madrider Zeitungen ein Kommmunique, in dem er ihnen streng verbietet, die von der Censur gestrichenen Stellen in ihrem Blatt offen zu lassen. Das Blatt „Geraldo“ füllte diese Lücken mit Annoncen aus.

Der Boeren-Krieg.

De Wet.

Es kann jetzt kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß De Wet wirklich in die Kapkolonie eingezogen ist. Ein Reuter-Telegramm aus Kapstadt vom 15. Februar meldet:

Die Boeren unter De Wet haben vor drei Tagen in verschiedenen Abteilungen des Oranjesflusses bei Zanddrift überschritten. Herzogs Kommando im Westen nicht auf Kenhardt vor, während die im Centrum des Lands operierenden Kommandos unter Krüger und Scheepers zurückgegangen sind. Ersterer hat Murraysburg besetzt, man nimmt an, daß sie bestrahlt sind, eine Vereinigung mit De Wet herbeizuführen.

Nach der „Daily Express“ besteht das direkt unter De Wet stehende Kommando aus 1500—2000 Mann. Durch De Wets Anwesenheit wird der Krieg in der Kapkolonie jedenfalls einen lebhafteren Charakter annehmen, wie ja das gestern gemeldete Gefecht bei Philippstown bereits beweist. Nähere Nachrichten über dies angeblich zu Gunsten der Engländer ausgefallene Gefecht liegen nicht vor.

General French.

Der mit der Säuberung des östlichen Transvaal beauftragt ist, meldet aus Ermelo, daß eine starke feindliche Truppe nach Pietretief gedrängt wurde; ihre Bemühungen, durchzubrechen, seien bisher vereitelt worden. Die Kavallerie griff den Feind an, welcher fünf Tote und sechs Verwundete zurückließ; zehn Mann wurden gefangen genommen und es wurde eine große Menge Wagen, Karren und Vieh erbeutet. Die englischen Verluste betragen einen Toten und fünf Verwundete.

Die Pest.

Die hier festgestellten Krankheitsfälle sind nunmehr vom Sanitätsrat als Pest anerkannt worden. 24 an Pest Erkrankte stehen unter ärztlicher Aufsicht; vier Fälle sind zweifelhaft.

Die englischen Verluste

beziehen sich nach der neuesten offiziellen Verlustliste auf 635 Todesfälle unter den Offizieren und 12 354 von den Mannschaften; ferner sind 1703 Offiziere und 39 095 Mannschaften als Invaliden heimgeschickt worden.

Die letzte Tages-Verlustliste

zählt 11 Tote und 11 an Krankheiten Verstorbene auf.

London, 15. Februar. (B. Z. B.) Aus Sydney wird gemeldet: Der Kolonialminister Chamberlain ersuchte die australische Regierung, eine weitere Abteilung von 1000 Mann berittener Polizei für Südafrika anzuwerben. Die Regierung bezieht sich ihre Antwort noch vor. Man glaubt, daß dieselbe abschlägig lauten wird.

London, 15. Februar. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Johannesburg von gestern gemeldet: Dienstagmorgen versuchte eine starke Voerendriveling, die Wasserleitung zu zerstören, wurde aber nach heftigem Kampfe gezwungen, sich zurückzuziehen. Die Voeren hatten 23 Verwundete und 3 Tote, die Engländer einen Toten und zwei Verwundete.

Partei-Nachrichten.

Zur Agitation gegen den Brotwucher.

Vielfachen Anfragen gegenüber, die an den Parteivorstand gerichtet werden, diene zur Antwort, daß die Petitionsbogen gegen den Getreidewucher erst zur Versendung gelangen nach Bekanntwerden der neuen Zollvorlagen. Mögen die Genossen bis dahin durch unermüdete Agitation nur dafür sorgen, daß diese Bogen dann mit Hunderttausenden von Unterschriften versehen an den Reichstag zurückkommen.

Totenliste der Partei. In Chemnitz starb nach langer Krankheit der Parteigenosse Carl Walthert. Der Verstorbene war einer der bravsten und tüchtigsten Parteigenossen von Chemnitz und wird stets in gutem Andenken bleiben.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— In der überaus hohen Geldstrafe von 900 M. war der Parteigenosse Heymann am „Braumshäuser Volksfreund“ vom Schöffengericht wegen Aufnahme dreier Notizen verurteilt worden, durch die ein Dechant beleidigt worden sein soll. Heymann legte Berufung ein, diese wurde aber vom Landgericht verworfen.

Sociales.

Städtische Socialpolitik. Der Rat zu Dresden zählt den zum Schneeschleppen angenommenen städtischen Ausschlepparbeitern einen Stundenlohn von 20 Pf., für eine zehnstündige Arbeitszeit also 2,00 M. Der von der städtischen Aufsichtsbehörde für die Stadt Dresden festgesetzte ortsbildliche Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner beträgt 2,90 M., so daß die Stadt noch unter dem ortsbildlichen Tagelohn zahlt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Bei den Delegiertenwahlen zur Cris-Krankenkasse der Barbiers, die am 14. d. M. stattfand, siegte die Liste der organisierten Gehilfen mit großer Majorität.

Für die Eisenweder in Calais gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:
Lebe und Dichterkreis Propol Jacobi 6.—, Socialdem. Verein Stralauer-Himmelsburg 25.—, Centralrat der Zimmerer 160.—, Verein der Schuhmacher Berlin 30.—, Buchbinder-Gewerkschaftsverband 50.—, Maschinenbau, d. Holzsch. Rosenthal-Borsdorf 5,55.—, Verband der Granit- und Tuffeure, I. Rate 25.—, Gew.-Verein „Totan“ 3,00.—, Ein Tapezierer 1.—, Friedländer auf eigene Hand 9.—, F. Dietrich, Klempner 5.—, Organierte Konditionen 10.—, Unbekannt, Wilmersdorf 3,00.—, Organisierte Gutwacher 50.—, Buchbinder, Fern Berlin 50.—, Personal der Buchbinder-Gewerkschaft 10.—, Durch das Exzell. Berlin von den Kürschnern 50.—, Bekleidungs-Fabrik, Grünauerstraße, 66,70.—, Dieselbe Johannisbrunn 25,30.—, Regellub, Fern 10.—
Summe 694,90.—, Bereits kultiviert 2424,40.—, Zusammen 3019,30.—
Berichtungen aus der Nr. 33. Unter Hübner's Kraus sind nicht 500.—, sondern 5.—, eingegangen. Buchdruck-Gilddarb. muß es heißen Buchdruck-Gilddarb. von M. B. 10.—.
Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Zum Streit der Arbeiter der Französischen Schneidemühle in Spandau ist zu melden, daß am Dienstag, den 12. Februar, die von der Versammlung am Sonntag gewählten drei Deputierten mit dem Inhaber der Firma verhandelten, jedoch konnte sich letzterer noch nicht definitiv entschließen, die Forderung der Streikenden, die alten Löhne weiter zu zahlen, anzunehmen. Er bestellte daher die Deputation zum Donnerstag, den 14. Februar, nach dem Sägewerk, wo ihnen weiterer Bescheid gegeben sollte. Hier wurde derselben nun eröffnet, daß die Firma gewillt ist, pro Stunde 31 Pf. Lohn zu zahlen. In einer sofort darauf vorgenommenen Besprechung erklärten aber die Streikenden einstimmig, daß sie nur dann die Arbeit wieder aufnehmen würden, wenn der alte Lohn, 32 Pf. pro Stunde, weiter gezahlt würde. Einer der Streikenden wurde beauftragt, dies der Firma schriftlich mitzuteilen mit dem Hinzufügen, daß, wenn bis Sonnabend, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, die gerechte Forderung der Streikenden nicht anerkannt würde, sie die weitere Forderung der Arbeitsverfugung stellen würden. Die Firma darf sich also auf eine neue Forderung gefaßt machen, wenn sie es nicht vorzieht, den Streit durch Bewilligung der berechtigten Forderung der Arbeiter ein Ende zu machen.

Achtung, Schuhmacher! Die durch Einführung von Schuhmaschinen in der mechanischen Schuhwarenfabrik von Hofe u. Ruff in Pörowa hervorgehenden Lohnunterschiede sind auf dem Weg der Verhandlungen zu Gunsten der Arbeiter erledigt worden. Die Lohnforderungen der Maschinenpumper und Fußschneider wurden voll bewilligt, außerdem erhielten die Jwider einen Aufschlag.

Deutsches Reich.

Der Streit der Arbeiter der Gebr. Wöhrlichen Mischweberei in Chemnitz hat nach achtstägiger Dauer mit einem vollen Siege der Arbeiter geendet.

Ein Angriff auf das Koalitionsrecht abgelehnt. Die Vorzeheimer Schachmacher sind mit ihrem Versuch, mit Hilfe des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung den Arbeitern einen Maulkorb anzulegen, abgelehnt. Im vergangenen Spätjahr wurde über die Bijouterie-Fabrik Kling u. Schmidt in Forchheim von der Ortsoberverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Verbands die Sperre verhängt, weil die Accordpreise für Dosenmacher in ganz ungerechtfertigter Weise reduziert werden sollten. Da erkläre eines Tags der Sekretär der Handelskammer und forderte die Firma auf, die Sache einmal energisch durchzuführen. Die Folge war, daß Klein als Bevollmächtigter der Fabrikstelle einen gerichtlichen Strafbefehl von 8 Tagen, der Arbeitersekretär Frebe einen solchen von 5 Tagen erhielten, weil sie die Annonce, Sperre betreffend, erlassen hatten. Die Verurteilung am Vorzeheimer Schöffengericht brachte den Sünden, jedenfalls nach dem Grundsatz „Gleiche Weiber, gleiche Kappen“, je 5 Tage Gefängnis ein.

Das Landgericht Karlsruhe hat indes jetzt die Angeklagten freigesprochen, da, wie es in der Begründung des Urteils hieß, darin ein Vergehen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht zu finden sei.

wenn Arbeiter in Wahrung ihrer Interessen über ein Geschäft die Sperre verhängen. Die Aufforderung, das Geschäft zu meiden, sei lediglich an die Arbeiter gerichtet und habe mit dem Geschäftselbst nichts zu thun.

Wegen Beleidigung eines Reichendirektors wurde der verantwortliche Redacteur der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ Fr. Langhorst von der Bochumer Strafkammer zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Glodarbeiter. In der Spiegelglasfabrik von Hönicka und Vincenz in Rürnberg legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder, weil die Firma einen verschlechterten Lohnzettel einführen wollte und 8 Mann mahregelte.

Ausland.

Warnung vor Juzug. Wie alljährlich, so würden auch im Frühling dieses Jahres Hunderte von Arbeitern nach Zürich, der größten schweizerischen Industriestadt, strömen, um hier Arbeit und Verdienst zu suchen.

Diese, unsere Klassen- und Arbeitsgenossen, vor großen Enttäuschungen zu bewahren und die ohnehin nicht weniger als rosigge Lage der hiesigen Arbeiterschaft nicht noch durch übergroßes Arbeitsangebot verschlimmern zu lassen, halten wir uns für verpflichtet, vor Juzug nach Zürich zu warnen.

Der durch sinnlose Boden Spekulation hervorgerufenen künstlichen Steigerung der Produktion ist ein plötzlicher Rückgang gefolgt, alle Betriebe haben Entlassungen vorgenommen und arbeiten zum größten Teil mit verkürzter Arbeitszeit.

Arbeiterunion Zürich.

Der Gewerkschaftssekretär.

PS. Die Partei- und Gewerkschaftspresse des In- und Auslandes ist um Abdruck oder Notiznahme gebeten.

Aus Astrachan (Rußland) wird gemeldet: Wegen 17stündiger Arbeitszeit stellten die Schaffner und Aufsicht der belgischen Straßenbahn-Gesellschaft die Arbeit ein. Die Streikenden verhielten die Anwerbung von neuem Personal, verhielten sich aber sonst durchaus ruhig.

Streikbewegung in Westrußland. In Willowski (Gouvernement Suwalk) streikten 100 jüdische Försternarbeiter, sie verlangten einen 10stündigen Arbeitstag, davon 1 1/2 Stunden auf Mittag. — Kreslawka (Gouvernement Witebsk). Hier streikten 120 Majzes-Wäckerinnen; sie forderten eine Verkürzung des Arbeitstags um drei Stunden und Erhöhung des Arbeitslohns auf 30 Kopeken pro Rub. Es giebt wohl kaum eine andere Arbeiterkategorie, die unter so elenden Umständen arbeitet, wie die Majzes-Wäckerinnen. Ihre Arbeitszeit dauert 20 Stunden, und dabei müssen sie arbeiten in einer vor Hitze kaum zu ertragenen Atmosphäre. Gewöhnlich sind auch, nachdem die „Saison“ ihrer Arbeit vorüber ist (also nach Ostern), alle Krankenhäuser von diesen unglücklichen Proletarierinnen überfüllt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeiterinnen Wiens beschloßen in einer großen Versammlung folgende Resolution an das Parlament zu richten:

Die Versammlung erklärt es im Interesse der Volksgesundheit und des Volkswohlfandes für dringend geboten, daß der nummehr fünfzehnjährige währende Stillstand auf dem Gebiet der Arbeiterschutz-Gesetzgebung ein Ende nehme.

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß in den für Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährlichen Berufen sofort, in anderen Berufen allmählich der Uebergang zum achtsündigen Maximalarbeitsstag möglich und notwendig ist. Ebenso ist durch Ausbau des Volks- und Fortbildungsschulwesens ein besserer Schutz der Kinder und jugendlichen Personen geboten. Die Gewährung einer sechs- und dreizehntägigen Sonntagsruhe darf nicht länger hinausgeschoben werden.

Im Interesse der künftigen Generation ist der Schutz der Wäckerinnen von vier auf sechs Wochen auszudehnen. Die Notharbeit der Arbeiterinnen im Handwerk, Handel und Hausindustrie ist zu unterlagen und die bisher zugelassenen Ausnahmen für fabriksmäßige Betriebe sind aufzuheben. In Verkaufsgeschäften ist für weibliche Bedienstete gesetzlich die Gewährung einer Sitzgelegenheit vorzuschreiben.

Die Durchführung der §§ 74 und 84 der Gewerbe-Ordnung muß endlich, nach fünfzehn Jahren, ernsthaft in Angriff genommen und dadurch die Beschäftigung von jugendlichen Personen und Frauen in gefährlichen Betrieben untersagt oder nur bedingt gestattet werden.

Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften kann nur durch Ausbau der Gewerbe-Inspektion und Einführung von gewählten Delegierten, für die Arbeiterinnen durch Anstellung von Inspektorinnen und die Wahl von weiblichen Delegierten erreicht werden.

Die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung sowie die Erweiterung ihrer Leistungen und vor allem die Einführung der Invaliden-, Witwen- und Waisenerziehung muß mit allem Nachdruck gefordert werden.

Mit Entschiedenheit reklamieren die Arbeiterinnen die Gewährung der Wählbarkeit von Frauen als Wählerinnen bei den Gewerbegerichten.

Endlich sollen die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und der Versicherungsgesetze auf Handwerk, Hausindustrie und Handel Anwendung finden und in entsprechender Weise auf die Landwirtschaft ausgedehnt werden.

Die Frauen in den französischen Gewerbegerichten. Die französische Deputiertenkammer ist soeben mit der Beratung einer Novelle zu dem Gesetz der „Conseils de prud'hommes“ beschäftigt. Der Socialist Groussier stellte den Antrag, im Artikel 6 die Worte „die Frauen sind nicht wählbar“ zu streichen. Dieser Antrag wurde mit 378 Stimmen gegen 161 Stimmen angenommen, Frauen können also in Zukunft als Gewerbeichter fungieren.

China.

Eine Sensationsnachricht

läßt sich das „Berliner Tageblatt“ aus Peking melden:

„Der Intendantur des Expeditionscorps hat Befehl erhalten, Vorbereitungen für eine umfangreiche Expedition ausschließlich deutscher Truppen auf achtzig Tage zu treffen. Die Seebatalione verbleiben als Besatzung in Peking.“

Das wäre ja eine Wiederaufnahme des Kriegs im großen Stille! Sollte Waldseele des ewigen Abhaltens von Paraden so müde sein, daß er ein neues Abenteuer versucht? Dann hätte der Generalissimus doch besser, sich schleunigst nach Deutschland einzuschiffen, als den ersten Willen zur Förderung der Friedensunterhandlungen so eigenartig zu beweisen!

Höchst beachtenswert ist aber auch an der Mitteilung, daß diese auf beinahe ein Vierteljahr berechnete große Expedition nur aus deutschen Truppen bestehen soll. Darnach sollen also die übrigen Truppen nicht mehr mitthun. Oder will Waldseele den Mächten zeigen, daß auch die deutschen Truppen allein stark genug sind, um mit China fertig zu werden? Eine solche Politik wäre das Unklugste, was Deutschland in seiner so verfahrenen Lage thun könnte!

Fort aus China! ist die einzige Rettung aus dem Abenteuer, in das man sich trotz aller Warnungen so vorzeitig verstrickt hat!

Gebietsanmeldungen in Peking.

Wie das „Wiener Fremdenblatt“ erzählt, ist das im Namen der österreichisch-ungarischen Regierung des Reichs Terrain in Peking zu dreizehntel mit chinesischen Häusern

bedeckt und hat eine Flußgrenze von 1700 sowie eine Eisenbahn-grenze von 350 Metern. Die getroffene Umadmung hatte den Zweck, sich angesichts der bevorstehenden Regelung der Verhältnisse in China das Terrain vorweg zu sichern, so daß es nummehr käuflich erworben werden kann.

Der „Kaufpreis“ wird wahrheitsgemäß von der Kriegsentwicklungsabteilung abgezogen werden sollen! In Wirklichkeit handelt es sich um eine gewalttätige Anzueignung chinesischen Bodens im Herzen der Reichshauptstadt! Auch Deutschland hat belamisch für ein „Gebietschaftsgebiet“ in Peking gefordert, für das es ebensoviel zahlen wird, wie für die „Pachtung“ Kautschou's!

Ein neues kaiserliches Edikt

ist in Singansu am 20. Januar erschienen. Nach einer philosophischen Einleitung über die Entwicklung Chinas seit dem Einfall der Mandschu, über den Wandel der Zeiten und die jüngsten Ereignisse fordert es Reformen, die den chinesischen bürocratischen Konserbativismus und den nationalen Dünkel beseitigen, und beruft eine Versammlung der Vicelkönige und Gouverneure, die binnen zwei Monaten Vorschläge über Besteuerung, Verteidigung und Erziehung unterbreiten soll.

Eine Gründung.

Tientsin, 14. Februar. Die „Chinesische Maschinen- und Bergwerksgesellschaft“ wird in eine englische Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Kapital, zu dessen Zeichnung sowohl Engländer wie Gelbente des Continents zugelassen werden, ist auf eine Million Pfund Sterling festgesetzt. Die Gesellschaft erwirbt die Kohlenfelder von Kaiping einschließlich der Gruben und Betriebsanlagen bei Tangshan, ferner die Dampferflotte, Kohlendepots und Werkstätten in Tientsin, Longu, Tschingwangtao, Singsu, Shanghai, Hanlau, Hongkong, Canton und andren Plätzen zusammen mit einem Anteil an den Eisenbahnen, außerdem Chinggis Eigentum in Tientsin. Die Gesellschaft wird durch zwei Körperschaften verwaltet werden, eine ausländische und eine chinesische. Das Kapital ist bereits voll gezeichnet; die Uebertragung findet am 28. d. M. statt. Dies ist die bei weitem bedeutendste Eigentums- Uebertragung, die jemals in China vorgekommen ist.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Der erste Socialdemokrat in der Hamburger Bürgerschaft!

Hamburg, 15. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Bürgerschaftswahl wurde Genosse Stolten, der Redacteur des „Echo“ als erster Socialdemokrat mit anschließender Majorität gewählt. Im übrigen ist ein erheblicher Fortschritt der Socialdemokratie zu verzeichnen, die in allen Bezirken beachtliche Minoritäten erreichte. Die Antifemiten wählten nur ihren einen stitigen Sig und zwar mit Stimmentzudgang. Sonst wurden die Kandidaten der alten Parteien gewählt.

Arbeitslosen-Demonstration in Budapest.

Budapest, 15. Februar. (B. Z. B.) Mehrere Tausend Arbeitslose durchzogen heute nachmittags demonstrativ die Straßen der Stadt. Sie trugen Tafeln mit der Aufschrift: „Brot, Arbeit, Rechte.“ Unter Hochrufen auf die internationale Socialdemokratie und unter Abfingung der Arbeiter-Marschallie marschirten sie durch die Hauptstraßen und begannen allsald die Spiegelheben von Restaurants, Kaffeehäusern und einzelnen Geschäften einzuschlagen. Die Ladenbesitzer schloßen ihre Läden. Herbeigeeilten Polizisten gelang es nur mit Mühe, die Demonstranten zu zerstreuen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Konflikt mit unserm englischen Freund?

London, 15. Februar. (B. Z. B.) Unterhaus. Gibson Bowles fragt an, ob die Regierung wisse, daß deutsche Streitkräfte im September 1900 einen Teil des Unabhängigen Kongostaates an sich gerissen haben, indem sie die belgischen Posten aus den dortigen Stationen unter Kriegdrohung entsetzt hätten, und daß die Deutschen auf diese Weise von einem durch den König der Belgier im Jahre 1894 an Großbritannien verpachteten Gebiet Besitz ergriffen, welches Gebiet in der Folge wegen der von der französischen und der deutschen Regierung erhobenen Einwendungen aufgegeben worden sei. Parlaments-Unterssekretär Lord Camborne erwiderte, die Regierung habe davon keine amtliche Kenntnis. Es werden Nachforschungen angefordert werden. Hierauf wurde die Abreddebatte wieder aufgenommen.

Zur Entdeckung Finnlands.

Stockholm, 15. Februar. (B. Z. B.) „Aktionsbladet“ meldet aus Helsingfors: Am 13. Februar traf hier ein Peterburger Ministerialbeamter ein mit dem Befehl des Staatssekretärs v. Plehwe, daß das finnische Staatsarchiv unverzüglich sämtliche vom Landtag in Borgo herrührenden Schriftstücke auslieferen, da dieselben im russischen Staatsarchiv aufbewahrt werden sollen. Der finnische Staatsarchivar Hansen lehnte es ab, diesem Befehl Folge zu leisten ohne die bestimmte Erlaubnis des finnischen Senats. Die Entscheidung des letzteren steht noch aus.

Köln a. Rh., 15. Februar. (B. Z. B.) Auf dem Rhein be- ginnt das Eis stark zu treiben, weshalb die Schiffsbrücken von Köln und Bielefeld bereits abgefahren wurden. Die Kälte beträgt 12 bis 15 Grad Reaumur.

Paris, 15. Februar. (B. Z. B.) „La Presse“ erzählt aus angeblich zuverlässiger Quelle, daß in San Nicolas, Argentinien, Venenpust ausgebrochen ist.

Chalon-sur-Saone, 15. Februar. (B. Z. B.) Heute Nachmittags begaben sich eine Anzahl Metallarbeiter, welche ausständig sind, in verschiedene Fabriken, wo sie die Einstellung der Arbeit erzwoangen. Die Ausständigen zertrümmerten eine Anzahl Fenster-scheiben; ein Weibchen wurde durch einen Steinwurf verwundet.

Brüssel, 15. Februar. (B. Z. B.) Auf dem Expreßzug Köln-Brüssel wurden in der Nähe von Soverthom, 10 Kilometer von Brüssel, vier Revolver verschossen abgegeben. Zwei Angeln drangen in einen Wagen erster Klasse und stießen eine Dame und einen Herrn.

Madrid, 15. Februar. (B. Z. B.) Die Minister nehmen an, daß Ende nächster Woche die Lage wieder normal sein wird. Dann erst wollen sie der Königin-Regentin die Vertrauensfrage stellen.

Kiew, 15. Februar. (B. Z. B.) Sieben Studenten, welche sich weigerten, den Hohnschrei zu leisten und die an den letzten Demonstrationen teilgenommen hatten, wurden zum Tode verurteilt. Man hofft, der Zar werde dieselben begnadigen.

Datu, 16. Februar. (B. Z. B.) Der Ausschuss der hiesigen Vertreter der Kaphta-Industriellen macht in der Zeitung „Kadapi“ bekannt: Nach dem Ergebnis der Untersuchung über die letzte Katastrophe in der weichen Stadt Wielgorod ist bis zum 14. d. M. registriert worden, daß elf Erwachsene und sieben Kinder verbrannt und 109 Personen infolge von Brandwunden gestorben sind, während noch viele an Brandwunden krank daniederliegen. Elf Arbeiterhöfe sind verbrannt. Von den Arbeitern wurden Saadenserialansprüche wegen verbrannten Eigentums in Höhe von 105 000 Rubeln erhoben, von Angestellten und Hausbesitzern Ansprüche im Betrage von 154 000 Rubeln.

Die Ansprüche sind in Höhe von 160 000 Rubeln befriedigt worden.

Smyrna, 15. Februar. (B. Z. B.) Der Kohldampfer „Apollo“ wurde in das Seelozarett zu Mazonen dirigiert, weil an Bord derselben ein Räuber aus Alexandria an der West gestorben war.

Reichstag.

40. Sitzung vom Freitag, den 15. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratspräsidenten: Freiherr v. Tziellmann, v. Gohler. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Chinavorlage. Abg. Bebel (Soz.):

Ich glaube, man würde es im deutschen Volke nicht verstehen, wenn die dritte Lesung des Rachttragsetats vorgenommen würde, ohne daß man im Reichstag Gelegenheit nähme, sich über die Ereignisse in China noch einmal auszusprechen und insbesondere bei den kompetenten Stellen anzufordern, wie denn im Augenblick die Angelegenheit in China steht, welche Aussicht auf einen endlichen Frieden vorhanden ist. Ein Bedürfnis nach dem endlichen Frieden kann man wohl auf allen Seiten voraussehen. Schon in den ersten Tagen dieses Jahres hat ja auch Generalfeldmarschall Waldersee seiner Sehnsucht nach endlichem Frieden Ausdruck gegeben durch seine Depesche: „Hurra, endlich Aussicht auf Frieden.“ Ich glaube nicht sehr zu gehen, wenn ich annehme, daß dieses Telegramm der Jubelruf einer tiefbetrübten Seele war. Graf Waldersee atmete auf, endlich aus einer Situation zu kommen, die für ihn außerordentlich unangenehm ist. Nun sind aber seither volle 1 1/2 Monate ins Land gegangen, aber die Verhandlungen der chinesischen Bevollmächtigten und der europäischen Delegierten haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Es macht einen höchst merkwürdigen und außerordentlich peinlichen Eindruck, daß, soweit wir durch Telegramme über die Verhandlungen unterrichtet sind, es sich dort nur darum handelt, wer denn eigentlich von den chinesischen Würdenträgern geliebt werden soll und wer nicht. Selbst die „Kreuz“-Zeitung hat vor ein paar Tagen sich geäußert, sie könne es nicht verstehen, daß die Delegierten bis jetzt nur über diese Frage verhandelt hätten, und sie hat vollkommen recht. Darüber kann heute niemand im Zweifel sein, daß die großen Worte, mit denen die Alliierten in China eingeläutet wurde, sich in der Hauptsache als leere Worte erwiesen haben. Wenn es heißt: „Auf 1000 Jahre hinaus soll kein Chinese es wagen, einen Deutschen schmerz anzutun“, dann wissen wir alle, daß der Gang der Ereignisse in China einen solchen Verlauf genommen hat, daß auch nur halbwegs auf eine Verwirklichung dieser Erwartung nicht zu rechnen ist. Der chinesische Krieg ist sozusagen zu Ende. Es war ja in Wahrheit kein Krieg, das beweist auch der Verlauf der Ereignisse dort. Die verschiedenen beteiligten Mächte haben verhältnismäßig erhebliche Truppenmassen nach China geschickt. Man glaubte, mit einer starken Kriegsmacht der Chinesen kämpfen zu müssen. Als aber endlich diese Kriegsmassen unter dem Feldmarschall Grafen Waldersee zusammengezogen waren, da stellte es sich heraus, daß sie eigentlich keinen Gegner hätten, sondern es nur zu thun hätten mit mehr oder weniger starken Anführern revolutionärer Elemente, die sehr schlecht bewaffnet waren und natürlich keinen irgendwie erheblichen Widerstand gegen die regulären Truppen leisten konnten. Auf der Seite der Chinesen fielen bei jedem Zusammenstoß zwei, drei, vier, fünf, sechs, ja sogar tausend Bojzen, während die europäischen Truppen so gut wie gar keine Verluste gehabt haben. Es handelt sich bis heute um circa sechs im Gefecht gefallene Tote, während die Zahl derjenigen deutschen Truppen, die durch Krankheit in China gestorben sind, 19 bis 20mal so groß ist. Die diesen Zahlen gegenüber kolossalen Verluste der Gegner beweisen, daß es sich um nichts anderes als um militärische Treibjagden handelt hat. Die europäischen Truppen haben mit einer wahren Wollust von ihrer besseren Bewaffnung und Uebermacht Gebrauch gemacht und Hunderte und Tausende von Bojzen wie Hasen und Meise niedergeschossen, wo Gelegenheit dazu war. Ich behaupte, daß in den ganzen 200 Jahren seines Bestehens das Königreich Preußen keinen traurigeren und beschämenderen Krieg zu führen gehabt als ... (Stunde des Präsidenten.)

Präsident Graf Vallestrom:

Herr Abgeordneter, auf einen Krieg, den das Deutsche Reich führt, dürfen Sie nicht den Ausdruck „beschämend“ anwenden, ich mache Sie darauf aufmerksam.

Abg. Bebel (fortfahrend):

Der jetzige Feldzug ist jedenfalls so ruhmlos, wie man ihn sich nur denken kann. Ich habe schon bei der ersten Lesung mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, wie es eine durchaus verkehrte Maßregel wäre, den Vorgängen in China gegenüber einen so unnötigen Aufwand zu machen, daß man z. B. den ersten deutschen Offizier, dem man gar andre militärische Missionen für den eventuellen Ernstfall vorbehalten hätte, nach China schickte und ihn in diese unhaltbare und für ihn selbst mißliche Position brachte, in der er sich dort seit Monaten befindet. Es handelte sich dort in China um nichts anderes, als um eine ganz gewöhnliche Strafexpedition, die zu führen jeder preussisch-deutsche Feldwebel das Zeug gehabt hätte. (Sehr gut! links.) Dazu kommt, daß von den Truppen der Mächte eine auf das allerentschiedenste zu verurteilende Haltung eingenommen worden ist. Plünderung, Mord, Notzucht sind sozusagen an der Tagesordnung. Ein Zeugnis hierfür sind nicht allein die bekannten Quinquenotizen, sondern auch die Ausführungen des Herrn Kriegsministers in der Stimmungsberatung des Rachttragsetats. Dort sagte er, daß der Transport der Truppen nach Peking sich deshalb verzögert hätte, weil die Straße von Taku nach Peking einer vollständigen Wüstenei geglichen habe. Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schreibt unter dem 25. September aus Tientsin: „So muß es im dreißigjährigen Kriege in Deutschland ausgesehen haben.“ Leider läßt sich nicht bestreiten, daß auch ein Teil unserer deutschen Truppen auf dieser Expedition eine Haltung eingenommen hat, die nicht nur auf das Neffte zu besagen ist, sondern auch auf das Schärfste verurteilt werden muß. Herr Hieber rief uns in der letzten Sitzung bei der Debatte über die Missionen, wir sollten nicht nur die Hunnenbriefe veröffentlichen, sondern auch die menschenfreundlichen Worte der christlichen Missionen. Für uns handelt es sich aber darum, hervorzuheben, daß das, was augenblicklich in China geschieht, beweist, daß bei uns in eigenen Lande eine solche Menge von Habsicht, Barbarei und bestialischer Gemeinheit in einem Teil der Bevölkerung zu finden ist, daß für die Missionstätigkeit im eigenen Lande noch ein großes Feld bleibt. Ich verstehe es vollkommen, wenn der frühere Reichsanzler Fürst Hohenlohe vor kurzem die Ausrufung that, er habe bisher an den Fortschritt der Menschheit geglaubt. Dieser Glaube sei aber in der letzten Zeit erschüttert. Der naturwunderliche Kampf ums Dasein habe in der neuesten Zeit eine Richtung angenommen, die an Vorgänge in der Tierwelt erinnert und einen Fortschritt in rückwärtiger Linie befürchten ließe.

Ich habe wieder eine Anzahl von Mitteilungen, die ich zur Sprache bringen muß, weil sie das, was ich eben ausgesprochen habe, im weitesten Maße bestätigen. So veröffentlicht die „Völpziger Volkszeitung“ einen Brief vom 5. Dezember aus Peking, in welchem es heißt:

„Wir gefällt es hier ganz gut. Wenn das Geld alle ist, geht man zu dem ersten besten Chinesen, haut ihm das Fell voll und nimmt ihm das Geld ab. Wenn er sich wehrt, wird er einfach abgemurrt.“

In einem Brief vom 3. Januar, der im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, heißt es:

„In einem Hause trafen wir sechs Chinesen, die wir in eine Reihe stellten und dann unsere Spah daran hatten, einem jeden das Bajonett so dreis, viermal in die Brust zu stoßen.

Meist wollte ich nicht schreiben, denn man darf in einem Soldatenbrief nicht alles schreiben, weil man nicht wissen kann, wer ihn alles zu lesen bekommt.“

Der charakteristischste Brief ist aber folgender. Er ist aus Tientsin an die Mutter des Briefschreibers gerichtet:

„Wir machten einen Raubzug und wurden dabei von 7 Chinesen überfallen, aber wir haben ihnen gezeigt was Deutsche sind. Ich schoß fünf direkt tot und zwei schlug ich mit den Köpfen zusammen. Weiter heißt es: Wenn ein Chinese sich nicht fügt, wird er einfach am Kopfe genommen und herangeschleift. Mädchen giebt es hier genug. In jedem Hause 5, 6, 7 Stück. Da wird die schönste ausgepickt, die andern werden hinausgeschmissen. Dann machen wir damit, was wir wollen!“

Das schreibt ein deutscher Soldat an seine eigne leibliche Mutter. Ich habe diesen Brief selbst in der Hand gehabt. Der Brief ist also keine Erfindung, sondern thatsächlich geschrieben. Uebrigens ist es, daß von seiten der militärischen Behörden gegen diese bestialische Treiben mit aller Energie vorgegangen wird. So wird der „Kölnischen Volkszeitung“ unter dem 8. Dezember aus China geschrieben:

„Hoffentlich hat dieser unselbige Zustand bald ein Ende. Die Rohheit der Soldaten nimmt erschreckend zu.“ Eine große Zahl von Soldaten wird zu langjährigen Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen wegen Mord oder Todschlag bestraft. Wir verlieren mehr Soldaten an das Zuchthaus als an den Tod.“

Hier wird also der Inhalt der Hunnenbriefe durchaus bestätigt. Dieser moralische Tiefstand unserer Soldaten ist ja zum Teil eine Folge des Mißens, aber er ist sicher auch mit verursacht durch die Parole, die seiner Zeit ausgegeben wurde: „Parolen wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht.“ Wenn eine derartige Parole ausgegeben ist, kann man es begreifen, daß der gemeine Mann, der die Worte bitter ernst nimmt, dann, wenn er ein ungewöhnliches Maß von Freiheit und einem Gegner gegenüber, der ihm nicht widerstehen kann, zu derartigen Thaten sich hinreißen läßt, wie sie jetzt in China vorgekommen sind.

Nun zu einer andern Seite der Expedition. Die verschiedenen Mächte in China sind durchaus nicht eins, und eine hohe Stelle soll äußerst aufgekratzt über das Verhalten von Rußland, Frankreich und den Vereinigten Staaten sein, die sich dem Oberbefehl nicht unterwerfen. Diese Differenzen zeigen sich auch in den Schwierigkeiten, die der Abschluß der Friedensverhandlungen bietet. Es können aus den chinesischen Angelegenheiten schwerwiegende Zwischigkeiten entstehen, die die Stellung der Weltmächte zu einander verschieben. Was ist das Endresultat, wenn wir aus China zurückkehren? Wann das geschieht, weiß kein Mensch, und wie ist ebenso rätselhaft. Als erste Rate der Kosten müssen Sie 100 Millionen bewilligen. Noch im Laufe der nächsten Wochen wird uns ein zweiter Rachttragsetat zugehen, der ungefähr 100 Millionen forderet, das macht an Kriegskosten für wenige Monate 1/4 Milliarde Mark. Hierzu kommt noch die Notwendigkeit, in Peking eine Garnison zu halten und die Pfaffenstraße zu sichern. Schon jetzt wird für Kiautschou die Garnison vergrößert, auch die Opfer für Kiautschou werden steigen, ohne daß die Aussichten auf die Hebung des Handels in China sich erhöhen. Das Endresultat ist also die steigende Rivalität der Mächte und ihre exponierte Position in Kiautschou, das Rußland jeden Augenblick angreifen kann. Ich will jetzt die Frage nicht berühren, ob Deutschland in seinem Eifer, sich in das chinesische Abenteuer zu stürzen, nicht England zu Gefallen gehandelt hat, das im Boerenkrieg in Anspruch genommen war. Jedenfalls steht fest, daß wir alle Ursache haben, die Augen aufzuhalten und daß der Platz an der Sonne uns auch in Zukunft außerordentlich teuer zu stehen kommen wird. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister v. Gohler:

Herr Bebel hat es für notwendig gehalten, das deutsche Volk aufzuklären über die Lage in China. Ich glaube nicht, daß diese Aufklärung dem deutschen Volk von Nutzen sein wird. (Sehr richtig! rechts.) Lachen bei den Socialdemokraten.) Er hat eine Menge unbewiesener und unbeweisbarer Thatsachen angeführt. Er hat den Krieg, den wir in China militärisch gesprochen führen, traurig, beschämend, ruhmlos genannt. Wenn Herr Bebel das sagt, muß er für die Ehre Deutschlands gar kein Empfinden haben. (Oho! bei den Socialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Der deutsche Gesandte ist ermordet worden, das darf ein großes Volk nicht ungesühnt lassen. Ueber den Feldmarschall Grafen Waldersee hat er bemerkt, daß ein preussischer Feldwebel für diese Stelle besser zu verwenden gewesen wäre. Das verrät eine Unkenntnis der ganzen Verhältnisse, die ich auf seiner Seite nicht er warte hätte. (Illruhe links.) Er hat von Rußland geredet und von den großen Schwierigkeiten, die uns in Zukunft noch bevorstehen. Ich begreife nicht, wie er bei einer derartig präfabrierten Lage einen Feldwebel für den geeigneten Mann hält, mit den Gefahren der Zukunft und der Gegenwart fertig zu werden. Graf Waldersee hat mit Pflichttreue und hoher Intelligenz seine Stellung wahrgenommen und weiter fortgeführt, im Gehorsam gegen die Befehle Seiner Majestät. (Bravo! rechts.) Seit dem Moment, wo Waldersee in China ist, ist dort Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt. (Große Heiterkeit links.) Das Lachen ist ja Ihre Sache. (Sehr richtig! links.) Sie müssen keine Zeitungen lesen, wenn Sie nicht wissen, daß in erheblichen Teilen Chinas Ruhe und Ordnung herrscht, die nur den Dispositionen des Feldmarschalls zu verdanken sind. Herr Bebel hat zu meiner Freude den Ausdruck gebraucht, daß unsere Truppen gegen revolutionäre Elemente in China setzten. Er wird also leicht verstehen, daß gegen derartige Elemente Schonung nicht gewährt wird. Unsere Truppen haben relativ sehr große Vorräte moderner Feuerwaffen erbeutet, allein 200 Geschütze sind erobert worden. Ich habe nie gehört, daß die Bojzen nur mit Bogen und Pfeil bewaffnet seien, im Gegenteil, sie haben die besten Feuerwaffen. Dann ist Bebel wieder auf die Hunnenbriefe gekommen und hat uns bestialische Gemeinheit vorgelesen. Trotz meiner Aufforderung hat er mir noch nie einen derartigen Brief vorgelesen, obwohl ich zur Untersuchung der Fälle bereit bin. Herr Bebel glaubt an die Briefe, er glaubt, daß Verbrechen vorliegen und er verlangt der Regierung die Möglichkeit, die Verbrechen zu bestrafen. Er macht sich damit zum Mitschuldigen an diesen Verbrechen. (Bravo rechts, Gelächter bei den Soz.) Er hat auch einen Brief vom 11. Oktober 1900 vorgelesen, den der „Vorwärts“ als besonders glaubwürdiges Dokument veröffentlicht hat. Ich möchte hier den Inhalt dieses Briefes wiedergeben. Der Briefschreiber erzählt, daß er am 29. September in Shanghai auf Posten gestanden hat. Vom Posten aus hat er einen Raubzug unternommen (Heiterkeit rechts), fünf Chinesen hat er direkt totgeschossen. (Heiterkeit rechts.) Zwei Chinesen hat er mit den Köpfen zusammenge schlagen. (Heiterkeit rechts.) Die Orthographie des Briefes sieht ganz so aus, als ob sie absichtlich entstellt wäre. Dann hat er noch Ochsen, Esel, Pferde und andre Lebensmittel erbeutet. (Heiterkeit rechts.) Vorher will er noch einige Chinesen erschossen haben. (Heiterkeit rechts.) Von seinem moralischen Leben erzählt er, daß er die Häuser abge sucht und in jedem Hause fünf bis sechs Mädchen gefunden hätte. (Heiterkeit rechts.) Nun, alle diese Angaben sind erfunden. Shanghai ist eine große Fremdenstadt und eine verhältnismäßig kleine Chinesenstadt. Der Briefschreiber sagt, es habe ihm nichts gefehlt, da ihm Niemand ihr Bild geschenkt hätte. Das ist ja an sich schon ein Widerspruch zu dem übrigen. Nach diesen Vorgängen hat er angeblich den Posten eines Sendarmen abgelehnt. (Heiterkeit.) Nun ist er nach Tientsin am 5. Oktober gekommen und er berichtet von einem Zug nach Peking, bei dem er gegen 28 000 Bojzen kämpfen soll. Vergleicht man diese Angaben mit den Thatsachen, dann begreift man nicht, wie auf solchen Brief irgend jemand hereinfallen kann, der lauter Lärm ertönen und den nur die größte Leichtgläubigkeit für richtig halten kann. Am 11. Oktober will er den Zug nach Peking unternommen

haben. Am 15. August aber war Peking bereits genommen. Ähnlich ist es mit den andern Briefen; ich habe alle Angaben über derartige Briefe nach China geschickt und hoffe, daß die Sache aufgeklärt werden wird und daß die Briefschreiber zur Verantwortung gezogen werden. Sie müssen für die Wahrheit ihrer Behauptung einstehen. (Sehr richtig! rechts.) Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß in China eine Lügenfabrik besteht, wie wir sie hier in Europa nicht kennen. Sie hat früher schon immer berichtet, alle Gesandten seien ermordet. In diese Kategorie gehören auch die Hunnenbriefe. Ich werde nun thatsächlich nach den amtlichen Berichten feststellen, in welcher Weise der Kampf in China geführt wird. Graf Waldersee berichtet, daß der Kampf im Beginn grausamer geführt worden ist, als sonst Krieg in Europa. Das Oberkommando aber hat sich bemüht, unnötige Grausamkeiten hintanzuhalten und die friedliebende Bevölkerung zu schützen. Ernstliche Verluste haben wir nicht gehabt. Wegen die gefangenen Bojzen, die rauben, morden und die Begegnung brandschöpfen, wird gerichtlich vorgegangen und die Todesstrafe verhängt, wenn ihre Verbrechen erwiesen sind. Die regulären Truppen werden, wenn sie sich ergeben, entwaffnet und entlassen, da ihre Gefangenhaltung unmöglich ist. Das Oberkommando beschäftigt, daß alles geschieht, um unter den Truppen Zuht und Ordnung aufrecht zu erhalten. Bisher sind nur drei Bestrafungen wegen Verbrechen vorgekommen. So hat ein Mann 10 Jahre Zuchthaus erhalten, weil er in der Trunkenheit einen Kameraden erschossen hat. Ein Mann, der einen Chinesen getötet hat, ohne daß ein Grund dazu vorlag, ist wegen Mordes vor das Kriegsgericht gestellt worden. Dafür, daß die Disziplin unserer Truppen nichts zu wünschen übrig läßt, liegen Berichte auswärtiger Beurteiler vor. Ein englischer Berichterstatter sagt, er könne nicht daran glauben, daß die Gerichte über Nordchinesen der deutschen Truppen richtig seien. Die allgemeine Mannszucht werde beim deutschen Heer strenger als in irgend einem andern Kontingente der Mächte in China aufrechterhalten. Ein französischer Berichterstatter bestätigt, daß die Deutschen die vorzüglichsten Truppen sind. Ich kann schwer begreifen, wie ein deutscher Abgeordneter in der Lage sein kann, deutsche Truppen, die in schweren Verhältnissen in vollem Umfange ihre Schuldigkeit thun, so zu verunglimpfen! (Bravo! rechts. Lachen bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stöder (widdl.):

Daß die Expedition nach China notwendig war, wird auch Herr Bebel nicht leugnen. Es war eine heilige Pflicht für Deutschland, den Gesandtenmord zu sühnen. Wir wollen nicht Ruhm ernten, sondern ihm nur unsere Pflicht. Die ganze Gefährdung Chinas ist eine sorgfältige Reihe von Kriegen und Revolutionen mit wilden Grenzeln. Ich wundere mich, daß gerade Herr Bebel, der im Reichstag den Fürkenmord gutgeheißen hat, sich über jene Grenzeln in China aufhält. Viel schlimmer als diese würden die Grenzeln sein, wenn es zu dem großen Kladderadatsch der sozialen Revolution der ganzen Welt gekommen wäre. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Denken Sie an die Blutschand bei den Revolutionen in Europa. Beurteilen Sie erst diese Thaten, ehe Sie durch die Wiedergabe unbeglaubigter Briefe die so angelegene deutsche Armee beleidigen und das Deutsche Reich auf diese Weise im Auslande diskreditieren. (Lachen bei den Socialdemokraten.) In keinem andern Parlamente der Welt wären solche Angriffe möglich. Daß sie solche Briefe, die den Charakter der kindischen Uebertreibung an der Stirn tragen, hier vorbringen, beweist nur politische Unreife. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Herr Ortel verwies die Missionen auf ihre Aufgaben im Deutschen Reich. Wer hat denn aber Schuld an der niedrigen Kultur, die noch in einzelnen Schichten unserer Bevölkerung herrscht, doch gerade Sie, die Sie die Lehre von der Abkämpfung des Menschen vom Tier predigen. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Der Krieg gegen Religion und Sittlichkeit, wie Sie — zu den Socialdemokraten — ihn fortgesetzt führen, kann nur ungünstig auf das Volk wirken.

Um noch kurz auf die vorgestrige Debatte zurückzukommen, so hat Herr Bebel den Missionaren vorgeworfen, daß sie die Kleidung chinesischer Mandarinen anlegen; das thäten aber die protestantischen Missionare niemals. Im übrigen werden sie es nie verhindern können, daß sich die Missionare auch um die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse kümmern, das gehört unbedingt zu ihrer Thätigkeit.

Abg. Bebel (Soz.):

Herr Stöder hat die Gepflogenheit, auf Verhandlungen, bei denen er nicht dabei gewesen ist, zurückzukommen und dann Dinge zu widerlegen, über die gar nicht gesprochen worden ist. Wenn er die Güte gehabt hätte, vorgelesen hierher zu kommen ...

Abg. Stöder:

Ich bin hier gewesen!

Abg. Bebel:

Dann ist es um so schlimmer, dann hätten Sie wissen müssen, daß ich selbst ausdrücklich gegenüber Herrn Völkner betont habe, daß die protestantischen Missionare niemals chinesische Mandarinenkleidung anlegen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie können also mit meinen Ausführungen sehr zufrieden sein. Auf meine principielle Stellung zu den Missionaren im allgemeinen heute wieder einzugehen, habe ich keinen Anlaß. Von einer principiellen Ablehnung der Missionstätigkeit kann bei mir keine Rede sein. Ich habe mich nur in der Frage, welche Stellung der Staat zum Missionenwesen in fremden Ländern einzunehmen hat, stets anders gestellt als Sie. Predigen Sie in allen Ländern der Welt, ich wünsche Ihnen viel Glück dazu! (Heiterkeit.) Aber die staatliche Macht darf nicht in der Weise in Anspruch genommen werden, daß sogar, wenn von einem Teil der Missionare Fehler gemacht werden, der Staat unter allen Umständen verpflichtet sein soll, die Sünden der betreffenden Personen durch seinen Eingriff wieder gut zu machen. Herr Stöder hat weiter gesagt, solche Angriffe kämen in keinem Parlamente der Welt vor. Sie scheinen doch die Verhandlungen in fremden Parlamente ganz außerordentlich schlecht zu verurteilen! (Sehr richtig! bei den Soz.) Was z. B. das Ministerium Salisbury-Chamberlain bei der ersten Anhörung für den Boerenkrieg im englischen Parlamente von der Opposition zu hören bekommen hat, das geht weit über alles hinaus, was jemals in einem deutschen Parlamente gesagt worden ist. Wir haben es dort erlebt, daß 134 Abgeordnete ihre Bewilligung zu der Anleihe nicht ausgesprochen haben. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Welche Beurteilung meine Reden im Auslande erfahren, ist mir vollkommen gleichgültig. Ich spreche rückhaltlos aus, was ich fühle und denke, ohne danach zu fragen, welchen Wunsch ich erwerbe! (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Herr Stöder hat hier wieder einmal die Revolution herbeigerufen.

Das eine steht fest. Wenn einmal bei einem Volke eine revolutionäre Stimmung entsteht und es schließlich zu einer Revolution kommt, so müssen die Dinge schon auf das äußerste getrieben sein. Das hat selbst Friedrich der Große eingesehen. Er verglich die Revolution mit Naturereignissen, indem er sagte: „Wenn im Laufe der Entwicklung die große Mehrheit des Volks stöhnt, daß die staatlichen Existenzbedingungen und Einrichtungen mit den Interessen der großen Massen im Widerspruch stehen und auf natürlichem Wege der Ausgleich der Gegensätze nicht geschaffen wird, dann tritt ein, was in der Natur eintritt, wenn Electricität sich angehäuft hat.“ Friedrich der Große vergleicht die Revolution mit einem Gewitter und sagt weiter: „Und eine weise Regierung wird allezeit im Stande sein, diese zu verfrachten, wenn sie sorgsam darauf achtet, was die Volksbedürfnisse erheischen und dem beizutenden Rechnung trägt.“ (Hört! hört! links.) Herr Stöder hat mich als Verherrlicher des Fürkenmordes hingestellt. Auch das ist eine Unwahrheit. Ich habe unter dem

Socialistengesetze, wo man ja sehr häufig derartige Klagen gegen mich vorbrachte, wiederholt durch geschichtliche Ausführungen nachgewiesen, daß wenn überhaupt die **Kaiserin** eine politische Waffe sei, die Ausübung derselben **weit mehr von unsren Gegnern als von den revolutionären Elementen im Volke betrieben worden sei.** Ich habe durch das Beispiel Pauls II. bewiesen, daß sogar der hochmögliche Adel sich nicht vor dem Kaiserinmord scheut, wenn er es im Interesse seiner Standesherrschaft für nötig hielt. Die Socialdemokratie dagegen hat stets den Gedanken vertreten, wie sehr immer der Einzelne Macht und Bedeutung besitzet, er doch niemals im Stande sein kann, kraft seiner Person die ganze Entwicklung aufzuhalten. Wir haben stets den Personenkultus verworfen und von diesem untern materialistischen Standpunkt aus sind wir Gegner des Kaiserinmords. Im Jahre 1880 habe ich allerdings, als von Herrn v. Kardorff die Ermordung Alexanders II. meinen Parteigenossen in Rußland zugesprochen wurde, gesagt, daß wenn in Deutschland Zustände herrschten, wie die russischen sind, ich es dann erklärlich finden würde, wenn zu einem derartigen Attentat gegriffen würde. Ob bei uns russische Zustände herrschen, das zu beurteilen überlasse ich Herrn Söder. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Herr Söder hat die Unbildung und Rohheit in einem Teile unseres Volks auf die Ausbreitung der Darwinischen Descendenztheorie zurückgeführt. Das ist doch eine merkwürdige Auffassung. Ich bezweifle, daß wir einer von allen Leuten, die hier in Frage kommen, irgend etwas von der Descendenztheorie gehört hat. Die **Unbildung und Rohheit des Volks kommt vielmehr ganz aus Ihrer (nach rechts) Conto, die Sie jedem jeden Fortschritt sind.**

Die **Hummerbriefe** sind echt, darüber besteht kein Zweifel. Sie sind ebenso echt, wie der Brief des englischen Berichterstatters, den der Kriegsminister vorgelesen hat. Der Kriegsminister hat auch auf die Widersprüche und auf die schlechte Orthographie in dem einen von mir vorgelesenen Briefe verwiesen. Dasselbe Experiment kann er mit allen diesen Soldatenbriefen machen. Daß solche Briefe von unsren Soldaten geschrieben werden können, daran ist aber nur unsere mangelhafte Volksschulbildung schuld, die nicht wir, sondern Sie (nach rechts) gemacht haben. Wenn etwas dazu geeignet ist, Deutschland in den Augen der übrigen Welt zu diskreditieren, so wäre es das, wenn man im Auslande aus solchen Briefen erseht, daß **Deutschland, das so stolz ist auf seine Schulbildung, Soldaten hat, die so furchtbar orthographisch schreiben.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Zuruf rechts: **Glauben wir ja gar nicht!**) Sie sagen, Sie glauben das nicht, ich sage, ich glaube nicht, daß Sie das nicht glauben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Zuruf rechts: **Sie werden wohl auch so viel Kenntnis von Ihren Jünglingen auf dem Lande haben, daß Sie wissen, was Sie leisten.**) (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Den vom Herrn Kriegsminister vorgelesenen Brief habe ich selbst in Händen gehabt, es ist ein Originalbrief, wie nur je einer geschrieben worden ist, mit dem Poststempel versehen. Uebrigens muß ich dem Herrn Kriegsminister den Weg zeigen, den er bisher noch immer nicht beschritten hat? Wenn solche Klagen gegen das deutsche Heer in den Wäldern erscheinen, dann könnte ja der Herr Kriegsminister an den **Staatsanwalt** gehen u. die betreffenden Wälder verlagern lassen. Wenn es sich um andre Dinge handelt, hat ja der Herr Kriegsminister diesen Weg immer beschritten. Wird z. B. über irgend eine Soldatenmishandlung in einem Blatte berichtet, so wird sofort Anzeige erhoben, und stellt sich nur irgend etwas Unrichtiges in der Anzeige heraus, so wird der Redacteur verurteilt. In diesem Falle aber erhebt der Herr Kriegsminister nicht die Anzeige, weil er genau weiß, es **müßte doch mehr herankommen, als ihm lieb ist.** (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Interessant war es, daß der Herr Kriegsminister sich nicht mit der Reizung der „**Röln. Volksg.**“ beschäftigt hat. Diese bestätigt doch, daß in einer ganzen Reihe von Fällen Soldaten wegen Mords und Notzucht verurteilt worden sind. Die ganze Armee habe ich niemals angegriffen, sondern ausdrücklich betont, daß es sich um Teile der Armee handelt. Ueber eine derartige Kampfesweise, wie sie von Ihnen beliebt wird, kann man nur mit den Kaiserin zuden. Draußen wird dieselbe wohl richtig beurteilt werden. Daß Sie da drüßen den Herrn Kriegsminister immer in Schutz nehmen, ist selbstverständlich, das wäre ja noch schöner, wenn die regierungstreue Partei die Regierungsmänner im Stiche ließe. Sie müssen immer „**Sehr richtig!**“ rufen: **Wozu sind sie sonst überhaupt da?** (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Graf Waldersee soll in China wieder die Ordnung hergestellt haben. Leider ist das nicht der Fall; der Herr Kriegsminister jagte, Waldersee hätte allein die Ordnung dort hergestellt. Das war ein sehr zweifelhaftes Kompliment. **Damit hat er doch vielleicht etwas gesagt, das nach außen etwas verschmücken könnte.** — Ich soll die Ehre Deutschlands verletzt haben. Was man unter Verletzung der Ehre Deutschlands versteht, darüber werden Ihre und unsre Ansichten immer grundverschieden sein. (Sehr richtig! rechts.) Aber das eine erkläre ich: **Ueber das, was wir der Ehre Deutschlands schuldig sind, nehmen wir von keinem Menschen, auch von keinem Kriegsminister, irgend eine Belehren an.** (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goltz:

Herr Bebel fragte, warum ich die Zeitungen, die die Hummerbriefe veröffentlichen, nicht verfolge. Mein Princip ist darin folgendes: Wenn ich derartige Angaben lese, fordere ich die betreffende Stelle, die beschuldigt wird, zum Bericht auf, und auf Grund dieser Berichte werden, wenn die Thatsachen festgestellt sind, die Zeitungen verurteilt. Wenn ich aber **durchaus keine Handhabe habe, bin ich verpflichtet, die ganzen Anklagen nach dem Expeditionscorps zu schicken.** Ich hoffe, daß die Antwort von dort noch vor Ablauf der Verjährungsfrist eintreffen wird, und werde dann nicht verfehlen, die Zeitungen zu verurteilen. Im übrigen will ich konstatieren, daß so oft ich die Freunde hatte, mit Herrn Bebel zusammenzukommen, er stets die Offiziere angegriffen und die Mannschaften in Schutz genommen hatte. Es wird deshalb großes Aufsehen im Lande erregen, daß Herr Bebel heute hier die Mannschaften in einer unerhörten Weise angegriffen hat, ohne den Schatten eines Beweises beizubringen!

Abg. Bebel (Soc.):

Ich erkläre, daß ich, sobald ich von einem Offizier der Armee erfahre, daß er etwas gethan hat, was ich für ungebührlich halte, dies hier öffentlich auszusprechen für meine Pflicht halte. Ich erkläre weiter, daß wenn ich von der Mannschaft der Armee höre, daß sie Ungehöriges gethan hat, ich genau so vorgehe, wie gegen die Offiziere. Hier einen Unterschied zu machen, verbietet mir mein Gerechtigkeitsgefühl! (Weißfall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Söder (Soc. Reformp.):

Herr Bebel hat für die Vergehen der Soldaten und die Schuld beigemessen. Er hat in großer Reue die Vorbin von seinen Briefschreibern gesprochen. Damit sind wir sie los und Sie haben sie. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Specialdebatte werden ohne weitere Diskussion die einzelnen Paragraphen der Vorlage genehmigt; ebenso der Nachtragsetat in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Socialdemokraten.

Es folgt die zweite Lesung des Postetat. Die Beratung beghnt mit den Einnahmen.

Die Einnahmen werden debattellos genehmigt.

Es folgen die Ausgaben (Titel I. Staatssekretär).

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Die dritte Deffentlichkeit muß eine Verurteilung darüber erhalten, wie es mit der Beförderung der Briefe steht. Von allen Seiten können Klagen über wachsende Unzuverlässigkeit in der Beförderung. Die Anforderungen an das Personal sind gewachsen, ohne daß eine entsprechende Vermehrung des

Personals stattgefunden hat. Besonders in Berlin ist der Verkehr verzögert worden; seit dem 1. April v. J. finden statt 12 nur 9 Beförderungsläufe täglich statt. Durch die Aufhebung der Privatposten ist der Verkehr plötzlich gestiegen worden, ohne daß die nötige Zahl neuer Beamten eingestellt worden ist. Dieselben Klagen wie aus Berlin kommen aus Essen, Koblenz, Halle usw. Besonders beschwert man sich über die langsame Abfertigung auf den Postämtern beim Aufgeben von Postanweisungen. Die postalische Zusammenfassung von Groß-Berlin unter Ausschluß bestimmter Vororte vom Nachbarortverkehr ist sehr ungeschickt; eine ganze Anzahl von Bewohnern solcher Vororte weigern sich jetzt grundsätzlich, ungenügend frankierte Briefe anzunehmen. Ein einziges Postamt in Groß-Lichterfelde hat an einem Tage 30 M. Strafpunkte erhoben. (Hört! hört! links.)

Wie gedenkt sich die Verwaltung zu den nicht etatsmäßig angestellten Beamten zu stellen? Die Anstellungsverhältnisse sind so ungünstig, daß die Verwaltung der Beheratung nicht etatsmäßig angestellter Beamten Schwierigkeiten bereitet. Das wird wenigstens behauptet.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Ein Institut, das dem Verkehr dient, muß der öffentlichen Kritik unterliegen, die Mißstände sieht, die untern bureaukratischen Auge vielleicht verborgen sind. Was die Personalfrage anlangt, so will ich vorerst konstatieren, daß das Reichspostamt allen Wünschen meiner Verwaltung immer bereitwillig nachgekommen ist. In Berlin sind seit dem 1. April mehr Leute von uns eingestellt worden, als die Postfahr bis dahin im Dienst hatte. Wir hatten 1883/84 89 800 etatsmäßige Stellen im Postdienst, 1891/92 51 000, 1901 98 565. Die Zahlen zeigen eine enorme Personalvermehrung. In den drei Jahren, seit ich im Amt bin, sind 13 850 etatsmäßige Stellen mehr geschaffen worden. Ich habe den Grund, wenn ein junger Mann sich für den Postdienst nicht eignet, ihn in jungen Jahren noch zu entlassen, anstatt ihn mit durchzuschleppen. Nach meinem Gefühl reicht ein Diätarium von 5 Jahren für Assistenten aus. Selber dauert es jetzt noch etwas länger. Für glünftig kann ich es nach meinen Erfahrungen vom Militär her nicht halten, wenn ein junger Mann zu früh betrautet und einen Hausstand gründet. Ein Hausstand ganz ohne materielles Fundament wird leicht unglücklich. Soweit wir können, raten wir den jungen Männern: **Heiraten Sie nicht zu früh.** Sie können auch leicht noch ein paar Jahre warten! Eine Familie ist ja auch immer schwerer beweglich, als ein einzelner Mann, der diätarisch bald hier, bald da beschäftigt werden muß.

Ich will gern erneut prüfen, ob wir noch weitere Schalter am Tage öffnen müssen. Nun zu Berlin. Die Postfahrt bestellte nur viermal, wie ich es jetzt neunmal, und neun ist doch mehr als vier. (Heiterkeit.) In den europäischen Großstädten wird auch nicht öfter bestellt. Die Erfahrung zeigt, daß die Morgenbestellung verstärkt werden muß, die Mittagbestellung aber einzuschränken ist. Die Vororte haben mit Berlin reichlich Verbindung, doch will ich sehen, wo noch Mängel vorhanden sind. Berlin hat sich wirklich nicht zu beklagen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (Konf.):

Berlin hat keinen Anlaß, sich über seine postalische Einrichtungen zu beklagen. Redner behandelt ausführlich die Frage der politischen Briefadressen und sucht nachzuweisen, daß es sich hier um eine systematische Agitation handelt, die sich einer deutschen Reichsverwaltung zu politischen Zwecken im Sinne des Polentums bedienen möchte. Der Staatssekretär ist den politischen Wünschen möglichst weit entgegengekommen, vielleicht zu weit. Ich hoffe, daß es ihm gelingen wird, die politische Propaganda zu brechen. (Bravo! rechts.)

Abg. Wassermaun (natl.):

Mit der Maßregel, zwei Uebergehungstellen für polnische Adressen einzurichten, ist die äußerste Grenze der KonzeSSIONen erreicht, die wir für zulässig halten. (Sehr richtig! bei den National-Liberalen.)

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Von KonzeSSIONen der Reichspostverwaltung den Polen gegenüber kann keine Rede sein. Man unterschätzt doch die Schwierigkeiten, die der Post von den Tausenden polnischer Adressen erwachsen. Wir müssen uns streng an die Befehle halten und können daher nur Adressen ablehnen, die nicht deutlich und klar sind. Außerdem haben wir die Bestimmungen noch dahin verschärft, daß die Orte deutsch geschrieben werden müssen und die Namen nicht, wie das im Polnischen üblich ist, dekliniert werden. Da kann doch von keiner Kapitulation die Rede sein.

Abg. Singer (Soc.):

Ich meine doch, daß diese ganze Angelegenheit von den Herren Vorrednern und dem Herrn Staatssekretär etwas zu sehr aufgebauscht ist. Andererseits sind ja allerdings die Briefe mit polnischer Adresse früher ganz unbeanstandet befördert worden, während man sie jetzt von der Beförderung zurückweist, statt, wie es richtig wäre, sie übersetzen zu lassen, wobei ja dann die Zeitverräumnisse zu Lasten des Absenders und des Empfängers fallen würde. Schließlich muß doch auch im Inlande jeder das Recht haben, Briefe in seiner Muttersprache zu adressieren, und es ist ein Gewissenszwang, ihm das zu verbieten. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Was die neunmalige Briefbestellung in Berlin anlangt, so meine ich, müßte man es den Berlinern überlassen, wie oft sie die Briefe bestellt haben wollen. Thatsache ist, daß gegen früher die Briefbeförderung in Berlin verzögert worden ist. Ich meine, daß wir nach der Uebernahme der Privat-Postanstalten der Reichspost eine Art Schonzeit gewähren müssen, damit sie sich nach allen Richtungen hin einzurichten kann. Mit dem Grundsatze des Herrn Staatssekretärs, daß die Verwaltung sich nach Bestimmungen der Postordnung richtet, die nun einmal bestehen, bin ich ja ganz einverstanden, aber man sollte doch da auch nicht zu bureaukratisch sein. Ich habe hier eine Postkarte, die genau dem gewöhnlichen Format entspricht, aber auf deren Vorderseite das Wort „**Postkarte**“ nicht aufgedruckt ist. Diese ist mit Strafpunkte belegt worden. So heimlich sollte doch die Verwaltung nicht sein. Es ist von der nicht genügenden Vermehrung des Personalpersonals gesprochen worden. Die Antwort des Herrn Staatssekretärs in dieser Beziehung kann mich doch nicht beruhigen. Es kam da nicht auf eine bestimmte Zahl ankommen, sondern es kommt darauf an, ob so viel Beamte angestellt sind, daß dem Bedürfnis des Verkehrs genügt wird und daß keine Ueberbürdung der Beamten eintritt. Daß nicht genügend Beamte vorhanden sind, das kann man ja besonders in den Großstädten häufig beobachten, wenn man die Ueberfüllung und die langsame Abfertigung an den Schaltern zu gewissen Tageszeiten sieht. Schuld an diesen Verhältnissen ist zum Teil auch der Reichstag selbst, weil er die Reichspostverwaltung mit einer Fülle von Aufgaben bedacht hat, die mit dem eigentlichen Zweck der Post nichts zu thun haben. So muß die Post z. B. Invalidenmarken und unzählige Sorten von Stempelmarken verlaufen. Nachgerade kommt man dazu, sie als Wägen für alles zu benutzen. (Heiterkeit.)

Als ein großer Mißstand wird es vor allem empfunden, wenn bei dem großen Andrang zu Weihnachten die Reichspostverwaltung zur Bewältigung des Verkehrs sich der Hilfe von Soldaten bedient.

Wir haben doch wirklich arbeitslose Leute aus dem Arbeiterstande genug, denen man diesen Verdienst wohl zutommen lassen könnte.

In Bezug auf die wirtschaftliche und politische Mafregelung der Postbeamten und die Einwirkung seitens der Verwaltung auf die freie Meinungsäußerung der Beamten, will ich nicht all die Ausführungen wiederholen, die ich seit Jahren hier gethan habe. Ich beneide den Herrn Staatssekretär nicht um den Ruhm, den er sich erworben hat, daß er nachgerade bei seinen Unterbeamten die Ruhe des Kirchhofs hergestellt hat. Er hat es verstanden in seiner urbanen Form einen derartigen Druck auf seine Unterbeamten auszuüben, indem er ihnen in der lebenswürdigsten Weise vaterlich gesagt hat: es ist doch viel besser, wenn Ihr Euch mit mir verträgt. Wenn Ihr es aber

nicht thut, dann geht es Euch an den Hals! (Heiterkeit, sehr gut! links.) Wir müssen verlangen, daß der Staatssekretär endlich den einzig richtigen Standpunkt einnimmt, die Beamten haben im Dienst ihre Schuldigkeit zu thun, im übrigen geht mich ihre politische und wirtschaftliche Ueberzeugung und das, was sie außerhalb des Dienstes thun, so weit es nicht mit den Staatsgesetzen in Widerspruch steht, nichts an. Jetzt zu Weihnachten hat er wieder seinen Postbeamten einen Erlaß zukommen lassen. Unter dem 15. Dezember wird ausdrücklich vor dem „**Deutschen Postboten**“ gewarnt, weil dieses Blatt eine Haltung eingenommen habe, die geeignet ist, das Vertrauen der Unterbeamten zu ihren Vorgesetzten zu erschüttern und ihre Unzufriedenheit zu erregen. Nach einer Verfügung der kais. Ober-Postdirektion vom 15. Dezember „**nimmt die Deutsche Reichspost**“ inhaltlich vollkommen mit dem „**Deutschen Postboten**“ überein. Sie fällt daher unter den oben bezeichneten Erlaß. Dieser Erlaß mußte von den Unterbeamten unterschrieben werden. Gegen ein solches Vorgehen müßte der ganze Reichstag energisch protestieren. (Sehr richtig! links.) Ein anderer Erlaß zeigt, wo der Herr Staatssekretär sich als „**Erzieher seiner Beamten**“ fühlt. Dieser Erlaß bezieht sich auf die Entpöhrung der Beamten vom Biertrinken. (Heiterkeit.) Der Herr Staatssekretär hat ihn nicht unterzeichnet, aber es ist ein amtlicher Erlaß und da bekanntlich in Postkreisen nichts passiert, was den Augen des hohen Chefs entgeht, so wird Herr v. Pöbbecke jedenfalls vom dem Erlaß wissen. Er ist vom 10. Dezember datiert und lautet: „**Wenn die Unterbeamten nach Lage ihres Dienstes gezwungen werden, das Abendbrot im Postamt einzunehmen und dabei Bier trinken, so ist dagegen nichts einzuwenden, sofern dabei Maß gehalten wird und die Trinkgläser nicht auf den Tischen herumstehen.** In anderer Tageszeit das Biertrinken zu gestatten, dazu liegt ausreichende Veranlassung nicht vor. Als Lustige ist es aber zu bezeichnen, wenn schon vormittags und selbst in den frühesten Morgenstunden Bier getrunken wird. Der Biergenuß in den Vormittagsstunden ruft Müdigkeit hervor und wirkt „**schädigend**“ nachträglich auf die Arbeit ein! Nun weiß ich nicht, wie der Herr Staatssekretär persönlich zu einem Frühkoppen steht? (Heiterkeit.) Wenn ich annehme, daß es zu seinen Gewohnheiten gehört und er auch heute einen Frühkoppen genommen hat, so haben wir doch heute den lebendigen Beweis gehabt, wie wenig nachteilige Folgen dieser Genuß auf die Arbeitsfähigkeit des Herrn Staatssekretärs gehabt hat. (Heiterkeit.) Ich wünsche natürlich nicht, daß Salenmereien auf den Postämtern stattfinden, aber gegen müdige Leute sollte man doch nicht so auftreten, wie das hier der Fall ist, wo ein Vorgesetzter des Postamts sich zum Vormund dieser Leute macht. Jedenfalls ist der beschrittene Weg Schulmaß gegenüber anzuwenden, aber nicht erwachsenen Leuten. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär sich mir gegenüber ebenso bereitwillig erklären wird, den Mißständen gegenüber Abhilfe zu schaffen, wie den Herren Vorrednern gegenüber! (Bravo! b. d. Soc.)

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Ich weiß sehr wohl, daß zwischen mir und dem Abg. Singer zwei Bestanschaumagen stehen, zwischen denen es keine Versöhnung gibt, sondern nur Kampf; was mich betrifft, so lange ich lebe. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Herr Singer wird aber einsehen, daß ich als Chef konsequent sein und mir nicht auf der Nase spielen lassen darf. Das Blatt „**Die Reichspost**“ ist genau dasselbe Blatt wie der „**Postbote**“, den ich verboten hatte. (Singer: Den hätten Sie eben nicht verboten dürfen.) Ich habe ihn aber verboten, und da müßte ich das synonyme Blatt auch verbieten. Damit meine Beamten nicht einfallen, ist ihnen das mitgeteilt worden. — Was den Biererlaß angeht, so bin ich kein Freund des Frühkoppens. Der Erlaß richtet aber nicht von mir, sondern von einem Amtsvorgesetzten her, der zu bureaukratisch ist. Statt einen Erlaß zu schreiben, der hier Stoff zu Debatten giebt, hätte er seinen Leuten sagen sollen: „**Kinder, das geht nicht; die heimlichen Bierflaschen durche ich nicht. Dienst ist Dienst.**“ (Heiterkeit.) Die Weihnachtbestellung durch Soldaten habe ich von Jahr zu Jahr mehr eingeschränkt. Aber ganz entbehren kann ich einen Stod von Soldaten zur Sicherstellung des Weihnachtverkehrs nicht. Die Arbeitslosen meiden sich zwar, kommen aber nicht immer. Ich will die **Arbeitslosen** nicht beschimpfen, aber man ist in diesen Kreisen nun einmal nicht sehr subtil in den Begrissen von **Rein und Dein**. Leuten, deren Vergangenheit wir gar nicht kennen, müssen wir fremdes Gut anvertrauen. — „**Draufsch**“ muß auch auf Postkarten draufstehen, damit die Leute die Karte nicht erst umzudrehen brauchen. Das entspricht auch den Bestimmungen des Weltpostvereins.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole):

Seit 1888 leben die Polen unter einem Ausnahmegesetz. Die Anordnungen des Staatssekretärs betrachten wir nicht als KonzeSSIONen, sondern als seine gesetzliche Verpflichtung. Die Beamten sollen die Landessprache verstehen. Hoffentlich werden die veratorischen Maßnahmen der Beamten vom Staatssekretär beseitigt. (Weißfall bei den Polen.)

Staatssekretär von Pöbbecke:

Ich weise die Behauptung zurück, daß die Beamten mit Verationen und Chikanen vorgegangen seien. Verfügungen brauche ich nicht zurückzugeben, denn ich habe keine erlassen. Eine Verpflichtung für die Postverwaltung, polnisch sprechende Beamte anzustellen, erkenne ich nicht an. Ich bin der Chef der deutschen Reichspost. Nehmen Sie mal an, es bildet sich eine Sekte, die bloß chinesisch adressiert. Ja, wo soll ich denn da die Beamten hernehmen, die das Zeug leisten können. (Heiterkeit.)

Darauf verlegt das Haus die Fortsetzung der Beratung auf Sonnabend 1 Uhr.
Schluß 5¹/₄ Uhr.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission

des Reichstags wurde die Beratung des Militär-Etats fortgesetzt. Ein Regierungsvorsteher begründete die Notwendigkeit der Einführung von Maschinengewehren im Interesse der Schlagfertigkeit der Armee und verbreitete sich in längeren Ausführungen über technische Einzelheiten. Sämtliche Armee-corps sollen mit solchen Gewehren ausgerüstet werden. Die Maschinengewehr-Abteilungen sollen ja einem Jäger- oder Infanterie-Bataillon in derselben Art wie die Escadrons der Jäger zu Pferde den Kavallerieregimenten beigesetzt werden. Zunächst sollen 5 Abteilungen eingerichtet werden, die weitere Einführung soll allmählich erfolgen.

Abg. v. Kardorff folgert aus der Einführung der Maschinen die Notwendigkeit einer Verstärkung der Kavallerie. Abg. Bebel glaubt, daß die Kavallerie gegen das Rossfeuer gar nicht ausrüsten können. Die Maschinengewehr-Abteilungen werden bewilligt. Abg. Müller-Sagan bringt die Richtinstellung von jüdischen Militärärzten zur Sprache, worauf ihm vom Regierungsvorsteher erwidert wird, daß eine Bestimmung, welche jüdische Militärärzte ausschließt, nicht existiert. Abg. Wassermaun befragt es, daß die Militärärzte von den Offizieren häufig nicht gleichrangig behandelt werden. Auch Abg. Sped (C.) und Abg. Berner (Anti.) treten diesen Klagen bei, die aber vom Kriegsminister als ungerichtet bezeichnet werden. Abg. Wassermaun hält seine Beschwerde aufrecht, die Klagen seien ihm von Sanitäts-offizieren selbst übermittelt worden. Komens des Kriegsministers erklärte sich ein Regierungsvorsteher bereit, ihm zunächst eine Statistik der jüdischen Reserve-Sanitäts-Offiziere vorzulegen. Abg. Wassermaun befragte eine Resolution auf Erhöhung des Gehalts für Militär-Ärzte. Nach längerer Debatte wurde die Resolution angenommen. Die nächste Sitzung findet Dienstag statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 16. Februar.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Das Rheingold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des Erasmus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroff). Gefährliche.
Schiller. Rosmersholm. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Nora. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Die Amalingschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Gigantbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Gelfa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Bunter Theater: Ueberbrettl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eisen. Alle Liebe ruhet nicht. Anfang 8 Uhr.
Friedrich Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle Alliance. Der Peibatte. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Eine leichte Person. Anfang 8 Uhr.
Kosm. 4 Uhr: Kindervorstellung, Max und Moritz.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Spoko. Spezialitäten-Vorstellung. Zwanzig Mädchen und kein Mann. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Summelechte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Steintiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Die zwölf unerschwingbaren Fakire. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Tägliche D-Vorstellung. Rosen- diensttag.
Kronia. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde.“
Im Hörsaal: „Das elektrische Licht.“
Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen: „Aus dem Tagebuch der Erde.“
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung * * *
Anfang: Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr, Ende 11 Uhr.
Die vier Schwestern in ihrer Neuheit Ringelreia-Übertanz
17 erstklassige Spezialitäten 17
Hanny Luxa
die unvergleichliche
Tyrolenne-Excoatrique
Rosendiensttag
Feldwebeltragödie in 1 Akt.
Thalia-Theater
Tredenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
Gr. Knüttelwandschiff u. Bel. u. Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
(Kollner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Rosmersholm.**
Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Deutsch von H. Bunt.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die goldene Eva.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Freiwild.
Montagabend 8 Uhr:
Rosmersholm.

Central-Theater.
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr.
Zum 574. Male:
Die Geisha.
Mimosa: **Mia Werber.**
Sonnabendabend 8 Uhr zu halben Preisen: **Die Fledermaus.**
Abends zum 575. Male: **Die Geisha.**
Mimosa: **Mia Werber.**
In Vorbereitung: **San Toy.** Chinesische Operette von Edwin Jones. Schauspiel mit **Rary Dalton.**

Apollo-Theater.
Pepi Glöckner
in ihrem brillanten Repertoire.

Valentine Petit
in ihrer Traumphantasie.
Les Minstrels parisiens und die übrigen trefflichen **Specialitäten.**
Des Löwen Erwachen.
Operette von J. Brandl. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 17. Februar: **Debüt von**
Ada Colley
der australischen Nachtigall.
Sonnabend u. Sonntagabend: **Zauber-Vorstellung.**
Ben-All-Bey. (Halbe Preise.)

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Kinder-Vorstellung 4 Uhr. R. Preife. **Max und Moritz.**
Abends 8 Uhr:
Eine leichte Person.
Folle mit Gesang in 3 Akten v. Wohl. Morgen: **Humppochogadandus.**
Dienstag: **Die Gelfgäber u. Kalfjarnen oder: Wein Runpon.**

CRANIA * * *
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Sonnabendabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Im Hörsaal:
Dr. Donath: Das elektrische Licht.
Nachm. 3 1/2 Uhr zu kleinen Preisen:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neue aktuelle Serie
lebender Photographien.
Die sensationellen Gruppen der alten Germanen.
Der schlesische Zucker und der Teufel. Die Bernauer Bierprobe. — Der Rothenburger Meistertrunk.
Im Restaurant: Konzert einer russ. Damenkapelle.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Heute, Sonnabend, den 16. Februar:
Grosser Masken-Ball.
Anfang 10 1/2 Uhr! Grosse Gratis-Preis-Verteilung an die 3 schönsten Damen- und die 3 originellsten Herrenmasken.
Vorher 7 1/2 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung.
Das Niesen-Februar-Programm 8 1/2 Uhr. Früchtel 8 1/2 Uhr.
Bummelviere.
Grosse Polle mit Gesang in 3 Akten. Besonder der Bock haben Frei-Tanz.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Heute
Sonnabend, 16. Februar:
12. Gastspiel
Yvette Guilbert.
Um 7 Uhr 30:
Eine tolle Nacht
Seitiner Aufhängungsposse.
Um 10 Uhr:
Auftreten der Madame
Yvette Guilbert.
Anf. 1/2 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Morgen
Sonntag, 17. Februar:
Einziges
Sonntags-Gastspiel
Yvette Guilbert.
Montag, 18. vorletztes,
Dienstag, den 19. letztes
Gastspiel
Yvette Guilbert.

Cirkus Busch
Sonnabend, 16. Februar 1901.
abends 7 1/2 Uhr:
Prunk- u. Parade-Abend.
Kontieren des berühmten amerika- nischen Vorseher Norton B. Smith.
Heute abend ganz außer- ordentlich widerspenstige Pferde gemeldet.
Ferner: Vorzüglichste Programm- nummer. U. a.: Burkhardt-Footlit, Schultreiter.
Zum Schluss: Zum 81. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. bühnenreiches Manège-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptakten. Original-Donomine des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Der prunkhafte Einzug König Ludwig XIV. in Strahburg.
Sonntag, 17. Februar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landparaden“, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weifre Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: **Die eiserne Maske.**

Giordano Bruno-Bund
für einheitliche Weltanschauung.
Sonntag, den 17. Februar, mittags 12 1/2 Uhr, im Beethoven-Saal der Philharmonie:
Zweite Heroen-Feier
am
Giordano Bruno-Gedächtnis-Tage (* 17. 2. 1600).
Waldemar Meyer-Quartett, Damenchor des Berliner Tonkünstler-Orchesters. Recitationen. — Festvortrag von Dr. Bruno Wille.
Karten zu 50 Pf. sind zu haben in den Buchhandlungen Lazarus, Friedrichstrasse; Nicolai, Dorotheen- und Potsdamerstrasse; Musikalienhandlung Schottbauer, Rosenthalerstrasse, sowie an der Kasse der Philharmonie (Sonntag 12 Uhr).

Cirkus Schumann.
Heute Sonnabend, 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Gala-Sportvorstellung.**
Internationale Ringkämpfe.
1. Paar: Vervet (Belgien) gegen Sabes II (Bordeaux). 2. Paar: Pirotoll (Kigier) gegen Poiree (Zabranerich). 3. Paar: Piqueplant, genannt der Rivie aus Parbonne gegen Azor (Samburg).
Ehren-Schiedsrichter Professor Reinhold Segas.
genannt die **Steppenkönigin.**
Direktor Albert Schumann mit seinen Original-Dressuren.
Zum Schluss: **CHINA**, großes Wasserchauspiel. 600 Mitwirkende. Alles Nähere: Siehe Tageszettel.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsruhe.
Wochentags 7 Uhr. Nur erhaltbar. Direktion:
Sonntags 5 Uhr **Specialitäten. J. M. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Heute, Sonnabend, den 16. Februar:
Grosser Masken-Ball.
Anfang 10 1/2 Uhr! Grosse Gratis-Preis-Verteilung an die 3 schönsten Damen- und die 3 originellsten Herrenmasken.
Vorher 7 1/2 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung.
Das Niesen-Februar-Programm 8 1/2 Uhr. Früchtel 8 1/2 Uhr.
Bummelviere.
Grosse Polle mit Gesang in 3 Akten. Besonder der Bock haben Frei-Tanz.

gemütlichen Thüringer.
Empfehle mein neueröffnetes **Local in Hohen-Schönhausen,** via-A-vis d. Wilhelmsburger Kirchhöfen (Kubrand- und Marzfluggemeinde).
Haltestelle der elektrischen Straßenbahn nach Hohen-Schönhausen.
August Günther,
O. Frankfurter Allee 16.
In den Wäggelbergen. „**Marienlust**“.
Zus.: **C. Streichhahn,** früher des Kaiserhofes, Köpenick.
Empfehle beide Lokale mit großen Zälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde etc.

Brauerei Germania, Aktien-Gesellschaft
Tel. VII 2645. Berlin O. 34, Frankfurter Allee 53. Tel. VII 2645.
In ca. 70 eignen Geschäften (681L*)
Bockbier vom Fass 4/10 Liter 10 Pf.
1 ca. 1/10 Ltr.-Flasche 10 Pf. 1/10 To. M. 3,50.
15 1/10 Ltr.-Flaschen M. 1,50 frei Haus.

Stillers Schuhwaarenhaus
Jerusalemstr. 40 am Dönhofsplatz.
Potsdamerstr. 2 am Potsdamer Platz.
Bedeutend herabgesetzte Preise mit 5% Extra-Rabatt.
Jerusalemstr. 40 werden grössere Posten zurückgesetzter Damen-, Herren- und Kinder-Schuhwaaren zu ganz enorm billigen Preisen als wirkliche Gelegenheitskäufe zum gänzlichen Ausverkauf gestellt. * * * * *

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag:
Der Goldneffe.

Passage-Panoptikum und Theater.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Neu! General Boum,
der kleinste Mann der Welt.
Eintritt einschliessl. Theater 50 Pf.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Nach jeder Soiree: **Tanzkränzchen. Lustige Bagabonden.**
Heute: Eine Soiree bei Lehmanns.
Sonntag: Eine Soiree bei Lehmanns.

Reichshallen Steintiner Sänger.
Heute: Eine Soiree bei Lehmanns.
Sonntag: Eine Soiree bei Lehmanns.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen. Klein-Berlin. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Kleinstnäpfe u. Koppnäpfe. Keine Leder-Pistole, Taschen, Große Hüften umfassen. Die Hose
der Ausstattung von 4 Mt. 50
Echt blaues Monteur-Jackett 1 Mt. 90
Echt blaues Monteur-Dolch 1 Mt. 50
Echt blaues Monteur-Jackett
Prima Röper-Gewebe 2 Mt. 50
Echt blaues Monteur-Dolch
Prima Röper-Gewebe 2 Mt. 10
Prima Rauscher-Hose 3, - 3,50, 4,25
Seitlert. Rauscher-Jackett 13, - 9, -
Operations-Mantel 1. Klasse 4,90-5 Mt. 40
Waler-Rittel 3, - 2,50, 2 Mt.
Mechaniker-Rittel (braun) 3, - 2 Mt. 40
Weißes Leder-Jackett, Preislich gefärbt. 7 Mt. 50
Weiße Lederhose, Prima Ware 3 Mt. 75

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseur 24 u. 25. Weidenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 16te Vergrößerung 1901 über- gefaunte Herren- u. Knaben-Bekleidung (Auslage 1 Million) wird sofort und portofrei angeliefert.
Verband von 20 Mt. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Breite u. Bundweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 4972*

Masken
Kostüm-Verleihbazar
große Auswahl, billigste Preise
Fr. C. Frommholz
Grafstr. 78, Ecke Adersstr.

August Bieberstein,
Khalbertstr. 61.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
Täglich grosse Specialitäten-Vorstellung.

Verband der Möbelpolierer.

Heute, Sonnabendabend 8 1/2 Uhr, in Weissensee, Köpckestr. 20
Verammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Joseph Rein. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.
 Morgen Sonntag, vormittags von 10-11 Uhr: Wahl der Delegierten zur Junungs-Krankenkasse in den Lokalen Andreasstraße 21 und Kottbuserstraße 4a.
 Montag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 26:
Verammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Ida Altmann über: Die gute alte Zeit. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.
 Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Blumenstraße 38:
Angeordnetliche Vorstandssitzung.
 Montag, den 25. Februar, abends punkt 8 Uhr, Engel-Ufer 15:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Der Maskenball findet am 9. März in Kellers Festhölle, Köpcke-straße 29, Natl. Wilms a 50 Pf. sind bei den bekannten Kollegen zu haben.
 145/13
Der Vorstand.

Großer Vortrag

am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 5 Uhr, Wedding, Cöllnstraße 8, über:
 „Die Pflichten, Leiden und Rechte der Frau in der Ehe im Lichte der heutigen Zeit.“ (Frauen und Herren)
 Fragebeantwortung. - Hierauf: 2820b

Tanzkränzchen.

Eintritt 20 Pf. Jedermann willkommen. P. P. Der Unterrichts-Kursus beginnt am 25. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr (Postkarte). Der Vorstand des Neuen Kameradschaftsvereins Charlottenburg-Berlin (500). J. H. Lange, Charlottenburg, Garbes du Gopelstr. 9. Hoffmann, Berlin N., Badstr. 44 IV.

Achtung! Holzbildhauer. Achtung!

Die Kollegen, welche bei Mitgliedern der Junungs-Krankenkasse der Tischler in Arbeit haben, werden aufmerksam gemacht, daß die Wahl von Delegierten (Arbeitnehmern)
 morgen Sonntag, 17. Februar, vormittags von 10-11 Uhr, in folgenden Lokalen stattfindet: 1. für die Mitglieder rechts der Spree (Dien) bei Stechert, Andreasstraße 21 (50 Vertreter). 2. für die Mitglieder, welche links der Spree beschäftigt sind, im Konzerthaus „Sausonci“, Kottbuserstraße 4a (73 Vertreter).
 Mitgliederbuch legitimiert. 20/11
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- u. Silberarbeiter u. verw. Berufsgen. (E. H.) zu Schw.-Gmünd.

Montag, den 18. Februar, abends präcise 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 (§ 28 des Statuts)
 im großen Saale des „Dresdener Garten“, Dresdenstr. 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahres- bzw. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1900. 2. Dis-
 kussion. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Beschiedenes. 2827b
 Das Rechnungsbuch legitimiert.
 Um recht zahlreichen wie pünktlichen Erscheinen ersucht
Der Vorstand. J. H. E. Holtkamp, Vorsitzender, Köpckestr. 18 E.

Achtung! Sattler. Achtung!

Sonnabend, den 16. Februar, abends 1/9 Uhr:
Oeffentl. Sattler-Versammlung
 im Gewerkschaftshause (Saal 8), Engel-Ufer 15.
 Tagesordnung: Der Streit der Leibriemen-Arbeiter bei der Firma A. Schwarz & Co., Müllerstraße 159/9.
 Um zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Achtung, Einseker!

Die Bezirks-Versammlungen finden in allen Bezirken in den bekannten Lokalen zur üblichen Zeit am 17. Februar statt.
 78/4
Die Kommission.

Achtung! Brauereiarbeiter Berlins und der Umgegend. Achtung!

Sonntag, 17. Februar, nachmitt. 1 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelufer 15:
Oeffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag, Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.
 2. Diskussion. 3. Der Arbeitsnachweis der eingetragenen Brauereien, insbesondere das Verhalten der Direktion des Münchener Brauereibesitzes zu demselben. 4. Beschiedenes. 41/8
 Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Brauereiarbeiters, pünktlich zu erscheinen, da der Saal um 5 Uhr geräumt werden muß.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Agitationskommission der Brauereiarbeiter Berlins u. Umg.

Achtung! Böttcher. Achtung!

Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 2 Uhr:
Oeffentl. Versammlung d. Böttcher
 Berlin und der Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: Die Besteuerung der Lebensmittel und die Konsum-
 Genossenschaften. Referent Herr Fräulein Imle. 39/1
 2. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission.
 3. Neuwahl desselben.
 4. Beschiedenes.
Der Vertrauensmann.

Montag, den 18. Febr., abds. 8 1/2 Uhr:
Volks-Versammlung
 im „Wedding-Casino“ (Gleisort), Schulstr. 29.
 Tagesordnung:
 1. Die Verteuerung des Lebensunterhalts und was bieten die Konsumvereine den Arbeitern für Vorteile? 2. Diskussion. 08/12
 Ref.: Fräulein Fanny Imle.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet.
 Der Einberufer.
 08/12
 Die Genossen werden ersucht, Sonntag früh 8 Uhr bei Gleisort, Schulstraße 29, zur Flugblattverteilung zahlreich zu erscheinen.

Aeltere sozialistische Werke
 von Engels, Lassalle, Marx, Smith etc.,
Sozialistische Zeitungen und Zeitschriften
 kaufen stets S. Calvary & Co., Antiquariat,
 7390* Berlin N.W. 7, Neue Wilhelmstr. 1.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, 17. Febr., im Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engel-Ufer 15:
Freiligrath-Abend.
Kammermusik: Paul Dombrock (Violine), Eduard Schäfer (Viola), Max Schulz-Fürstenberg (Violoncello), Paul Friedrichs (Klavier).
Festvortrag: Dr. Rudolf Steiner.
Gesang: Paul Friedrichs. - Klavierbegleitung: Robert Messmer.
Recitation: Friedrich Moest.
 Kassenöffnung 6 Uhr.
Eintritt 50 Pf. inkl. Garderobe, Programm und Liedertexte.
 Die Saalühren bleiben während der Vorträge geschlossen! Rauchen nicht gestattet!
 — Nachdem: **BALL.** —
 Billets sind an den Unterrichts-Abenden in der Schule, bei Horsch, Engel-Ufer 15; Gottfr. Schulz, Kottbuser Platz; Werner, Bälwstr. 59; Konsum-Verein Berlin-Süd*, Arndtstr. 5; Bohl, Barnimstr. 42; Scholz, Wrangelstr. 110; Balzer, Stralsunderstr. 26, Seitenh. III rechts; Krause, Müllerstr. 7a, und an der Kasse zu haben. 4/8

Nordsee-Stürme,

die die Hochseefischerei sehr erschweren, Knappheit an Seefischen veranlassen und hohe Preise naturgemäß im Gefolge hatten, — sind vorüber, — und machen nunmehr die Dampfer der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“, die bekanntlich hier in Berlin 5 Verkaufsstellen hat, (Hauptverkaufsstelle im Bahnhof Börse, Bogen 9-10) große Fänge, — die wieder billige Preise im Gefolge haben, was der Generalbevollmächtigte für Berlin, Johs. Storczyk, hierdurch anzeigt und die Seefischliebhaber zu billigen Einkäufen einladet.

Verein der Maschinen, Feizer und Berufsgenossen
 Berlin und Umgegend.
 Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, in Cohus Festhölle, Deutshofstr. Nr. 20: 138/7
Versammlung.
 Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Neumann über: „Die Organisation der Gewerkschaften.“ — Wahl einer Beschwerdekommision zum Arbeitsnachweis sowie Vergütungskomitee.
Der Vorstand.

J. Brünn
 (Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
 Wegen Umbau und Erweiterung der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner:
Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren!
 zu außergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!
 Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.
Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
 Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Fahrräder-Leihhaus!
 Verfallene Räder, neu und alt in grosser Auswahl spottbillig. [827L*]
 Nur erstklassige deutsche Marken.
Leihhaus
 Neue Schönhauserstr. 11.
Röpenick.
 Grünstrasse 18. Empfehle mein reichhaltiges Lager in fertigen Schweißwaren aller Art. Reparaturen u. Reparaturen in kürzester Zeit und bekannter Güte.
 6582*] **W. Balke.**

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
 Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
 Restauration, 850 Miete, billig zu verkaufen Dresdenerstr. 40. [483*]
 Gedächtnisalbum, prächtig, preiswert. Sittlerstr. 21. [764*]
 Biergeschäft, sichere Brotstube, seit 1889 inhaber, verkauft Fremde, Sittlerstr. 21. [2366b]
 Ein nachweislich gut gehendes Kolonialwaren-Geschäft mit Kasse ist wegen Uebernahme väterlichen Geschäfts billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Henning, Wlenerstr. 52, vorn III. [2625b]
 Zeitungs-Geschäft wegen Aufhebung billig verkaufen Myrdor, Köpcke-Str. 21. [2575b]
 Milchhändler, Achtung! Zur Einrichtung von Milchgeschäften empfehle alle nötigen Gegenstände zu billigen Preisen. Hermann Jordan, Kleine Markstraße 28. [495K*]
 Gärtnereibau Große Frankfurterstr. 9, partiere. [440*]
 Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.
 Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Verkauf Köpcke-Str. 6.
 Teppiche, Remonturarbeiten, Regulateure, spottbillig Verkauf Köpcke-Str. 6. [618*]
 Möbel auf Teilzahlung Prinzenstr. 62. [8212*]
 Betten, schöner Stand, Unschöne halber, 23 Mark. Köpcke-Str. 78, I rechts. [26075*]
 Landbau! Gebrauchte und neue Saiten, Leinwand, Kantholz, Bretter, Zäune, Fenster, Dachpappe, Leinwand, Kottbuser Damm 22. [20065*]
 Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung, gebrauchte Fahrräder, stets vorräthig, dieselbe Fabrik Dieselbachstraße dreizehndreißig.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort, Postkarte. Louis Gombberger, Gombbergerstr. 33, kein Boden. [4140*]
Nähmaschinen. Singer, Adler, Bobbin, Ringstich, die berühmtesten Typen, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Viele's Nähmaschinen-Geschäft, Brunnenstraße 119. [4552*]
Nähmaschinen: Adler, Afrana, Ringstich, Bobbin, Walch und Springmaschinen auf Teilzahlung, Köpcke-Str. 118. [4652*]
Nähmaschinen, Adler, Afrana, Schneebänder, Ringstich, sowie Walch und Springmaschinen auf Teilzahlung, Köpcke-Str. 118. [2233b]
Nähmaschinen aller Systeme verkauft Wafan Schmidt, Alexanderstr. 7, Hof 2 Treppen. [1435*]
Nähmaschinen-Geschäft Wlenerstr. 29. Ohne Anzahlung, jedoch teilweise 1,00. Lager sämtlicher Systeme, dauerhafte Fabrikate, fünfjährige Garantie. Beschäftigung ohne Anzahlung. Sofortige Lieferung, auch durch Postkarte. [783*]
Teppiche mit Gardensehern, Fabriküberreste Große Frankfurterstr. 9, partiere. [440*]
Gaslocher! Sparsystem! 1,50, Zweifachlocher 6, — Dreifachlocher 10, — Bügelapparate billig! Wollauer, Wollauertheaterstr. 32. [2601b*]
Vasopagen, Kanarienvogel, Fische, weibchen, Waldbögel, Vogelbauer, Bekleidungsstücke, Hühner, Hühner (Daggen), Dänen, Brunnenstraße 101, Bahnhof Gesundbrunnen. [492*]
Kanarienvogel, Fische, weibchen, Vogelbauer, Waldbögel, billig. Große Frankfurterstr. 13. [2897b]
Sonntag, Remonturmarkt, Sport-, Schlacht-, Jungtiere. Marienburgerstr. 49. [757*]
Teppiche am billigsten Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partiere.
Kanarienvogel, Fische, weibchen, Waldbögel, billig. Köpcke-Str. 67 (Bogelhandlung). [2631b]

Hobeltisch mit Werkzeug zu verkaufen bei Hübner, Dresdenstr. 19.
Zichere Grille. Ein in einem weichen Barock behältnis, sehr gut gehendes Licht- und Seifenlicht ist veränderungslos inkl. Warenlager und Einrichtung zum Preise von 4000 Mark bar veräußert. Die Tageslohnung beträgt 60 bis 70 Mark. Es bietet sich für Genossen vorzügliche Gelegenheit zur Gründung einer selbständigen Grille. Auch kann, falls Neigung dazu vorhanden ist, in den Sommermonaten der Mann noch einen Nebenverdienst nachgeben. Vermittler verbeten. Offerten unter C. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.

Wegen Todesfall meines Raums verkaufe komplette Einrichtungen, auch einzelne Möbel außerst billig Admiralstr. 7, Hof (Tischler). [533*]
Premierrolle, hochlegant, 35,00, Schüssel, Schüsselstr. 8. [637*]
Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig, Gartenstr. 148, I links. [1141*]
Fahrrad bringen verkauft Kausch, Schönhauser Allee 177a. [91/6]
Spiegelbild, Spiegel, verkauft billig Fischer, Schulstraße 65. [1464*]

Vermischte Anzeigen.
 50 Prozent Verdienst für leicht verkäuflichen Artikel als Haupt- oder Nebenverdienst. Prospekt gegen 10 Pf. Marke franco. W. Winger, Dörfeldorf, Kirchfeldstraße 71. [2390b]
 Francis Legons 0.75, Professor Parisien Pommeret, Breitestr. 19.
Elektroschiff, neuer Abendunterhalt; 6 Part monatlich, Jodion, Alte Jakobstraße 24. [2812b*]
Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erklären sofortiger Kur abends bis neun.
Rechtsanwalt, Rechtschiff, Raterteilung, Eingaben, Gesuche, Andreasstraße dreizehndreißig. [2573b*]

Mehrerlegions, Brochhaus, Bredem, Geisichtswerte und alle anderen Bilder beleuchtet und fast Antiquariat Köpcke-Str. 56, Hof 4a 6044. [4892*]
Kugelschreiber, Köpcke-Str. 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankenhäuser. [4712*]
Waschenstühle verleiht, verkauft spottbillig Meyerstraße 31. [756*]
Waschen verleiht billig Herdmanndt, Dammstraße 1. [2497b*]
Kunsthändler von Frau Kofodt, Steinwegstraße 48.
Buchbinder-Arbeit jeder Art liefert Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof partiere. [2587b]
Wernau Reihle, Schwedterstraße 23/24. Zur Festnacht: Feier Dienstag, den 19. d. Mts., Gießeinefen verbunden mit Familien-Tanzkränzchen. Freunde und Bekannte laden ergebend ein. Gleichzeitig empfehle meine Säle zu Versammlungen, Hochzeiten, Festlichkeiten jeder Art. 2 Regalbahnen, die besten im Norden, zur gefälligen Benützung bestens empfohlen. Wernau. [757*]
Saal und Vereinzimmer empfehlt Jannasch, Juteihr. 10. [1006*]
Saal und Vereinzimmer empfehlt Langhans, Köpcke-Str. 21. *
Vereinzimmer frei, Kramm, Scheringstraße 10. [784*]
Vereinzimmer und Saal noch einige Tage frei. Groß Frankfurterstr. 133. [741*]
Vereinzimmer zu vergeben. Hofstr. 29, Köpcke-Str. 29. [757*]
Vereinzimmer Simeonstr. 23. [444K*]
Vuh' Salon, Große Frankfurterstr. 85. Empfehle meinen Saal nebst Garten Vereinen zu Festlichkeiten. Otto Ebel. [2645b]
Vereinzimmer mit Piano empfehle V. Dünz, Blumenstraße 13a.
Borghagen Nr. 3 sind weiße Italiener Fühner geklopft worden, vor Ankauf warnt Ernst Wolf, Goltzstr. [7148*]

Saal für Vereine und kleine Festlichkeiten. Schäfer, Grounstraße 16. [1*]
Vermietungen.
Wohnungen.
Vorort, Königs-Wusterhausen, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Kloset sofort oder später billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Antogarten 2. [1404b]
Zimmer.
Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Köpcke-Str. 54, Quergebäude III, bei Witwe Kofenthal.
Kleine möblierte Stube, separater Eingang, 10 Mark, vermieter Schmidtstr. 9, Hof V. Bred. [2638b]
Schlafstellen.
Schlafstelle zu vermieten, Platz, Köpcke-Str. 29. [757*]
Schlafstelle für Herrn Kleiner, Markstraße 29, partiere. [1112*]
Möblierte Schlafstelle, separat, zu vermieten Schulstraße 60, vorn III. [764*]
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Gärtnerlehrling, Koh, Kleidung frei, sucht Verpflegung, Neue Köpcke-Str. 61.
Bardierlehrling verlangt Köpcke-Str. 32. [2644b]
Erbenfuchs, sauberes Dienstmädchen zum 1. März gesucht. Voelde, Groß-Waldenstraße 41, II. [2642b]

Geübte Unteroffizier-Verein verlangt Köpcke-Str. 63, III rechts.
Tüchtige Schneiderin wünscht noch Beschäftigung, Köpcke-Str. 21, Bernauerstraße 75, I. [483*]
Tüchtige Kammerfrau, bessere Kostens von 1,50 bis 2 Mark, verlangt Köpcke-Str. 37. [2615b*]
Kammerfrau auf Wachsen, Babelsberg, Capes verlangt Köpcke-Str. 42, Vaden. [757*]
Zylinder oder Stepper auf Capes verlangt Köpcke-Str. 37, I. [1404b]
Karion, Arbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst bei Anders Nachfolger, Köpcke-Str. 7. [2608b*]
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Achtung! Stuccateure!
 Bei den Firmen Jäckel, Herrt-
 wick, Hünke haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zugang in Bezug fernhalten. 173/4 Die Lokalkommission.

Achtung! Drechsler!
 In der Wäldschleiererei von
 H. Schmidt, Blumenstr. 30,
 haben sämtliche Drechsler wegen Lohn-
 differenzen die Arbeit niedergelegt.
 Zugang fernhalten. [77/6]
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Tapezierer!
 Der Streit bei der Firma Töpke
 dauert unerändert fort.
 Zugang fernhalten. [177/7*]
Die Verbandsleitung.

Die Lohnbewegung der Tischler

befähigte am Freitag das Einigungsamt unter dem Vorsitz des Gewerberichters v. Schulz. Zunächst wurde auf Anregung der Arbeitgeber und unter Zustimmung der Arbeiter festgestellt, daß diese Lohnbewegung sich nicht auf die Kofferarbeiter erstreckte und deshalb nur über die Forderungen der Tischler verhandelt werden soll.

Hierauf begründete Ahmann die Forderungen der Arbeiter unter Hinweis auf die Steigerung der Lebensmittelpreise. Um den Fabrikanten Gelegenheit zu geben, die geforderte Lohnaufbesserung bei ihren Kalkulationen für die neue Geschäftsperiode zu berücksichtigen, seien die Forderungen bereits 14 Tage vor Weihnachten den Arbeitgebern eingereicht worden. Es hätten auch dann Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Teile stattgefunden, aber was die Fabrikanten geboten haben, sei so gering, daß es für die Arbeiter unannehmbar sei, sie meinten vielmehr, daß die Geschäftslage die volle Bewilligung ihrer Forderungen gestatte, und hoffen auch, sich in Güte mit den Arbeitgebern einigen zu können. Sollten die Fabrikanten aber auf ihrem Standpunkt verharren, dann würden die Arbeiter genötigt sein, am Montag den Streik zu beginnen.

Fabrikant Lott erwidert darauf: Wenn die Arbeiter ihre Lage verbessern wollen, so werde ihnen das niemand verdenken. Aber die aufgestellten Forderungen seien so hoch, daß sie nicht bewilligt werden können. Die Fabrikanten hätten mit der notwendigen, besonders der aus Offenbach a. M. gemachten Konkurrenz zu kämpfen. In Offenbach seien die Löhne um 10 Prozent niedriger und die tägliche Arbeitszeit eine Stunde länger wie in Berlin. Auch sei dort die Accordarbeit sehr verbreitet. Wenn die Arbeiter in Berlin höhere Löhne haben wollen, dann müßten sie auch für Lohnerhöhung in Offenbach und Leipzig eintreten, um der Möglichkeit einer Preisunterbietung von auswärts vorzubeugen. Gegen die geforderte enorme Lohnerhöhung würden sich die Fabrikanten entschieden wehren.

Hierauf wurden die Forderungen der Arbeiter im einzelnen besprochen. Dieselben sind: 24 M. Mindest-Wochenlohn für Arbeiter über 21 Jahre, 21 M. für Ausgelernte, 18 M. für Stepperinnen und Hilfsarbeiter, 10 Proz. Lohnerhöhung für diejenigen, welche bereits 24 M. und mehr erhalten, 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden, Abschaffung der Accords- und Hausarbeit, Bezahlung der gelegentlichen Feiertage.

Die Vertreter der Arbeitgeber führten demgegenüber aus: Die Festsetzung eines allgemeinen Minimallohns werde unter allen Umständen angelehnt. Zugestanden werde, daß Ausgelernte nicht unter 18 M. erhalten sollen, sowie ein Zuschlag von 10 Proz. für Ueberstunden. Zu einer allgemeinen Erhöhung der gegenwärtigen Löhne um 5 Proz. seien die Arbeitgeber bereit, mehr könnten sie nicht bewilligen, denn sie hätten auch mit schwierigen Verhältnissen zu kämpfen. Seit einiger Zeit sei das Leder um 33/4 bis 50 Proz. die Wägel um 5 Proz. im Preise gestiegen, außerdem verlangte die Abnehmer der Fabrikate eine Preisreduktion von 2 Proz., um so die ihnen auferlegte Umsatzsteuer wieder einzubringen. Bestreffe der Stepperinnen und Hilfsarbeiter wolle sich die Fabrikanten überhaupt um keine Verhandlungen einlassen.

Was die Offenbacher Konkurrenz anlangt, so meinten die Arbeitgeber, die Berliner Fabrikanten hätten dieselbe wohl nicht zu fürchten, denn es sei doch vorgekommen, daß Offenbacher Fabrikanten trotz der geringeren Löhne, die angeblich in Offenbach herrschen sollen, von Berlin aus unterboten worden seien. Da die hiesigen Fabrikanten, die solche Geschäfte machen, am Material nicht sparen können, so müßten sie natürlich durch niedrige Löhne sich schadlos halten. Das wollen sich aber die Arbeiter nicht mehr gefallen lassen.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde seitens der Arbeiter bemerkt, daß während der Saison sehr viel Ueberstunden gemacht werden. Allein im letzten Vierteljahr seien in den hier in Frage kommenden Werkstätten 11 282 Ueberstunden gemacht worden, und in der Werkstatt des Herrn Strube, der 33 Arbeiter beschäftigt, seien im vergangenen Jahre 10 000 Ueberstunden festgesetzt worden. — Herr Strube erwiderte darauf: Er beschäftige 31 männliche Arbeiter, und diese hätten im letzten Vierteljahr, welches nur für Ueberstunden in Betracht komme, 7438 Ueberstunden gemacht. Dabei sei aber zu bedenken, daß in seiner Werkstatt die 8 stündige Arbeitszeit herrsche, und wenn er die Zahl der Ueberstunden unter Abzug von 800 durch die Arbeiter verkürzter Stunden auf die gesamte Arbeitszeit verteilte, dann komme für seinen Betrieb noch nicht einmal der 9 stündige Arbeitstag heraus, der sonst überall in Berlin üblich sei.

Es wurde festgestellt, daß bei dieser Lohnbewegung 800 bis 850 Arbeiter in Frage kommen.

Nach mehrstündiger Beratung unterbreitete das Einigungsamt den Parteien eine formulierte Arbeitsordnung und die folgenden Vergleichsvorschläge für die Lohn- und Arbeitsbedingungen:

1. Tischlergehilfen, die ihre Lehrzeit beendet haben, erhalten im ersten Jahre nach Beendigung derselben einen Stundenlohn von 85 Pfennig.
2. Sämtliche übrigen in Tischlerwerkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten einen Zuschlag von 5 Proz. zu den bisherigen Löhnen.
3. Die unter 2 angeführten Arbeiter mit Ausschluß der Arbeiterinnen und derjenigen Arbeiter, die sich die Fähigkeit eines Tischlergehilfen nicht angeeignet haben, erhalten einen durchschnittlichen Stundenlohn von 45 Pf.
4. Ueberstunden werden mit einem Aufschlag von 25 Proz. vergütet.
5. Die Fabrikanten verpflichten sich, neue Heimarbeiter in Zukunft nicht anzustellen und die Heimarbeit möglichst ganz zu beseitigen.
6. Bereits bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.
7. Zur Schlichtung von Differenzen wird eine Kommission von zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitern eingesetzt. Den Vorsitz in der Kommission führt ein Gewerberichter. Gegen alle Beschlüsse und Entscheidungen der Kommission steht den Parteien innerhalb drei Tagen die Berufung an das Einigungsamt zu. Der Entscheidung durch das Einigungsamt haben sich die Parteien zu fügen, jedenfalls darf nur Anrufung desselben weder eine Auspöcherung, noch eine Arbeitsniederlegung stattfinden. Die Kommission hat auch die Pflicht, diesen Vergleich vor Ablauf desselben den Parteien zur Verlängerung zu empfehlen oder neue Bedingungen auszuarbeiten.
8. Vorstehender Vergleich gilt bis zum 15. Februar 1903.

Die Vertreter der Parteien erklärten sich vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Auftraggeber mit dem Vergleich einverstanden.

Prozeß gegen den Kriminalkommissar Thiel.

Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I begann heute die Verhandlung gegen den Kriminalkommissar Thiel, der der Verleumdung und der Verleitung zum Meineid beschuldigt ist. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Voigt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Braut, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Leonhard Friedmann. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte heißt mit Vornamen Martin, er ist am 4. August 1871 zu Bistritz, Kreis Wohlau, als der Sohn eines evangelischen Pfarrers geboren, hat das Abiturientenexamen gemacht und mehrere Semester Jura studiert, war Artillerie-Offizier in Reife und später Lieutenant der Landwehr. Er hat seiner Zeit

eine arme Offizierstochter geheiratet und ist Vater dreier Kinder. Seit dem 23. November v. J. sitzt er in Untersuchungshaft. —

Die Anklageschrift.

Nach der Darstellung der Anklagebehörde ist der Angeklagte, der von Jugend auf leichtsinnig und geneigt gewesen sei, trübe Stimmungen mit Alkohol zu bekämpfen, aus der Weichenantzeit her mit Schulden behaftet gewesen. Er habe es nicht verstanden, sich mit seinem Dienstlohn einzurichten. Im ganzen soll er etwa 4000 M. im letzten Jahre eingekommen haben. Anfang Februar 1900 soll er finanziell so sehr im Niedergange gewesen sein, daß er von seinem Gehalt für das erste Vierteljahr nur noch 20 M. bezog. Diese schwierige Lage habe ihn auf den Gedanken gebracht, der Partei Sternberg seine Dienste anzubieten; er hoffe dabei 100 M. täglich zu verdienen, seine Schulden zu bezahlen und sich soviel zu verdienen, daß er seinen Abschied nehmen und ein Privat- Detektivbureau gründen könnte. Er hatte sich dabei, wie er behauptet, vorgenommen, zunächst nur in strafrechtlich zulässiger Weise thätig zu sein und nichts thun zu wollen, was seine Entlassung herbeiführen könnte. So ging er denn am 8. oder 9. Februar in das Sternberg'sche Bureau zum Direktor Luppia und bot sich, ohne Namen und Stand zu nennen, unter dem Vorgeben, er sei Polizei-Agent, an, gegen einen täglichen Lohn von 100 M. für Sternbergs Sache thätig zu sein. Luppia war zunächst mißtrauisch, er hatte mehrere Unterredungen mit dem Angeklagten und erbot sich zu einer Zahlung von 50 M., wenn der Fremde Beweise seiner Thätigkeit erbringen könnte. Der Anfall folgte dies bald. Am 13. Februar v. J. vernahm Kriminalkommissar v. Tressow auf dem Polizeipräsidium die Belastungszeugen Auguste Callies. In dem Vernehmungszimmer, in welchem noch eine Reihe anderer Beamten zu thun hatten, erschien zufällig Thiel, um einen Freund zu besuchen, und da er den Namen Sternberg hörte, blieb er dort und hörte, indem er neben dem Schyrmann Sternbäder saß, die Vernehmung der Callies mit an. Mittags zwischen 2 und 3 Uhr ging er zu Luppia, der schon von irgend einer andern Seite von der Thatsache der Vernehmung der Callies unterrichtet war. Da Luppia nun zu wissen wünschte, was die Callies bezeugte, und Thiel so thät, als ob ihm dies noch fremd sei, so ging Thiel im Auftrage Luppias in Gemeinschaft mit dem Maler Münchhausen in die Wohnung der Prostituierten Valerica Hausmann, wo die Callies wohnte, um die letztere auszuforschen. Obgleich er die zu ermittelnden Thatsachen längst wußte, ließ er sich doch für die Ermittlung 600 M. zahlen. Bei der Unterredung mit der Callies rebete er ihr zu, doch nicht so gemein gegen Sternberg auszusagen, denn er habe ihr doch nichts gethan. Die Callies wußte nicht recht, was sie aus Thiel machen sollte. Sie erkannte ihn als einen Mann wieder, den sie am Vormittag im Zimmer des Herrn v. Tressow gesehen, und legte deshalb: „Sie sind wohl Kriminal? Sie haben wohl die Polizeifakten gesehen oder auf dem Präsidium gehört?“ Der Angeklagte merkte, daß er erkannt sei und daß die Callies, ihn nicht zu verraten, da er 3 Kinder habe. Dieser Bitte kam sie nach. Als das Polizeipräsidium erfahren hatte, daß ein Beamter pflichtwidrig mit der Callies zusammengekommen, wurden dieser alle in Betracht kommenden Beamten, darunter auch Thiel, gegenüber gestellt, sie leugnete aber, daß der Thäter darunter sei. Gemeinlich hat sie auch im Sternbergprozeß geäußert, daß sie Thiel wiedererkenne, und erst als sie in dieser Strafsache zum Untersuchungsrichter eidlich vernommen wurde, gab sie zu, daß Thiel der Thäter sei. — Der Angeklagte, der nun Luppia das mitteilte, was er selbst auf dem Polizeipräsidium mit angehört hatte und somit gar nicht erst zu ermitteln brauchte, drang auf feste Abmachungen. Luppia zögerte noch immer, dann wollte es aber der Zufall, daß er erfuhr, wer und was der angelegte Polizeient war. Als er eines Tags auf dem Polizeipräsidium war, öffnete sich die Thür des Thiel'schen Amtszimmers und Luppia sah den Angeklagten vom Flur aus. Dieser gab Luppia mit den Augen einen Wink, ihm zu folgen und hat ihn, ihm um Gotteswillen nicht zu verraten. Luppia hatte den Angeklagten nun völlig in der Hand und machte mit ihm, wie die Anklage hervorhebt, was er wollte und drohte auch gelegentlich mit einer Anzeige. Er bestellte ihn wiederholt in seine Wohnung, in eine Charlottenburger Konditorei, ja einmal selbst nach Rauen, wo sich Luppia eine Zeit lang bei Verwandten aufhielt. Thiel soll im ganzen bis Mitte November v. J. doch an 8000 M. von Luppia erhalten haben. Er hatte verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Zunächst mußte er Ermittlungen anstellen über Wohnungen, Verleihen, etwaige Vorstrafen etc. von Belastungszeugen, deren Namen Luppia angab, darunter beispielsweise der Martha Sanderwange und der Hedwig Ehler. Er ließ sich auf der Registratur die Personalakten der beiden Mädchen geben, notierte Vorstrafen und Abzeichen an Luppia, ebenso die Adressen, die er in seiner Eigenschaft als Kriminalkommissar auf dem Einwohner-Melde-Amt erfahren hatte. Ferner nahm er die Gelegenheit wahr, auf dem Polizeipräsidium durch Ausbuchen von Akten und Untergebenen zu erfahren, ob etwa neue Strafanzeigen eingingen. Er erfuhr aber nach dieser Richtung hin nichts. Schließlich hat er sich an den Kriminalkommissar Sternbäder herangezogen, um diesen zu bewegen, von seiner Pflicht abzuweichen. Es handelte sich darum, es als möglich erscheinen zu lassen, daß das Mädchen Frieda Wohda ihre erste belästigende Aussage unter dem Druck gewisser Einwirkungen gemacht haben könnte. Die hierauf bezüglichen Vorgänge werden noch feilich in Erinnerung sein: die verschiedenen Zusammenkünfte, die Thiel mit dem Schyrmann Sternbäder im Weichenstaben, an der Postgasse etc., und die Gespräche, die er bei diesen Gelegenheiten mit Sternbäder geführt hat. Eins derselben soll gelautet haben: „Geben Sie denn noch immer von der Moral auf? Wie würden Sie sich stellen, wenn Sie jetzt 200 000 M. hätten und läßen am Geiser See? Wenn ich Sie dann in 2 Jahren besuchte, wäre ich ein armer Mann und Sie ein reicher Hund! Dann würden sie mich wohl gar nicht mehr ansehen! — Sternbäder soll darauf erwidert haben: „Ja könnte jetzt ein reicher Mann sein, ich hätte mich nur mit Sternberg einzulassen brauchen. Er nahm die Versicherungen Thiels zunächst nicht ernst, als dieser aber sich auch nach den Zeugen Edelente Blünke erkundigte, wurde Sternbäder frugig und brach das Gespräch ab. — Bei einer andern dieser Unterredungen soll Thiel zu dem Zeugen St. sich — wie er zugegeben hat — fälschlicherweise auf Dr. Sello berufen und gesagt haben: „Ich habe mit Dr. Sello gesprochen, der meint, in Sachen Sternberg sei jetzt nur noch etwas zu machen, wenn die Polizei hilft. Sie brauchen ja vor Gericht auf die Frage, ob die Wohda beeinflusst ist, nur zu sagen: „Das kann möglich sein.“ Dafür würden dann seitens der Verteidigung keine unangenehmen Fragen an Sie gerichtet werden. Es giebt sofort 30 000 M., die wir uns teilen, im Fall der Preisprechung noch 150 000 M. Als Sternbäder keine Antwort gab, sagte der Angeklagte: „Wollen Sie mich verraten, dann sagen Sie es gleich, dann fahre ich nach Hause und schieße mit einer Angel durch den Kopf.“ — Schließlich traf Thiel den Zeugen Sternbäder eines Tags auf dem Korridor des Polizeipräsidiums und sprach ihn an: „Na, Sie denken wohl, ich habe das Geld schon? So schnell geht es nicht!“ Sternbäder antwortete, er habe nicht erfahren können, es sei Neues in Sachen Sternberg gebe, er lasse sich nicht mehr auf Wankles ein, nachdem es ihm verboten sei. Der Angeklagte erwiderte: „Ja werde auch davon lassen, es wird besser sein!“ — Herr Sternbäder hat dann dem Kriminalkommissar v. Tressow von dem Anstimmigen Mitteilung gemacht, dieser fand die ganze Sache aber so ungeheuerlich, daß er zunächst nicht daran glaubte.

Die Vernehmung des Angeklagten.

Der Verhandlung, die im kleinen Sitzungszimmer der 7. Strafkammer stattfand, wohnte der Chef der Kriminalpolizei Regierungsrat Dietrich bei, ebenso Oberstaatsanwalt Dr. Henning. Der Angeklagte sieht sehr mitgenommen und vergrämt aus. Er giebt im allgemeinen die Behauptungen der Anklage zu

und behauptet, daß er von Sternbäder eine falsche Aussage überhaupt nicht verlangt habe, denn die Möglichkeit, daß auf die Wohda von einer Herrn Sternberg feindlichen Seite eingewirkt wurde, habe doch vorgelegen. Wichtig sei es, daß er nach seiner ersten unrichtigen Vernehmung im Sternbergprozeß zu dem Rechtsanwalt Ulrich gegangen sei und diesen gefragt habe, ob er ihm event. seinen Rechtsbeistand leihen wolle. — Der Präsident hält ihm vor, daß er dem Rechtsanwalt Ulrich bei dieser Gelegenheit erklärt habe: er habe Sternbäder und seine Aussagen zu beeinflussen gesucht, so daß möglicherweise ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid gegen ihn zu erwarten sei. Rechtsanwalt Ulrich habe darauf erwidert: Wenn Sie vor Gericht die Wahrheit sagen, dann werden Sie wegen Meineid bestraft. Wenn Sie wirklich so gute Beziehungen haben, dann hätten Sie besser getan, sich Geld zu verschaffen und zu verbüßen. — Der Angeklagte erklärt, daß er sich bei dem Besuch bei Rechtsanwalt Ulrich in einer fürchterlichen Angst und Aufregung befunden, da er an seine Familie dachte. — Staatsanwalt Braut hält dem Angeklagten vor: Wenn er auf das Gerücht dem Sternbäder die hohen Summen als Belohnung in Aussicht stellte, ohne zu glauben, daß diese Summen gezahlt werden würden, so habe er also versucht, mit erzielten Angaben den verheirateten Sternbäder um Ehre, Gewissen und Anstand zu bringen. Angeklagter erwidert, daß es ihm nur darauf angekommen sei, feinerseits durch eine letzte Anstrengung zu Geld zu kommen, um so schnell als möglich entlassen zu können. — Staatsanwalt Braut: Es ist richtig, daß die Familie des Angeklagten bei seiner Verhaftung ganz ohne Substanzmittel geblieben ist? Ist es richtig, daß sich der Angeklagte auch an Sternberg gewendet hat, um diesen zur Unterstützung der Familie zu bewegen und daß eine solche in Höhe von 200 M. monatlich auch bewilligt ist? — Angekl.: Das ist richtig. Ich habe mich an 30 oder 40 Personen ohne Erfolg gewendet und erst in meiner höchsten Verzweiflung habe ich an Herrn Sternberg geschrieben. Das habe ich nicht leichten Herzens getan. — Rechtsanwalt Leonh. Friedmann: Der Brief sei nach Rücksprache mit ihm als Verteidiger abgeschickt worden, in dem vollen Bewußtsein, daß die Instanz, welche die an die Gefangenen eingehenden Briefe zu prüfen habe, diesen Brief nicht abgeben würde, wenn darin irgend etwas Verhängliches gefunden werden könnte.

Die Zeugen.

Zeuge Sternbäder bestätigt in allen Punkten seine im Prozeß Sternberg gemachten Angaben, die sich mit dem jetzigen Geständnis des Angeklagten Thiel decken. Die Zustimmung, daß er angegeben solle, eine Beeinflussung der Frieda Wohda sei möglich gewesen, habe seinen Empfindungen direkt widersprochen, allerdings habe Thiel nicht gesagt, wo und durch wen die Beeinflussung vorgenommen worden sein sollte.

Der als Zeuge von der Pflicht zur Amtverschwiegenheit entbundene Rechtsanwalt Ulrich bekundet, daß Thiel bei der Unterhaltung von einer Verleitung zum Meineid an sich nicht gesprochen habe. Er zeuge, habe ihm gesagt: Ein wahres Glück, daß die Mädchen noch nicht 16 Jahre alt waren, sonst könnte ja noch eine Anklage wegen Verleitung zum Meineid herauskommen. Die Antwort des Angeklagten habe gelautet: Die Mädchen sind ja noch das wenigste, aber ich habe den Sternbäder zu beeinflussen gesucht. Der Zeuge kann nicht sagen, daß der Angeklagte damit habe ausdrücken wollen, daß er den Sternbäder in Bezug auf seine Aussage oder in Bezug auf seine Thätigkeit habe beeinflussen wollen. Ihm habe der Angeklagte unendlich leid getan und er habe aus rein menschlicher Erwägung gesagt, ob es nicht besser gewesen wäre, rechtzeitig zu verbüßen. Er habe ihm auch angedeutet, daß er als ehemaliger aktiver Offizier doch wissen mußte, daß man noch auf andre Weise einer solchen entsetzlichen Situation ein Ende machen könne.

Das Urteil.

Auf jede weitere Beweisaufnahme wird einseitig verzichtet. Staatsanwalt Braut hält dem Angeklagten nicht nur der passiven Verleumdung, sondern auch der Verleitung zum Meineid für schuldig. Er beantrage wegen Verleitung zum Meineid 3 Jahre Zuchthaus, wegen Verleumdung 1 1/2 Jahre Zuchthaus und eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Zuchthaus.

Rechtsanwalt Leonh. Friedmann dankt dafür, daß in dieser Verhandlung alles fern gehalten worden sei, was nicht zur Sache gehöre, und plaidierte dafür, den Angeklagten nur der Verleumdung, die er zugegeben habe, schuldig zu erkennen, ihm dabei mildernde Umstände zu bewilligen, ihn aber von der Anklage wegen Verleitung zum Meineid freizusprechen.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Verleumdung, ohne Jubiläumsmildernde Umstände, und wegen Verleitung zum Meineid zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverluft.

Kommunales.

Die städtische Blindenanstalt unterhält in dem Hause Altrossierstr. 23 beinahe eine Schule für blinde Kinder, welche aus fünf Klassen besteht und die am Schlusse des Jahres 1899—1900 von 47 Knaben und 24 Mädchen, zusammen also von 71 Kindern besucht wurde. Der Schulbesuch war durchschnittlich regelmäßig. Das Führen der blinden Schulkinder durch Hofweismädchen ging ohne Unfall von statten.

Anßer dieser Schule unterhält die Stadtgemeinde noch eine Fortbildungsschule und Beschäftigungsanstalt für Blinde, welche am Schlusse des Berichtsjahrs von 61 männlichen und 85 weiblichen, zusammen von 129 erwachsenen Blinden (gegen 114 im Vorjahre) besucht wurde. Von diesen waren 105 täglich 8 Stunden, von 8 bis 4 Uhr, in der Anstalt anwesend, während die übrigen nur an vier Wochentagen an einzelnen Unterrichtsstunden teilnahmen.

Der Unterricht an der Fortbildungsschule erstreckte sich auf folgende Unterrichtsfächer: Lesen und Schreiben der Druckschrift, Litteratur und Deutsch, Schreiben der Unzial- und Maschinenchrift, Rechnen, Klavierpiel und Musiktheorie, Stubflechten der jüngeren Blinden, weibliche Handarbeiten und Chorgesang.

In der Beschäftigungsanstalt wurden die 129 Blinden mit Stubflechten, Korbflechten, Bürsten- und Besenbinden, im Drucken von Blindenschriften und in den weiblichen Handarbeiten beschäftigt. Es wurden beschäftigt: In der Stubflecherei und Korbflecherei je 28 Blinde (je 21 männliche, 7 weibliche); in der Bürstenbinderei 44 (18 männliche, 26 weibliche); in der Druckerei 5 (1 männliche, 4 weibliche) und mit weiblichen Handarbeiten 24 weibliche Blinde. Die tägliche Arbeitszeit betrug für die mit weiblichen Handarbeiten beschäftigten 8 Stunden, für alle übrigen beschäftigten Blinden 7 Stunden.

Die an die Blinden gezahlten Arbeitslöhne betragen im Berichtsjahr 27 890,05 M. Die Brutto-Einnahme der Beschäftigungsanstalt bezifferte sich auf 103 431 M. Verteilt man die Summe der Löhne auf die 129 beschäftigt gewesenen Blinden zu einem durchschnittlichen Monatsverdienst, so entfallen auf den Kopf 17,69 M. Dieser Monatsverdienst wurde von 55 Blinden überstritten, von 74 nicht erreicht. Den höchsten Durchschnittsverdienst erzielten: In der Stubflecherei mit 40,40 M., in der Korbflecherei ein Flechter mit 35,25 M., in der Bürstenmacherei ein Besenmacher mit 54,98 M., in der Druckerei eine Druckerin mit 45,07 M. und in weiblichen Handarbeiten eine Arbeiterin mit 30,81 M.

Von den 129 beschäftigten Blinden erhielten 65 eine laufende monatliche Armenunterstützung mit zusammen 1040 M. oder pro Kopf 16 M. 34 Blinde, darunter 9 von den 65 mit Armenunterstützung bedachten, erhielten aus der Vorst.-Stiftung monatlich 10 M., eine Blinde aus der Wega-Stiftung ebenfalls 10 M. und eine andre 9,50 M. Invalidenrente.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Die Parteigenossen, insbesondere die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, sich Sonntag, den 17. Februar, vormittags 8 Uhr, an den bekannten Stellen zur Flugblattverbreitung einzufinden.

Der Vertrauensmann.

Rixdorf. Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet die konstituierende Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Rixdorf in Landers Festsaal, Vergröbstraße, statt. Neben dem Vereinsangelegenheiten steht als wichtiger Punkt ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Mees auf der Tagesordnung über: Welche Rechte haben die Arbeiter von ihren Arbeitgebern zu beanspruchen und welche Pflichten sind sie ihnen gegenüber schuldig, unter spezieller Berücksichtigung des Arbeitsverhältnisses unter sozialdemokratischer Leitung befindlichen Betrieben. Die Parteigenossen werden ersucht, ihre alten Wähler umzutauschen.

Der provisorische Vorstand.

Brig. Da am vergangenen Sonntag die Flugblattverbreitung wegen zu wenig Beteiligung nicht hat stattfinden können, werden die Genossen ersucht, am Sonntag, den 17. d. M., morgens 8 Uhr, im Lokal Dorn recht zahlreich zu erscheinen.

Zehlendorf. Die Mitglieder des Wahlvereins machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntagmorgen Punkt 4 Uhr, bei Hellensbrandt eine Zusammenkunft behufs Zahlung von Beiträgen stattfindet. Es ist sehr erwünscht, daß die Genossen mit Familie erscheinen, damit auch die Geselligkeit unter den Mitgliedern gepflegt werden kann.

Der Vorstand.

Hermdorf i. M. Am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Riedel in Hermdorf i. M.: Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: Die Junfer, der Brotwucher und das arbeitende Volk. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann.

Tokales.

Wie die Armsten der Armen wohnen. Das Statistische Amt von Charlottenburg hat im Anfang November eine Specialaufnahme der Wohnungen der laufend unterstützten Personen vorgenommen, deren Ergebnis jetzt veröffentlicht ist. Von den 1756 unterstützten Personen führten zwei Drittel einen eignen Haushalt, während ein Drittel mit anderen Personen ihr Unterkommen gefunden hatten. Dem Geschlecht nach waren etwas mehr als ein Viertel der unterstützten Personen männlich, während fast drei Viertel dem weiblichen Geschlecht angehörten. Von den 557 als Jungsassen einem andern Haushalt angehörigen Unterstützten waren nur 47 nicht verwandt mit dem Haushaltsvorstand. Die überwiegende Mehrzahl (510) hatte ihr Unterkommen bei Verwandten gefunden. Insgesamt wohnten in 1100 Wohnungen mit 1538 heizbaren Zimmern 4300 Personen, so daß auf ein Zimmer 2,9 Personen kamen. Verhältnismäßig weniger stark besetzt sind die primitiveren Wohngelegenheiten, wie solche, die nur aus einer Küche bestehen, mit 1,7 Personen, bei denen zu der Küche noch ein unbeheizbarer Raum hinzukommt, mit 2,4 Personen, die nur aus einem unbeheizbaren Raum ohne Küche bestehen, mit 1 Person. Nicht erheblich überschreiten den Durchschnitt die Hälfte aller Wohnungen darstellenden Wohnungen aus einem heizbaren Zimmer mit Küche und einem unbeheizbaren Raum bestehend, bei denen 4,0, ferner die aus einem heizbaren Zimmer mit Küche ohne unbeheizbaren Zimmer bestehenden Wohnungen, bei denen 3,4 Personen auf ein heizbares Zimmer kommen. Bei den Wohnungen aus einem heizbaren Zimmer ohne Küche, aber mit unbeheizbarem Zimmer, kommen 2,5 und bei denen, die ausschließlich aus einem heizbaren Zimmer bestehen, 1,8 Personen auf ein heizbares Zimmer. In den 570 Wohnungen, welche nur aus einem heizbaren Zimmer mit Küche bestanden, lebten 1967 Personen, 798 männlichen und 1174 weiblichen Geschlechts, darunter 914 Kinder, 226 Schlafgänger und 38 Chambregarnisten beider Geschlechter. Die Zahl der in den Haushaltungen der Armen lebenden Kinder belief sich auf 1896, die Zahl der Schlafgänger und Chambregarnisten betrug 824. Von den Schlafgängern fiel über die Hälfte auf die Wohnungen aus Zimmer und Küche, eine sehr große Gefahr für die Gesundheit und Sittlichkeit. Da außerdem in 88 Fällen Chambregarnisten in der Wohnung waren, blieb dann die Handhabung selber vermutlich nur auf die Küche beschränkt. Zu beachten ist ferner, daß von sämtlichen 1190 Wohnungen 860 kein besonderes Klosett hatten, sondern ein mit andern Wohnungen gemeinsames, ein gerade bei starker Befüllung der Wohnungen bemerkenswerter Umstand. Der monatliche Mietwert betrug 18,37 Mark im Durchschnitt für alle Wohnungen, 16,34 Mark im Durchschnitt für die Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer. Der Durchschnittspreis für Armenwohnungen — von einem heizbaren Zimmer — ist höher als der für sonstige Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer. (190 M. gegen 135 bis 180 M. jährlich.) Der amtliche Bericht läßt es dahingestellt, ob dies daran liegt, daß die leistungsfähigen Wohnungen im Preise von 135—180 M. minderwertig waren, oder ob grade der armeren Bevölkerung in Anbetracht ihrer zweifelhaften Zahlungsfähigkeit höhere Mieten abverlangt werden.

Die Bade-Einrichtungen der Berliner Gemeindeschulen werden in dem neuesten Bericht der städtischen Schuldeputation zum erstenmal besprochen. Anlaß dazu hatte bereits seit mehreren Jahren vorgelegen; denn das erste Brausebad an einer Berliner Gemeindeschule wurde 1895 eröffnet. Wir haben auf diese Bäder in den Schuldeputations-Berichten in den letzten Jahren wiederholt hingewiesen. Im Jahre 1899/1900 bestanden Bäder-Einrichtungen an 9 Gemeinde-Doppelschulen. Es wurden im Laufe des Jahres 210 574 Bäder genommen, 133 917 von Knaben und 76 657 von Mädchen. Im Durchschnitt kamen also auf jede der 9 Knabenschulen 14 880 Bäder, auf jede der 9 Mädchenschulen nur 8517 Bäder, wobei zu beachten ist, daß niemand zur Benutzung der Brausebäder gezwungen wird, und daß andererseits die unteren Klassen noch nicht zugelassen werden, weil die Kinder noch nicht förmlich im Bades sind, sich ohne Hilfe und Aufsicht aus- und anzuziehen. Die von Anfang an beobachtete Erscheinung, daß die Mädchen die Bäder seltener benutzen, hat man daraus zu erklären versucht, daß die Mädchen sich mehr als die Knaben scheuen, die Mängel ihrer Leibwäsche vor anderen Kindern sehen zu lassen. Der Bericht der Schuldeputation äußert sich hierzu nicht. Die Benutzung der Bäder war ziemlich das ganze Jahr hindurch gleich stark. Nur die Ferienmonate zeigten naturgemäß eine schwächere Benutzung. Die Kosten des Betriebs der Brausebäder betragen 8750 M., so daß sich ein Bad auf 4 1/2 Pf. stellt. Das ist eine recht geringfügige Ausgabe im Vergleich zu dem Nutzen, den diese Bäder stiften. Ihr günstiger Einfluß auf die körperliche Entwicklung der Kinder und auf ihre Leistungen im Unterricht ist von der Lehrerschaft vielfach anerkannt worden, doch hat es freilich auch nicht an Stimmen gefehlt, die den Nutzen bestritten. Daß die mit den Brausebädern gemachten Erfahrungen „durchaus günstig“ seien, wird auch in dem Bericht hervorgehoben. Der Fortbestand der Bade-Einrichtungen an den Berliner Gemeindeschulen ist längst gesichert. Schon seit einigen Jahren wird bei der Erbauung neuer Gemeindeschulhäuser regelmäßig auch auf die Anlage einer Bade-Einrichtung geachtet. Nächst hat es freilich gelöst, bis das in Berlin erreicht worden ist. Auch hier hat Berlin lange genug andern und kleineren Städten den Vorritt gelassen.

Ueber die Weiterführung der elektrischen Hoch- bzw. Untergrundbahnen von Siemens und Halske vom Potsdamer Bahnhof nach dem Spittelmarkt und dem Alexanderplatz fanden zwischen Vertretern des Magistrats und dem Polizeipräsidium Verhandlungen statt, die das Ergebnis hatten, daß allseitig die baldige Ausführung dieses Projekts für wünschenswert erachtet wurde. Es wurde auch darüber verhandelt, ob die Weiterführung der Hoch-

bahn und die Anschlüsse der Untergrundbahn von der Stadt oder von Siemens u. Halske ausgeführt und betrieben werden sollen. Bei den Verhandlungen wurden natürlich auch andre Pläne der städtischen Verkehrsdeputation erörtert, besonders der einer nord-südlichen Unterpfahrbahn im Zuge der Friedrichstraße im Anschluß an die Untergrundbahn Potsdamerplatz—Alexanderplatz. Die Verhandlungen ergaben ein volles Einverständnis der Vertreter des Polizeipräsidiums mit denen der Stadt.

Reliquien als Handelsobjekt. In der Stuttgarter „Antiquitäten-Zeitung“ befindet sich folgendes Inserat: „Für Specialsammler! Für ein an den Reliquienkultus der röm.-kathol. Kirche erinnerndes Krutzifix, enthaltend: zwei Partikelchen vom Kreuze Christi nebst Authentik von Rom über Echtheit, wird Reflektant gesucht. Laut betr. Urkunde darf qu. Reliquie in Kirchen und Kapellen zur Verehrung gestellt werden. Photographische Abbildungen vorhanden.“

Eine neue Polizeiverordnung wird demnächst im allgemeinen Verkehrsinteresse erlassen werden. In derselben wird bestimmt, daß sämtliche in Berlin verkehrenden Fuhrwerke mit Bremsvorrichtungen versehen sein müssen. Auf Grund einer Eingabe des Deutschen Tierseuchvereins an das königliche Polizeipräsidium hatte das letztere eine Umfrage in den größeren Fuhrwerkstätten angestellt, um Ermittlungen über die Zahl der mit Bremsen versehenen Wagen und die mit solchen gemachten Erfahrungen vorzunehmen. Das Ergebnis dieser Umfrage war, daß sich die Mehrzahl der Fuhrwerkstätten-Inhaber für die Notwendigkeit von Bremsen aussprachen.

Die Kaputher und Gellower Obfzüchter, die bis zum vorigen Jahre ihr Heim in der Markthalle II in der Lindenstraße hatten, werden durch die hier geplante und bereits beschlossene Erweiterung der Blumenhalle und durch die infolgedessen notwendig gewordene Verschiebung der Verkaufsstände ganz aus dieser Halle verdrängt und müssen nach Halle III in der Zimmerstraße überziehen. Mit der Abräumung und Einrichtung des für sie bestimmten Teils der Halle III ist begonnen worden. In dieser Halle sind 2010 Quadratmeter Verkaufsstände vorhanden, doch ist die Befestigung seit längerer Zeit so stark zurückgegangen, daß im letzten Jahre nur noch zwischen 700 und 800 Quadratmeter, je nach der Jahreszeit, belegt waren. Durch die Ueberbedelung der Kaputher und Gellower Obfzüchter wird die Befestigung der Halle mit einem Schlage etwa um die Hälfte höher als bisher, aber allerdings nur für die Sommermonate.

Professor Hermann, der in weiten Kreisen bekannte Zauber-Künstler, der auch als gerichtlicher Sachverständiger im Harnstoffprozeß fungierte, ist gestern in seiner Wohnung Kurfürstenstraße 6 im 61. Lebensjahre gestorben.

Der aus dem Sternberg-Prozeß bekannte Privatsekretär Ehler, Vater der dort aufgetretenen Jeannine Ehler, der schon einmal vorübergehend in Haft lag, ist kürzlich ebenfalls wegen Nötigung in Untersuchungshaft genommen worden. Es handelt sich um die in dem Prozeß zur Sprache gekommene Art, in welcher er die Untugend seiner Tochter zu eigenem Vorteil ausgenutzt haben soll. Der Verhaftete hat gegen seine Verhaftung durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Morris Beschwerde erhoben.

Ein besonderes Glück muß der Ratmorscher Paweloff gehabt haben, wenn man seinen Worten glauben schenken darf. Die Kriminalpolizei entdeckte zwei fast neue Pferdegeschirre, die Paweloff für 8 M. verkauft hatte. Während er angiebt, die Geschirre bei seinen „Förhungen“ auf einem Felde bei Berlin gefunden zu haben, vermutet die Polizei einen Diebstahl. Der Eigentümer kann die Geschirre im Zimmer 37 des Polizei-Präsidialgebäudes in Empfang nehmen.

Verschiedene Einbrecherbanden mit ihren Helfern, die sich zu gemeinschaftlichem Thun mit einander verbunden und ihre Regie nicht bloß über Berlin, sondern über einen großen Teil Deutschlands ausgebreitet hatten, wurden von der Kriminalpolizei aufgehoben und als ein wohlorganisiertes Ganzes entlarvt. Dazu hat auch ein Einbruch beigetragen, der mit noch zwei andern in der Nacht zum 27. v. Mts. in dem Uhrgeschäft von v. Romme in der Luisenstraße 7 verübt wurde und reiche Beute an verschiedenen kostbaren Goldsachen brachte. Die polizeilichen Nachforschungen in Sachen der Einbrecherbande Schlut und Genossen führten auf einen Helfer Neefe. Eine Durchsichtung bei ihm förderte Sachen aus dem v. Rommeschen Einbruch zu Tage, die noch nicht eingeschmolzen oder durch Verbrechen und Verbiegen unkenntlich gemacht waren. Sonach konnte der größte Teil der „Sore“ dem nicht verhafteten und an den Rand des Abgrunds gebrachten v. R. wieder zugestellt werden. Ferner wurde der Beweis erbracht, daß ein bereits in Untersuchungshaft sitzender Helfer Trebb und die Schlichter Paul Müller und Wilhelm Köster, die letzteren beiden als Einbrecher — mit Neefe gemeinsame Sache gemacht hatten. Die beiden Schlichter wurden gleichfalls eingesperrt. Jetzt ist auch noch gelungen, eine Gemeinschaft zwischen dem Genannten und den in der letzten Zeit hinter Schloß und Riegel gedrohten Diebes- und Helfersbanden nachzuweisen. Die Häupter Schäfer, Schulte, Schlut, Hamann, Köster, Krosch, Müller und ihre Helfer fanden in enger Fühlung mit einander. Bisher finden noch Verurteilungen statt, die aber voraussichtlich zu einem Riesenstrafprozeß führen werden. Alle als Angehörige daran beteiligten Personen gehören zu den berufsständigen Einbrechern und Helfern.

Ein dreifacher Diebstahl wurde am Donnerstagnachmittag in der in der Berlinerstraße zu Charlottenburg gelegenen Wohnung eines Arztes angefaßt. Bei dem Arzt erschien ein Mann in mittleren Jahren mit der Angabe, daß er früher in der Ränge angestellt gewesen und Kupferstecher gewesen sei. Er habe eine taunte Mutter und bitte um in sein hoch schlagende Arbeit. Der Arzt holte aus einem Zimmer das Bildnis seines Vaters, um es dem Fremden zur Herstellung eines besseren auszubildigen und gab ihm noch 6 M. Vorkauf für die zu leistende Arbeit. Nachdem sich der Kupferstecher, der den Namen Biermann oder Wehrmann genannt und angegeben hatte, daß er in der Berlinerstr. 72 in Charlottenburg wohne, entfernt hatte, vermigte der Arzt von seinem Schreibtisch eine silberne Cigarettenstange in hohem Wert. Die Kläden der Tasche sind gereinigt; auf der einen Seite befindet sich der verschlungene Namenszug H. T.; auf dem goldenen Schloß sitzt ein rundgefälliger Diamant; an der Außenseite der Tasche ist ein Behälter für Zündhölzer angebracht und im Rücken eine kleine Röhre zur Aufnahme von Lunte. Der Dieb spricht die bairische Mundart, hat ein rotes Gesicht, einen mit kleinen Videln besetzten rötlichen Streifen quer über die Nase fortlaufend, hervorragende Backenwangen und eine gebogene Nase. Er trug einen braunen Ueberzieher mit Sammetkragen. Seine geäußerte Absicht, am nächsten Sonntag wiederzukommen zu wollen, wird er wohl kaum ausführen. Auch bei einem andern Arzt hat er unter der gleichen Angabe 6 M. Vorkauf erhalten.

Ein Zusammenstoß eines elektrischen Straßenbahnwagens mit einem Geschäftsfuhrwerk einer Weihenstepfener Gärtnerei fand gestern morgen um 1/8 Uhr am Postenmarkt statt. Der Führer des Geschäftswagens versuchte dicht vor einem heranbrausenden Straßenbahnzuge der Linie Schönhauser Allee—Brig die Gasse zu kreuzen. Der Motorwagen ersah jedoch das Hintergestell des Kastenwagens und zertrümmerte denselben. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt, doch verursachte der Unfall eine längere Verkehrsstörung.

Durch Anschlag sind gestern nachmittags nach 5 Uhr auf der Strecke der Wannesebahn von einem der dort kufierenden elektrischenzüge zwei Wagen abgebrannt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Unter einem Motowagen der Linie Wilmersdorf-Rönnigerstraße geriet gestern abend gegen 8 1/2 Uhr auf dem Köpenickerplatz ein anscheinend dem Arbeiterlande angehöriger unbelasteter Mann. Um den Ueberfahrenen zu befreien, mußte die Feuerwehre hinzugezogen werden, die den Wagen mühsam mit Winden in die

Höhe hob und dann den Verunglückten unter demselben vorzog. Der schwer Verletzte wurde nach einem Krankenhaufe befördert.

Die Wohnungsnot hat zum Selbstmord des 39 Jahre alten Klempners Rudolf Kerisch geführt. R., der in der Potsdamerstraße 11 wohnte, war arbeitslos und hatte die Miete für seine Wohnung zum ersten März erhalten. Nachdem er seiner Ehefrau gegenüber geklagt hatte, daß er bisher die Miete stets herbeigeschafft habe, seine Arbeitslosigkeit aber keinen Grund zur Kündigung bieten könne, und daß er sich deswegen das Leben nehmen müsse, benutzte er am Donnerstagnachmittag die Abwesenheit der Frau zur Ausföhrung der That. Er erhängte sich mit seinem Bekleidungsstück an der Thür. Als die Ehefrau nach der Heimkehr einen Arzt rief, war es bereits zu spät.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania findet die heute (Sonntag) angeordnete Radmittagsvorstellung zu kleinen Preisen bereits um 3 1/2 Uhr statt, und zwar wird nicht der Projektionsvortrag „Mittelmeerfahrten“ zur Ausführung gelangen, sondern der neue dekorative Vortrag: „Ans dem Tagebuch der Erde“.

Ringkämpfe im Circus Schumann. Am Donnerstagnachmittag rang Werner (Belgien) mit seinem Landsmann Bronken. Nachdem sie 32 Minuten gerungen hatten, mußte der Kampf aus menschlichen abgebrochen werden. Strenge (Berlin) vermochte seinen Gegner Neulsson (Belgien), den er bereits in Hamburg gewonnen hatte, auch vorgestern wieder durch seine Kraft und Geschicklichkeit nach 5 Minuten zu besiegen. Auch der letzte Kampf, Boire (Südfrankreich) gegen Käpel (Danzig) blieb unentschieden. Das Ringen mußte wegen vorgerückter Zeit nach 25 Minuten abgebrochen werden.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung wieder mit der vom Magistrat beantragten Neuregelung und Erhöhung der Luftbarkeitssteuer. Die Kommission hat die sehr weitgehende Magistratsvorlage etwas gemildert. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, deren Redner Stadtr. Prehler, jede Luftbarkeitssteuer prinzipiell verwarf, wurde zunächst beschlossen, überhaupt eine neue Luftbarkeitssteuer-Ordnung zu erlassen. Die Vorschläge der Kommission wurden dann mit geringen Änderungen angenommen. — Durch Auslosung ist der Gastwirt H. Thomas aus dem Sporassien-Auratorium ausgeschieden. Die Mehrheit lehnte seine Wiederwahl ab, die Ostermann (Soz.) beantragt hatte, und wählte einen Herrn aus ihrer Mitte.

Die schon bekannte sozialdemokratische Interpellation betreffend einige Amtsüberhebungen des berühmten Stadtr. Bely begründete der Stadtr. Dr. Silberstein (Soz.): Die zuständige Deputation habe seiner Zeit bei Befestigung des Speise-regulators für die Krankenanstalt beschloffen, gegen die Proteste des Stadtrats Granier und des Stadtr. Bely, nicht 1/4 sondern 1/2 Pf. Fleisch für jeden Kranken anzusetzen, der Fleisch essen darf. Und zwar habe sich die Mehrheit für die größere Portion entschieden, weil viele der Kranken, die in die Anstalt kämen, nach ärztlichem Gutachten unterernährt seien und gerade der Zufuhr einer genügenden Menge von Eiweiß bedürften. Nun habe jetzt Herr Bely, dessen eigenmächtiges Einschreiten schon früher einmal habe zurückgewiesen werden müssen, als Specialdeputierter wieder eine Herabsetzung der beschloffenen Rationsmengen veranlaßt, u. a. auch eine Verkleinerung der Fleischrationen, ohne den Krankenhausarzt oder die Deputation oder den Magistrat zu benachrichtigen. Das sei ein Verfahren, das aufs Schärfste mißbilligt werden müsse. Nun habe man in der Deputation den Kern der Sache verschieden wollen, indem man eine Änderung des Regulativs als notwendig hingestellt habe. Darauf komme es im vorliegenden Falle gar nicht an. Unschäbar sei ein solches Speise-regulativ nicht und über Änderungen lasse sich immer reden. Aber es müsse verhindert werden — und das allein leide die Interpellanten —, daß ein einzelnes Deputationsmitglied sich über die Beschlüsse der Deputation und des Magistrats selbstherrlich hinwegsetze und durch seinen Einfluß eine Verminderung der Rationsmengen veranlasse. Ebenjogut könnte Redner als Deputationsmitglied anordnen, daß jedem Kranken 1/2 Pfund Fleisch statt eines Drittels täglich zu geben seien, oder der Stadtr. Conrad bestimmen, in der Gasanstalt sei von morgen ab der Achtschubentag einzuföhren. Das gebe denn doch nicht. Uebrigens wäre es vielleicht gar nicht zu der Interpellation gekommen, wenn nicht die Deputation es mit 4 gegen 1 Stimmen abgelehnt hätte, sich beim Magistrat über Herrn Bely zu beschweren. Hierbei sei die Stimme des beteiligten Stadtr. Bely ausschlaggebend gewesen, was der Vorsitzende, Herr Stadtr. Granier, wahrscheinlich in seiner Freundschaft für Herrn Bely habe durchgehen lassen.

Der Magistrat ließ die Interpellation durch den Stadtr. Granier dahin beantworten, daß der Stadtr. Bely nicht befugt gewesen sei, selbständig die Anordnungen wegen Herabsetzung der Verpflegungspportionen zu treffen. Um ähnlichen Vorkommnissen in Zukunft vorzubeugen, soll das Anstaltspersonal dahin instruiert werden, daß Anordnungen von einzelnen Deputationsmitgliedern, welche den gegebenen Instruktionen, den Beschlüssen der Deputation oder des Magistrats, oder den Anordnungen der Decernenten zuwiderlaufen, nicht zur Ausführung zu bringen sind.

Herr Bely hielt dann eine lange, recht allige Rede, in der er um den ihm gemachten eigentlichen Vorwurf mit großem Geschick herumredete. Er schien den Befähigungsnachweis dafür erbringen zu wollen, daß er ein äußerst tüchtiger und sparsamer Küchenmeister sei. Seine Ausführungen ließen ahnen, daß er sich wegen dieser Eigenschaft zu eigenmächtigem Vorgehen berechtigt hielt. Die Erklärung des Magistrats erklärte er für ungenügend. Selbstverständlich konnte der recht begüterte Herr seiner Gewohnheit, die in der Sozialdemokratie vereinigten Armen der Vergeßlichkeit zu sein, auch diesmal nicht entraten. Zu erwähnen wäre ferner, daß Dr. Silberstein durch Hülfsbemerkungen und besondere Ausführungen viele Behauptungen des Bely richtig stellen mußte.

Stadtr. Abraham gab zu, daß Bely in der Form gefehlt habe, glaubt ihm aber in materieller Beziehung das beste Zeugnis ausstellen zu können, während Stadtr. Mahnig Herrn Bely namens der Mehrheit als einen „guten Hausvater“ feierte, der seinen Tadel sondern Lob verdiente. Stadtr. Prehler (Soz.) wies Bely noch einen andern Uebergriff nach. Bürgermeister Voigt trat für die Erklärung des Magistrats ein, die auch der Stadtr. Heise (bei seiner Proktion) durchaus billigte.

Bürgermeister Voigt gab auf eine Anzuspung Abrahams bekannt, daß der Magistrat seine Verantwortung der Interpellation schon einige Tage vorher den Rixdorfer Lokalblättern zugänglich gemacht habe, damit nicht die entsprechende Notiz mit der Euleitung erscheinen brauche: „Wie der „Vorwärts“ berichtet usw.“

Schöneberg. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung berichtete Bürgermeister Wilde über die allgemeine finanzielle Lage der Stadt im abgelaufenen Jahre. Die Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung hat gegenüber der früheren Gasbeleuchtung eine Ersparnis von 12 591 M. ergeben. Dagegen erforderte die Erbauung neuer Schulhäuser und der Etat des Armenwesens höhere Ausgaben. Die Einnahme der Einkommensteuer 1899/1900 ergab gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 438 000 M. (= 1120 000 M.). Weiter sei zu berichten, daß das Gewerbegericht 249 Rechts-sachen erledigt und die Benutzung des Arbeitsnachweises sich bedeutend gehoben habe. Die Frage der Errichtung eines Amtsgerichts in Schöneberg sei im bejahenden Sinne entschieden; auch die Kanalisations-Angelegenheit gehe ihren förmlichen Gang und das Projekt liegt im Augenblick dem Ministerium zur Begutachtung vor. Ohne Debatte wurde dann der Mittel-Schullehrern eine jährliche Funktionszulage von 300 M. bewilligt. Weiter ersucht der Magistrat um die Genehmigung zur Anstellung eines Technikers und eines Bau-ausschüßers zwecks Beaufsichtigung der von der Stadt auszuföhrenden Arbeiten. Dem Verlangen wurde einstimmig stattgegeben. Den städtischen Körperschaften sei bei dieser Gelegenheit die Uebernahme von Arbeiten in eigene Regie bestens empfohlen, denn nur dadurch würden unlautere Praktiken verhindert.

Nur Beratung, gelangte ferner ein von mehreren Stadterordneten an den Magistrat gerichteter Antrag, mit der Eisenbahn-Verwaltung...

Lichtenberg. Die hiesigen Gemeindevahlen sind gestern beendet worden. Das Gesamtergebnis ist folgendes: Gewählt sind 8 Konservative, 6 Freisinnige, 8 Sozialdemokraten...

Es wurden abgegeben in der dritten Klasse 3894 Stimmen für die Sozialdemokratie, 359 Stimmen für die Gegner, in der zweiten Klasse 1624 Stimmen für die Gegner, 73 für die Sozialdemokratie...

Nowawes. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde mitgeteilt, daß die Petition an die Eisenbahndirektion, welche die Einlegung einiger Jüge, die morgens sehr früh nach Berlin abgefahren werden sollen...

Theater-Notizen.

- Einen Courteline-Abend bringt die Seccessionshäuser (bei ihrem Gastspiel im Velle-Alliance-Theater) heute Sonntagabend. Zur Aufführung gelangen: „Sein Geldbrieff“, „Monfieur Babin“ und „Sonderrache“.

Moriz Lewy wegen Meineids vor den Geschwornen.

(Telegraphischer Bericht.)

Dritter Tag der Verhandlung.

König, den 15. Februar 1901.

In der heutigen Verhandlung wird wieder von mehreren Seiten übereinstimmend bekundet, daß Lewy mit Winter gesehen worden. Im Anschluß hieran bemerkt der Präsident: Angeklagter, hier werden doch von einer Reihe einwandfreier Zeugen eine große Anzahl derartiger Vorgänge bekundet. Sollen Sie wirklich Ihr Gedächtnis derartig im Stich lassen? Sollen Sie nicht unter dem Eindruck dieser Zeugenaussagen jetzt lieber ein Geständnis ablegen? - Angekl.: Wenn zwischen mir und Winter ein reger Verkehr stattgefunden hätte, dann hätten doch unsere beiderseitigen Freunde, mit denen wir tagtäglich zusammen waren, uns einmal getroffen. - Zeuge Kaufmann Kronheim: Ich habe Winter nicht gekannt. Es ist mir möglich, daß ich mal mit anderen Personen vor dem Lewy'schen Laden gestanden habe. Ich erinnere mich dessen aber nicht. - Zeuge Techniker Kroll: Ich habe den Ermordeten nicht gekannt, bin auch nicht mit demselben verkehrt worden. Vor einigen Tagen kamen die Herren Schiller und Rauch zu mir und baten mich um meine Photographie, da ich Bekanntschaft mit dem Ermordeten Winter haben sollte. Sie fragten mich, ob ich bisweilen mit dem Angeklagten gegangen sei. Ich sagte: das ist richtig; ich weiß nur den Zeitpunkt, an dem ich mit Moriz Lewy zusammen gegangen bin, nicht mehr. Ich sagte ihnen dann, daß ich meine Photographie nur hergeben würde, wenn das Gericht oder die Verteidigung sie wüßten. Rauch zeigte mir ein diesbezügliches Schreiben des Rechtsanwalts Appelbaum vor. Darauf ließ ich Photographien anfertigen. Die Kosten derselben bezahlte Rauch, der mich auch zum Biertrinken eingeladen hatte.

Zeuge Bauunternehmer Winter, der Vater des ermordeten Ernst Winter, bekundet: Ich bin kurz vor der Ermordung meines Sohnes mit meinem Sohn im Restaurant Müller gewesen. Der Angeklagte, den ich nicht kannte, der mir aber wegen seiner „stugerhaften“ Kleidung auffiel, war auch da und spielte einen Bierlat. Mein Sohn und ich sahen zu. Mein Sohn sprach mit dem Angeklagten. Ob sie sich näher gekannt haben, weiß ich nicht. - Verteidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld (zu dem Bauunternehmer Winter): Wann haben Sie den Vorgang zum erstenmal bekundet? - Zeuge: Als ich nach König geladen wurde und die gefundenen Kleider als die meines ermordeten Sohnes rekonstruierte, fragte mich der Herr Erste Staatsanwalt, ob ich noch etwas wisse. Da habe ich ihm die Mitteilung gemacht. - Verteidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld: Sie sind doch im Rahlhof-Prozess vernommen worden. Deshalb haben Sie das da nicht gesagt? - Zeuge: Weil ich der Meinung war, daß man mir als Vater des Ermordeten doch nicht glauben würde. Dann wollte ich den Angeklagten auch nicht belästigen. - Verteidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld: Das ist aber doch ein wesentlicher Verhandlungsgegenstand des Rahlhof-Prozesses gewesen. Deshalb haben Sie da geschwiegen? - Präsi.: Ich werde selbst die Vernehmung übernehmen. Zeuge Winter, weshalb haben Sie im Rahlhof-Prozess von diesem Gespräch Ihres Sohnes mit dem Angeklagten nichts gesagt? - Zeuge: Ich meldete mich einige Male, wurde aber zurückgewiesen. - Präsi.: Das ist allerdings richtig. Sie wurden zurückgewiesen, weil Sie Urteile abgeben wollten. - Verteidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld: Ist es richtig, daß auf Ihre Veranlassung hin der Rechtsanwalt Hahn-Charlottenburg gegen mehrere jüdische Zeugen Denunciationen wegen Meineids während des Rahlhof-Prozesses eingereicht hat? - Zeuge: Jawohl. - Zeuge Veffier Schütz: Moriz Lewy sagte kurz nach dem Morde zu mir, der Ermordete sei so stark gewesen, wie mein Sohn. Der Schmitt sei kein Schächtschnitt gewesen. Das löme ein junger Doktor gemacht haben. - Präsident: Sagte der Angeklagte, der Ermordete sei ein netter Mensch gewesen, den er gekannt habe? - Zeuge: Nein. - Der Sohn des Vorzeugen bekundet daselbe. - Verteidiger Rechtsanwalt Appelbaum beantragt hierauf, Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ und des „Königer Tageblatts“ zu verlesen. Und den Artikel gehe hervor, daß von antisemitischer Seite versucht worden sei, Belästigungsmaterial für den Meineid des Angeklagten herbeizuschaffen und nachzuweisen, daß der Angeklagte am Morde beteiligt gewesen sei. Ferner sei versucht worden, durch Verbreitung falscher Nachrichten Zungen zu beeinflussen. - Präsident Landgerichtsdirektor Schwedowich: Die Verlesung von Zeitungsartikeln kann nur erfolgen zum Beweise, daß sie geschrieben sind, nicht zum Nachweise, ob sie wahr oder falsch sind. - Der Artikel werden alsdann verlesen. Auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Appelbaum wird hierauf der Gefängnisinspektor Lütke vernommen. Derselbe bekundet: Die Behauptungen der antisemitischen Zeitungen: der Angeklagte habe versucht, sich im Gefängnis am Spolenträger aufzuhalten, sind ebenso unwahr, wie die Nachricht, daß Israelk in Gefängnis einen Kassiber in hebräischer Sprache erhalten habe. Der jüdische Restaurateur Falkenstein und der christliche Restaurateur Heise haben es abgelehnt, dem Angeklagten das Essen ins Untersuchungsgefängnis zu lassen. Die Gründe hierfür sind mir nicht angegeben worden. - Hel. Pellenath: Der Journalist Schiller wohnte bei uns. Schiller sagte einmal zu mir: „Ich habe gehört, daß Sie auch vernommen worden sind, Fräulein?“ Als ich das bejahte, drohte Schiller mit dem Finger und sagte: „Et, et, nehmen Sie sich in acht!“ - Jengin Frau Pellenath: Als ich auf Befragen von leiten Schillers zu letzterem sagte: es sei mir unangenehm, daß meine Tochter Zeugin in der Sache sei, bemerkte Schiller: „Ich kann nur raten, daß Ihre Tochter zum Untersuchungsrichter geht und ihre Aussage zurücknimmt oder wenigstens so richtig stellt, daß ihre Aussage unerschütterlich ist, dann wird sie von der Zeugenschaft befreit.“ Ich bemerkte ganz erregt: „Meine Tochter hat einen Eid geleistet, Herr Schiller!“ Darauf sagte Schiller wiederholt: „Es wird Ihnen leid thun! Sie werden große Unannehmlichkeiten haben.“ Als Schiller wegging, sagte er: „Es ist doch unrecht, daß Sie meinen Rat nicht befolgt haben.“

Kunnehr erscheint Bürgermeister Debitius als Zeuge Nachwächter. Er war ein unzuverlässiger Beamter und ist mehrfach disziplinarisch bestraft worden. Er war bisweilen etwas konfus und dem Trunke ergeben. Er sollte entfernt werden, wurde aber mit Rücksicht auf seine Familie und weil er Beförderung verlor nur mit Geld bestraft. Hauptpolster Kühle nicht zum Fabrikieren. - Verteidiger A. S. Sonnenfeld: Herr Bürgermeister, im Rahlhof-Prozess nannten Sie ihn „einen Probhans“? - Bürgermeister Debitius: Nach dem Morde hatten sich eine Anzahl Zeuge gemeldet, die den Ermordeten bestimmt am Spätabend des 11. März teils allein, teils mit anderen Personen gesehen haben wollten. In allen Fällen hat sich eine Personenverwechslung herausgestellt. - Präsi.: Haben Sie jemand ermittelt, der bestimmt sagen kann, er habe den Angeklagten mit Winter zusammen gesehen? - Zeuge Bürgermeister Debitius: Nein. Wenn ich dies ermittelt hätte, dann hätte ich das sofort angezeigt. - Zeuge Kriminalkommissar Beyer II (Berlin): Ich habe gleich nachdem ich im April 1900 hierher gekommen war, den damaligen Polizeibeamten Raporta beauftragt, Personen nachhaft zu machen, mit denen Winter verkehrt habe. Raporta hat mir nicht gesagt, daß Winter mit Moriz Lewy verkehrt habe. - Zeuge Raporta: Beyer II hat mich nur beauftragt, Dinen festzustellen, mit denen Winter verkehrt habe. - Präsi.: Beyer hat Sie doch auch beauftragt, alle männlichen und weiblichen Personen festzustellen, mit denen Winter verkehrt hat? - Zeuge Raporta: Einen solchen Auftrag habe ich nicht erhalten. Ich hätte sonst mitgeteilt, daß der Angeklagte mit Winter verkehrt hatte. - Präsi.: Wann haben Sie mitgeteilt, daß der Angeklagte mit Winter verkehrt? - Zeuge Raporta: Kurz vor dem Dreilinger-Prozess. - Präsi.: Warum erst dann? - Zeuge: Weil ich hörte, daß darauf Gewicht gelegt würde. - Beyer II: Raporta hat mir den Umanaderlehrling Heubner als Freund Winters bezeichnet. Heubner sagte: er habe gesehen, daß der Angeklagte und Winter sich grüßten. - Verteidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld: Hat Heubner auch gesagt, daß er beide zusammen gesehen habe? - Zeuge Heubner: Der Kriminalkommissar Beyer hat mir gesagt, der Angeklagte gebe zu, sich mit Winter geeignt zu haben. - Erster Staatsanwalt Dr. Schweigger: Was Sie hier bekundet haben, wüßten Sie schon damals? - Zeuge Heubner: Ja. Beyer fragte mich nur, ob ich gesehen hätte, daß sich beide die Hände gereicht hätten. Das mußte ich verneinen. - Zeuge Kriminalkommissar Behn (Berlin): Der Angeklagte hat sein Alibi vom 11. März 1900 vollständig wahr erwiesen. - Präsident: Ist Ihnen bekannt, daß in den Zeitungen geäußert wurde: Israelk habe ins Gefängnis und zwar in einer Kartoffel einen in hebräischer Sprache abgefaßten Kassiber erhalten? - Kriminalkommissar Behn: Ich glaube, das hat in der „Staatsbürger Zeitung“ gestanden. Mir ist nichts davon bekannt. - Auf weiteres Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Sonnenfeld bemerkt der Zeuge: Es wurde mir mitgeteilt, Lewy habe ein großes Paket nach dem Bahnhof getragen. In dem Paket seien jedenfalls Leichenteile Winters gewesen. Lewy hat aber nachgewiesen, daß er 12 Pfund Kalbfleisch zu einer Rindin getragen hat. - Verteidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld: Waren die damaligen Begleiter Lewys Juden oder Christen? - Kriminalkommissar Behn: Christen.

Nach längerer Vernehmung weiterer Zeugen wird die Verhandlung auf Sonnabendvormittag 9 Uhr vertagt. Morgen, Sonnabend, sollen die Plaidoyers beginnen.

Der Schriftsteller Joachim Gessien aus Charlottenburg (der frühere Reichsgoldarbeiter) ist gestern vormittag auf Verlegung der königlichen Staatsanwaltschaft am Landgericht II „bis auf weiteres“ aus dem Strafgefängnis in Zehlendorf entlassen worden, nachdem er von seiner einjährigen Gefängnisstrafe acht und einen halben Monat verbüßt hat. Veranlassung zu dieser vorläufigen Entlassung ist die Untersuchung, welche auf Grund seiner Anzeige gegen einige Hauptbelastungszeugen in dem wider ihn geführten Erpressungsprozess eingeleitet worden ist. Gessien behauptet nämlich und will unter Beweis stellen, daß die genannten drei Herren bei ihren Zeugnissen wider ihn sich grober Verletzungen der Eidespflicht schuldig gemacht haben.

Aus dem Gründerprozess ist Neues nicht zu berichten. Die Beweisaufnahme schreitet langsam und eintönig dahin und zeitigt keine Momente von hervorragenderem Interesse. In den letzten beiden Tagen sind einige Punkte der Anlage erledigt worden, die in ihrer ganzen Struktur und auch in den Einzelheiten dem von uns mitgeteilten ersten Anlagefalle gleichen. Da es sich darum handelt, jeden einzelnen dieser Fälle strafrechtlich zu sichern und die große Anzahl der letzteren lange Zeit die Beweisaufnahme in derselben Gangart halten wird, so werden wir die Berichterstattung nur dann wieder aufnehmen, wenn besondere Umstände es erfordern. Im übrigen werden wir seiner Zeit die Strafentwürfe und das Urteil mitteilen.

Eine Kritik des Armenhauses zu Neu-Weihensee führte den Richter Dahnert am Donnerstag vor das Schöffengericht Berlin II. Schon vor einem Jahre hatte Dahnert in einer Versammlung die Zustände im Armenhause zur Sprache gebracht. Es war damals auch gerichtlich festgestellt worden, daß die Reinlichkeit in der genannten Anstalt viel zu wünschen läßt, und daß in dieser Hinsicht tatsächlich Mängel vorhanden sind. Dahnert ist damals, weil nicht alle seine Angaben erwiesen werden konnten, zu einer Geldstrafe von 150 M. verurteilt worden. Im Oktober v. J. hat Dahnert als Diskussionsredner in einer Versammlung zu Weihensee unter anderem auch seiner Verurteilung gedacht, und bei dieser Gelegenheit soll er nach dem Zeugnis des überwachenden Genbarman gesagt haben, es sei festgestellt worden, daß das Armenhaus verlaunt sei; er behaupte, es sei auch heute noch ein Lauseshaus. Dahnert bestreitet, die Bemerkung in dieser krassen Form gemacht zu haben. Auf Grund der bestimmten Bekundungen der Beamten verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung des Gemeindevorstands zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Versammlungen.

Kupfererzschmelze-Versammlung. In der am Sonntag, den 10. Februar, im Gewerkschaftshaus stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Kupfererzschmelze wurde ein fast zweistündiger Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Peus über „die Gegenläufige der heutigen Gesellschaftsordnung“ mit großem Beifall aufgenommen. Sodann referierte Guther über Einrichtung eines deutschen Central-Arbeitersekretariats in Berlin. Die Versammlung erklärte sich für Errichtung eines Berliner Arbeitersekretariats. Die Abrechnung des Organisationsfonds vom 31. Juli 1900 bis 31. Januar 1901 ergab inkl. eines Bestands von 2005,68 M. eine Gesamteinnahme von 3537,95 M., der eine Gesamtausgabe von 314,03 M. gegenüberstand, mithin einen Bestand von 3223,62 M. Den streikenden Spigenwebern in Calais wurden 50 M. bewilligt. Auf Antrag bei der Zusage, daß reisende Mitglieder das Zimmungsgehalt nicht nur in der Herberge zur Heimat, sondern auch im Gewerkschaftshaus verkehren könnten, hat eine Kommission der Zusage die Einrichtungen beauftragt und sich zufriedenstellend geäußert.

Die Elektrounterneer hielten am Montag, den 11. d. M., in Niemanns Festhale eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der Reichstags-Abgeordnete C. Rosenow einen Vortrag über „Die wirtschaftlichen Kräfte, die Gewerkschaftsorganisationen und die Arbeiterklasse“ hielt. Sehr große Aufmerksamkeit und reicher Beifall lobten dem Vortragenden. Hierauf erstattete Abraham als Gewerkschaftsdelegierter seinen Bericht. Bei der Neuwahl wurden Abraham und Bangert als Delegierte zur Gewerkschaftskommission, Holz als Stellvertreter gewählt. Ein Kollege bringt Mängel bei der Lohnzahlung in der Firma „Hefes“ zur Sprache. Eine Jansenkommission wird gewählt, die Mängel zu untersuchen.

Die Ritzmacher hielten am Montag, den 11. Februar, bei Etzdorf, Andreassstraße, eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende J. J. J. gab den Jahresbericht. Danach wurden im ganzen 15 Versammlungen und 31 Sitzungen abgehalten. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 215, im Herbst 140 und am Schluss des Jahres sank dieselbe wieder bis 230. Die Ausgaben betragen 3297,40 M., die Einnahmen 3398,22 M. Es fanden im ganzen vier Streiks statt, dieselben kosteten 3659,25 M. Im vierten Quartal betragen die Einnahmen 473,40 M., die Ausgaben 489,20 M. Der Generalbestand war am Schluss des Jahres 584,64 M. Als Mitglieder der Lohnkommission wurden Bente, Mensch und Horn gewählt. Nunmehr gab Wolter einen Bericht über seine Tätigkeit als Delegierter zum Gewerkschaftsamt und zur Gewerkschaftskommission. Ein Bericht des Vorstands, der Gewerkschaftskommission 100 M. zu überweisen, wurde von der Versammlung sanktioniert.

Die an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter hielten am 11. Januar eine außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt L. Hofmann einen Vortrag über „Die Krise und die Aufgabe in den Gewerkschaften“, der mit Beifall aufgenommen wurde. Nach dem Bericht Pichls über die Verhandlung vor dem Gewerbeamt beschloß die Versammlung die Wiedereröffnung einer Arbeiterkommission. In dieselbe wurden gewählt: Jaed, Graad, Bräunig, Guber, Brill, Schneider, Rahn, Gaffke und Raete. Als Stellvertreter: Reed, Leuthner, Guber, Winter, Raach, Hauptmann, Krause, Hempel und Steinborn.

Die Generalversammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter tagte am Montag, den 11. Februar, bei Luggen-hagen. Vor Eintritt in die Tagesordnung fand ein Antrag der Ortsverwaltung auf Ausschluß mehrerer Mitglieder, welche sich ungebührliche Manipulationen zur Erlangung von Arbeitslosen-Unterstützung zu Schulden kommen ließen, einstimmig Annahme. Hierauf kamen die Anträge der Ortsverwaltung, welche dem Verbandsrat in Nürnberg unterbreitet werden sollen, zur Beratung. Von den gefassten Beschlüssen ist hervorzuheben, daß für die Zukunft auch weibliche Berufsgenossinnen aufgenommen werden sollen. Der umfassenste Punkt war die Erhöhung der Beiträge von 20 auf 30 Pf. pro Woche. Beschlüssen wurde schließlich, den Beitrag unter Fortfall der Delegations- und Streikbeiträge auf 25 Pf. pro Woche zu erhöhen. Als Delegierte wurden gewählt: Straube, Albold, A. Werner, Gebauer, Bachmann, Bied, Mohr, Rathmann, Kubert, Dertel, Meher und Hoffmann.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 11. Februar für Wedding und Gesundbrunnen eine Bezirksversammlung ab, in der Rob. Fendel einen Vortrag über „Unsere Lage“ hielt. Als Delegierter wurde Fleischer gewählt und als Schriftführer Vogt gewählt; zum Beitragskassierer für Jahressitz 11 bei Hilgenfeld, Bergstraße, Herzberg. Zum Schluss wurden noch 13 Delegierten-Kandidaten für die Zimmungs-Kassenkasse in Verlesung abgelesen.

Der Verband der Möbelpolierer (Hilke Norden) hörte in seiner letzten Versammlung einen Vortrag des Herrn Riethe: lieber den Best der Alkoholenthaltung. Zum Bevollmächtigten wurde dann Senz, zum Schriftführer Otto Müller gewählt.

Alt-Glienitz. Am 10. Februar fand im Lokale des Hrn. Sack eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Alt-Glienitz statt. Dr. Borchardt hielt einen Vortrag: „Gegen den Volkswucher“, der mit großem Beifall aufgenommen

